

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

sowie der

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Aufsendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stantigk, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Befenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreispaltige Zeitzeile oder deren Raum 30 A.

Inhalt: Immer noch Vertragsstreitigkeiten. — Preussische Arbeiterpolitik. — Der politische Mahnenstreik in der russischen Revolution. — Politische Umschau. — Wanderverbewegung: Streiks, Ausperrungen, Mahnungen, Differenzen. Die Bautätigkeit im ersten Halbjahr 1908. Die Kämpfe in Schweden beendet. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Berichte. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeitererschlag, Subventionen etc. — Aus Unternehmerkreisen. — Aus anderen Berufen. — Gewerbliche Nachschiffe und Arbeiterversicherung. — Ortsständiger Tagelohn. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton: Die Mischungsverhältnisse des Betons.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Statistische Erhebungen.

Die Zweigvereinsvorstände werden ersucht, den Gauvorständen die ausgefüllten Fragebogen bis spätestens den 3. August zuzusenden.
Der Verbandsvorstand.

Immer noch Vertragsstreitigkeiten.

Einige Unternehmerverbände scheinen der Meinung zu sein, daß sie Schiedssprüche nur dann anzuerkennen brauchen, wenn sie ihren Wünschen und Willen gemäß ausgefallen sind. Besonders schärf scheint diese Anschauung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet vertreten zu sein. Der dortige Unternehmerverband für das Baugewerbe hatte bekanntlich im Herbst vorigen Jahres den baugewerblichen Arbeiterverbänden mitgeteilt, daß er gewillt sei, unter Anerkennung der in einer beigefügten Tabelle eingetragenen Löhne Verträge mit den Arbeitern abzuschließen. Hinterher sollte die Tabelle allerlei Druckfehler enthalten, die während der Verhandlungen aber bis auf zwei, Hanim und Unna, nicht namhaft gemacht wurden. Es kam später bekanntlich zu Einigungsverhandlungen und zu dem ersten Berliner Schiedsspruch, wonach die angestrebten Löhne gezahlt werden mußten. Hieron wurde u. a. auch das Lohngebiet Herne betroffen. In der Tabelle des Unternehmerverbandes war der Stundenlohn für Herne mit 55 A angegeben; angeblich sollte es aber 53 A heißen. Für andere Orte, beispielsweise für mehrere Industrieörter in der Umgebung der großen Städte, wollte der Unternehmerverband überhaupt keine Löhne angeboten haben; nur der „Bequemlichkeit wegen“ wären die Löhne vom Bureau des Verbandes eingesetzt worden. Auf diese mehr als faulen Einwände konnten sich die Arbeiter natürlich nicht einlassen. Sie riefen das zur Schlichtung solcher Streitfälle vorgesehene Schiedsgericht an. Dessen Spruch entsprach nun zwar nicht in allen Stücken der Ansicht der Arbeiter, aber für Herne und einige andere Orte stand der Schiedsspruch mit der Forderung der Arbeiter in Uebereinstimmung. Das Schiedsgericht war der Ueberzeugung, daß für die in der Tabelle des Unternehmerverbandes genannten Orte, wo Lohnziffern dahinter standen, tatsächlich ein Lohnangebot gemacht worden sei. Druckfehler könnten nur berücksichtigt werden, wenn sie gemäß § 143 B. G. B. der Gegenpartei mitgeteilt worden seien. Das sei für Herne nicht geschehen; folglich müsse dort ein Stundenlohn von 55 A gezahlt werden. Dieser Schiedsspruch wurde am 17. Mai verkündet.

Der Unternehmerverband hat hiergegen Protest erhoben und gefordert, das Schiedsgericht solle nochmals über die Sache verhandeln. Das ist geschehen. Am 26. Juni haben dieselben Schiedsrichter aber erklärt: Die für die Lohnfestsetzung im Lohngebiet Herne maßgebenden Gründe des Schiedspruches sind in

keiner Weise entkräftet worden. Das Schiedsgericht hat nicht die Ueberzeugung zu erlangen vermocht, daß ein rechtlich zu beachtender Druckfehler vorliege, der in gehöriger Weise berichtigt worden sei.

Auch gegen diesen erneuten, das erste Urteil bestätigenden Schiedsspruch hat der Unternehmerverband Protest erhoben. Nunmehr verlangte er, das Kollegium der drei Unparteiischen, das sich Anfang Juli in Berlin mit der endgültigen Schlichtung aller noch vorhandenen Differenzen befaßte, sollte den Schiedsspruch umstoßen und zu Gunsten der Unternehmer abändern. Aber auch hier ist der Unternehmerverband mit seiner Forderung abgefallen. Gegen den Protest der Unternehmer setzte das Berliner Zentral-Schiedsgericht diesen „Protest“.

Der Antrag auf Zulassung der Berufung gegen den in Essen gefällten Schiedsspruch vom 26. Juli 1908 wird als unzulässig zurückgewiesen, da gemäß § 5 des Schiedspruches (Berlin den 27. April) die Entscheidung des lokalen Schiedsgerichts endgültig ist. Außerdem hat der Schiedsspruch für die Parteien nach § 1040 der Zivilprozessordnung die Wirkung eines rechtskräftigen gerichtlichen Urteils. Auch hieraus folgt, daß eine Berufung gegen diesen Spruch nicht möglich ist.

Die beiden letzten Entscheidungen lassen an Deutlichkeit gewiß nichts zu wünschen übrig. Seit dem letzten Schiedsspruch sind aber schon wieder vier Wochen ins Land gegangen, und die Unternehmer von Herne, gestützt auf ihren angeblich so tarifmäßigen Verband, gebärden sich noch immer wie die unartigsten Kinder; sie glauben noch wie vor auf ihren Widerstand beharren zu dürfen und den tarifmäßigen Lohn nicht zahlen zu brauchen.

Ein anderer Fall spielt nicht weit von den hartköpfigen Westfalen, im Landkreis Düsseldorf, wofür der Düsseldorfer Unternehmerverband hauptsächlich verantwortlich ist. Nach dem Schiedsspruch vom 17. Mai und 26. Juni und dem darauf basierenden Tarifvertrag gelten für den Düsseldorfer Landkreis dieselben Arbeitsbedingungen wie in der Stadt. Ausgenommen hiervon ist nur die Stadt Gilben, wo der Lohn niedriger, allerdings viel zu niedrig ist. Nun wohnt aber in Bebrath, dicht vor den Toren Düsseldorfs, ein Unternehmer namens Jensen, der sowohl im Stadt- wie Landkreise Arbeiten übernimmt, friedlich aber gar nicht dazu zu bewegen ist, den tarifmäßigen Lohn zu zahlen. Der Mann ist Mitglied des Düsseldorfer Unternehmerverbandes, und der Vorsitzende dieses Verbandes gibt ihm den Rat, er möge sich von unserem Zweigverein vor der Zahlung des tarifmäßigen Lohnes entbinden lassen. — Ein zweiter Fall in demselben Gebiet belastet den Vorsitzenden des Düsseldorfer Unternehmerverbandes noch stärker. Der Unternehmer Hellmann in Gilben, angeblich Vorsitzender des dortigen Unternehmervereins, führt Arbeiten in Kaiserswerth aus, wo ebenfalls Düsseldorf der Lohn gezahlt werden muß. Auch Hellmann weigert sich, den Tariflohn (60 A) zu zahlen. Und was weiß er für „Gründe“ anzugeben? Hier sind sie:

Gilben, den 25. Juli 1908.
An den Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Zweigverein Düsseldorf.

Auf unsere Unternehmung vom 20. bezugnehmend, teile ich Ihnen ergebenst mit, daß ich mit dem Vorsitzenden des Düsseldorfer Arbeitgeberverbandes, Herrn Clemens Mühlenkamp, Rücksprache genommen habe und daß derselbe meine Auffassung bezüglich der Lohnverhältnisse in Kaiserswerth teilt. Danach kommen für Düsseldorf als Landkreis nur die unmittelbar mit der Stadt Düsseldorf zusammenhängenden Orte, wie Rath, Eller, Gerresheim, Venrath etc., aber nicht die entfernt liegenden Orte in Bebrath. Es liegt also für mich absolut kein Grund vor, in Kaiserswerth, wo bisher ein Lohn von 50 bis 54 A gezahlt wurde, einen höheren Lohn zu bewilligen. Da jedoch, wie ich festgestellt habe, die Lebensunterhaltung in Kaiserswerth für die fremd zuziehenden Leute

etwas teurer als hier ist, so bin ich bereit, diesem Umstande dadurch Rechnung zu tragen, daß ich den Stundenlohn um 3 A erhöhe, also einen Maximallohn von 55 A für Maurer und 45 A für Baufacharbeiter. Hoffe, daß dieses Entgegenkommen Ihrerseits anerkannt wird; weitere Lohnerhöhung bedauere nicht bewilligen zu können.

Gochtingersdall

G. Hellmann.

Wir stellen fest, daß Herr Clemens Mühlenkamp, der den Verhandlungen in Essen wiederholt beigewohnt hat, durchaus keinen Grund zu obiger „Rechtsbelehrung“ an Herrn Hellmann hatte. Es ist von keiner weiteren Ausnahme als nur von Hilben gesprochen und geschrieben worden. Durch den zweiten Schiedsspruch sind auch noch Ober- und Niederrhein, die politisch nicht zum Kreis Düsseldorf gehören, diesem Lohngebiet einverleibt worden. Der Düsseldorfer Unternehmerverband tut aber in keiner Beziehung seine Pflicht zur Durchführung des Vertrages, so daß man wohl die Ueberzeugung gewinnen kann, daß er nicht vertragsfähig ist und nicht vertragsstreu sein will.

Noch eine Reihe anderer Differenzen in dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wofür die Unternehmerverbände die Schuld tragen, wurden niedriger zu hängen, für heute mag es aber mit den genannten sein. Bewenden haben.

Im Bayerlande ist es die Stadt Schwabach, wo sich die Unternehmer nicht zu einer redlichen Anerkennung des Berliner Schiedspruches aufschwingen können. Dort versucht es ein Herr Nibel mit aller Hinterhältigkeit, den Maurern den ihnen laut Schiedsspruch zustehenden Lohn vorzuenthalten. Nach dem Spruche: dem Verdienste seine Krone, ist Nibel zum Danke für sein „Verdienst“, den Frieden in Schwabach zu hindern, in den Vorstand des nordbayerischen Bezirksverbandes der Bauunternehmer gewählt worden. Hoffentlich sendet der Bezirksverband diesen Herrn bald einmal in eine Konfession, wo die Unternehmer nicht umhin können, ihre „Friedensliebe“ zu beteuern.

Von Bayern nach dem Lande der Obotriten ist ein weiterer Weg, und viele Orte liegen dazwischen, wo wir den verchiedensten Unternehmerverbänden „ein wenig“ ins Gewissen zu reden hätten. Für heute wollen wir uns aber nur noch mit den Herren in Ribnitz beschäftigen. Der Berliner Schiedsspruch (27. April) enthält u. a. auch die Bestimmung, daß die bis dahin geltenden Arbeitsbedingungen nicht verschlechtert werden dürfen. Nun hatten die Ribnitzer für dieses Jahr die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit bewilligt (bisher zehneinhalb Stunden), worüber also kein Streit mehr bestand; sie wollten aber den Stundenlohn nur von 38 auf 39 A erhöhen. Damit wäre aber eine Verminderung des Tageslohnes eingetreten, was nach dem Schiedsspruch nicht zulässig ist. Die Maurer fordern nur 40 A; das macht bei zehn Stunden einen ganzen Pfennig mehr pro Tag als vorher bei zehneinhalb Stunden und 38 A. Aber nein: die Unternehmer wollten es nicht leiden. Der letzte Schiedsspruch hat nun zwar bestätigt, daß unter diesen Umständen der Anspruch der Maurer berechtigt sei und befriedigt werden müsse. Aber das machen wir eben nicht, sagten die braven Ribnitzer Meister vom Bau. Und dabei blieb es bis heute. Unsere Kollegen sind den Unternehmern noch einen Schritt entgegengekommen, indem sie sich bis zum 1. September d. J. mit 39 A Stundenlohn aufrieben geben wollten unter der Voraussetzung, daß der hieran fehlende Pfennig vom 1. Mai an nachgezahlt werde. Diese Forderung wurde auch vom Vorstand des mecklenburgischen Unternehmerverbandes unterstützt; aber die Ribnitzer Unternehmer blieben hart wie ein Ochsenkopf. Merkwürdigerweise wollen sie den Tarif anerkennen, insofern er für sie etwas vorteilhafter als das alte Verhältnis ist.

In allen Orten, wo sich die Unternehmerverbände und Vereine in der gedachten Weise um die Erfüllung der ihnen durch die Schiedssprüche zugewiesenen Pflichten herumzubringen suchen, stehen unsere Kollegen vorläufig noch Gewehr bei Fuß dem erbärmlichen Treiben gegenüber. Sie hoffen noch, daß der Vorstand des Unternehmerbundes, der doch in erster und letzter Linie die Verantwortung für diesen Tarif trägt, so tatkräftig eingreifen wird, daß seine Mitglieder eine andere Auffassung von der ehelichen Durchführung der von den obersten Instanzen beider Parteien anerkannten Schiedssprüche bekommen.

Der Streit der Fliesenleger in Rheinland-Westfalen besteht unverändert. Seit einigen Tagen sind zwar wieder Verhandlungen im Gange, diesmal in Köln, es ist aber noch sehr fraglich, ob sie zum Frieden für das ganze Gebiet oder auch nur für Köln allein führen. Bis auf weiteres ist unbedingt festlicher Bezug fernzuhalten, damit die Unternehmer unter allen Umständen einsehen lernen, daß die Arbeiter nicht gewillt sind, sich die Arbeitsbedingungen verschlechtern zu lassen. In den Unternehmerorganen wird damit gepöhlert, daß die Bauunternehmer jetzt vielfach dazu übergingen, die notwendigen Plattenarbeiten von ihren Mauren herstellen zu lassen. Wir halten es für undenkbar, daß ein Kollege es mit seiner Organisationschere vereinfachen könnte, durch Uebernahme von Plattenarbeiten den Streikenden in den Rücken zu fallen. — Die „Rheinisch-Westfälische Arbeitgeber-Ztg.“ läßt die Streikenden, vorläufig in Gelsenkirchen, schon mit Sammelkassen betteln gehen. Auch hierauf, so meint das edle Blatt, sollte die Polizei ihr Augenmerk richten. Wir sind ja nicht der Meinung, daß sich die Polizei um solche Sachen zu kümmern hat, wir würden es aber bedauern, wenn der Streik durch das Zirkulieren von Sammelkassen zur Unterstützung der Streikenden in Miskredit gebracht würde. Unsere Verbandsmitglieder bezeugen ihre Unterstützung statutengemäß aus der Verbandskasse, die den Wunsch Schmiedehaus' und Konsorten, „am Ende“ zu sein, noch nicht erfüllen will.

Preussische Arbeiterpolitik.

Das Wohlwollen der preussischen Regierung für die Arbeiter hat sich wieder einmal herrlich offenbart. Seit Jahrzehnten gehört es für die Minister zum guten Ton, bei feierlichen Gelegenheiten Kund und zu wissen zu tun, daß die Regierung keine höhere Pflicht kennt, als mit heilem Bemühen darüber nachzudenken, wie man die Lage der Arbeiter „noch mehr“ verbessern könne. Da gehen sie hin zu den Tagungen der „christlichen“, der „nationalen“, Arbeitervertreter und schmeimen sich aus, und die einsichtigen Köpfe, die ihnen zuhören, rufen Seil und Segen auf diese Regierung und diese ihre Abgesandten herab. Seitwärts von dieser Komödie steht mit verärgerten Armen

die sozialdemokratisch geschulte Arbeiterschaft, deren Mißdunk die Erfahrungen von mehr als einem Menschenalter kritisch geschärft ist, und indem sie dem halb witzigen, halb betrüblichen Treiben aufhört, erinnert sie sich eines anderen Ministerwortes:

„Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie!“

Das Wort galt einer Unternehmendeputation! Vor achtzehn oder zwanzig Jahren war es. Seitdem ist viel Wasser den Berg hinabgefloßen und viele Minister sind seitdem aufgetaucht und wieder in der Versenkung verschwunden. Aber wie auch ihr Name und wie auch die Denkart des einen oder anderen sein mochte: sie alle standen im Banne Bismarcks, der brutalen Verkörperung alles Volksfeindlichen. Immer blieb das oben zitierte Wort eines unwillkürlich Aufrechten der Leisten ihrer Tätigkeit oder Untätigkeit; nur daß ihm der eine freudiger, der andere zögernder folgte. Der Geist des Preußenraars, der besser die Gestalt eines göttlichen Hofkuchers annehmen sollte, schwebt auch wieder aus der neuesten Wille regierungspreussischer Arbeiterpolitik.

Auf eine Eingabe des Verbandes deutscher Tiefbauunternehmer wegen Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte hat der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten, zur Zeit ein gewisser Breitenbach, laut der „Deutschen Tiefbauzeitung“ folgenden Bescheid erteilt:

„Dem Bedürfnis der Tiefbauunternehmer nach Gewinnung geeigneter Arbeitskräfte wird im Bereiche der mir unterstellten Verwaltung bereits nach Möglichkeit Rechnung getragen. So ist die frühere Bestimmung der allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Erd-, Fels-, Rodungs- und Böschungsarbeiten, wonach bei der Annahme von Arbeitern die einheimischen, besonders aber die in der Gegend der Arbeitsstätte wohnenden geeigneten Arbeitssuchenden vorweg von dem Unternehmer zu berücksichtigen waren, aufgehoben, und es ist den Unternehmern ausdrücklich anheimgestellt worden, ihren Bedarf an Arbeitern durch Heranziehung ausländischer Arbeiter zu decken. In wie ausgedehnter Weise hiervon Gebrauch gemacht worden ist, beweist die Tatsache, daß beispielsweise allein von den Unternehmern staatlicher Eisenbahnbauten um die Mitte des vorigen Jahres über 23 000 ausländische Arbeiter beschäftigt wurden. Zu derselben Zeit wurden von den bei der Ausführung staatlicher Hoch- und Wasserbauten tätigen Unternehmern unter 18 500 Arbeitern 1950, also 10 pSt. Ausländer beschäftigt. Bei den nach dem Wasserstraßengesetz vom 1. April 1905 auszuführenden großen Wasserbauten wird die Heranziehung ausländischer Arbeiter noch besonders erleichtert werden. Die in der Eingabe vom 11. v. M. erwähnte Unterstützung der deutschen Feldarbeiterzentrale soll dabei auch den Tiefbauunternehmern zu Teil werden. Die

Baubehörden haben den Auftrag erhalten, der genannten Zentrale die Namen der in ihrem Bezirk tätigen Unternehmer bekannt zu geben, damit sie sich von vornherein an diese mit ihrem Arbeiterangebot wenden kann, und die Unternehmer werden in der Lage sein, sich mit der Zentrale unmittelbar in Verbindung zu setzen. Auch bei der Heranziehung polnischer Arbeiter sind den Tiefbauunternehmern keinerlei Schwierigkeiten bereitet worden. Alle im Jahre 1907 von Tiefbauunternehmern gestellten Anträge auf Zulassung polnischer Arbeiter sind unter meiner Zustimmung vom Herrn Minister des Innern genehmigt worden. In gleich entgegenkommender Weise ist auch im laufenden Jahre Verfahren worden, und bei den erwähnten großen Wasserbauten werden nach einer mit dem Herrn Minister des Innern getroffenen Vereinbarung die von den Unternehmern ausgehenden Anträge, soweit möglich, Berücksichtigung finden.“

Mit einer solch brutalen Offenheit hat die Regierung selten dokumentiert, was von ihrem sozialpolitischen Mauthelbentum zu halten ist. Man muß sich vorstellen, welche Zeiten das deutsche Wirtschaftsleben augenblicklich durchgemacht hat. Eine schwere Krise lastet allgemach auf Handel und Wandel, die Arbeitslosigkeit schlingt ihren Hungersteden und treibt große Massen des arbeitenden Volkes in ein fürchterliches Elend. Gang besonders leiden die ungeliebten Arbeiter unter der schweren Geschäftsfloß und ganz erschütterndem Maße können auch sie den Abständen der Unternehmer, den Lohn zu brüden, nur vereinzelt und schwach Widerstand leisten; denn ihre Organisation ist nur sehr dürftig. Und angesichts dieser Notlage mag es die preussische Regierung, eine Körperkraft, die aus öffentlichen Mitteln, also auch aus den Steuern der Arbeiter erhalten wird, den Unternehmern die Einfuhr billiger und willkürlicher Arbeitskräfte zu erleichtern.

Vor einigen Wochen, als sich die preussisch-deutsche auswärtige Politik wieder einmal hoffnungslos festgerannt hatte und sich eine ängstliche Kriegsgewitterstimmung auf Europa legte, da „hätte es rings von patriotischem Gesehler“. Die ganze Meute der Profitwölfe schielte nach den lodenden Kriegslieferungen und versuchte das Volk in einen patriotischen Mauthaufstand zu versetzen. Nation, Vaterland, Volk, deutscher Geist und all diese verbrauchten Schlagworte des Chauvinismus hängen stärker als sonst. Es trifft sich gut, daß gleich darauf der „Patriotismus“ der Unternehmer und ihrer Regierung durch den Bescheid des Breitenbach an die Tiefbauunternehmer so schön in seiner richtigen Bedeutung enthüllt wurde. Daß den deutschen Arbeiter Jungens, daß ihm die Schwarte knadt, aber billige Arbeitskräfte den Unternehmern!

Das Verlangen der Unternehmer nach ausländischen Arbeitern entpricht der Absicht, die gegenwärtige Krise zu Rohnfürzungen auszunützen. Das geht aber viel leichter, wenn man das Angebot von Arbeitskräften stark vermehrt. Und darum ausländische Arbeiter herein! Und noch ein anderes kommt in Betracht: der deutsche Arbeiter kann sich organisieren, ohne daß die Regierung oder der Unternehmer

Die Mischungsverhältnisse des Betons.

Von Arnold Rohbe.

(Nachdruck verboten.)

Wie man von einem guten Mörtel verlangt, daß jedes Sandkörnchen von einer dünnen Kalkhülle umschlossen werde, damit der Kalk den Sand zu einer plastischen Masse vereine, so muß man auch von einem guten Beton verlangen, daß der Mörtel jedes Stück Bruch oder Ziegelfeinlein begreife, jedes Kiesforn umschließe. Der Bedarf an Mörtel ergibt sich demnach aus der Größe des verwendeten Stein- bzw. Kiesmaterials; zu großen Steinstücken ist selbstverständlich weniger Mörtel erforderlich als zu solchen geringerer Größe. Nun hängt aber die Festigkeit des Betons im wesentlichen von der Bindkraft des Mörtels ab, und deshalb wird man diesen, je nach der Beanspruchung des Betonkörpers, fester oder magerer wählen bzw. eine größere oder geringere Menge von Zement zusetzen. Von dem Verwendungszweck ist aber auch die Arbeitsmethode größtenteils abhängig, und auch diese beeinflusst nicht wenig die Zusammenstellung des Betons. Für Wasserbauten wird z. B. ohne Anwendung von Formen oder Lehren der sogenannte Schüttbeton verwendet, während der Gußbeton als tragender Körper zwischen Lehren, andererseits aber auch als bloßes Füllmaterial zwischen tragenden Stein- und Eisenkonstruktionen verwendet wird. Beim Stampfbeton haben wir zu berücksichtigen, daß die Dichtigkeit durch die Stampfarbeit gesteigert wird, während der Gußbeton plastischer, flüssiger, billiger sein muß.

So erklärt es sich, daß außerordentlich verschiedene Mischungsverhältnisse in Vorschlag gebracht werden, und daß die Baumeister und Ingenieure so verschiedener Ansicht über die geeignete Zusammenstellung des Betons für den einen oder anderen Zweck sind. Wir müssen uns vor allen Dingen vergegenwärtigen, daß das Steinmaterial, der verwendete Sand und der Zement von so außerordentlich verschiedener Beschaffenheit sind, daß alle Verhältniszahlen eben nur einen ungefähren Anhalt zu geben vermögen. Bismäßig sichere Erfahrungssätze hat man nur bei Sand- und Kiesbeton gewonnen, die in umfassender Weise für Gassenbauten und zum Fundieren von Hochbauten Verwendung finden. Durch Versuche sind, nach Hausenschild, folgende Ergebnisse erzielt worden:

Bei einer Mischung von 1 Teil Zement, 2 Teilen Sand, 4 Teilen Kies braucht man für einen Kubikmeter Beton 280 Kilogramm Portlandzement und erzielt nach 28 Tagen

eine Druckfestigkeit von 180 Kilogramm pro Quadratcentimeter; — bei 1 Teil Zement, 3 Teilen Sand, 6 Teilen Kies braucht man 450 Kilogramm Portlandzement für 140 Kilogramm Druckfestigkeit; — bei 1 Teil Zement, 4 Teilen Sand, 8 Teilen Kies 180 Kilogramm Zement pro Kubikmeter (120 Kilogramm Druckfestigkeit); — bei 1 Teil Zement, 5 Teilen Sand, 10 Teilen Kies 120 Kilogramm Zement pro Kubikmeter (95 Kilogramm Druckfestigkeit); — bei 1 Teil Zement, 6 Teilen Sand, 12 Teilen Kies 95 Kilogramm Zement pro Kubikmeter (80 Kilogramm Druckfestigkeit pro Quadratcentimeter).

Das sind die besten Mischungsverhältnisse, und die ermittelten Zahlen dürfen als ziemlich zuverlässig angesehen werden. Mit Bruch- oder Ziegelfeinlein lassen sich betartige Zahlen nicht mit solcher Sicherheit angeben; denn in diesen Fällen wird die Druckfestigkeit sehr wesentlich von der Beschaffenheit des Steinmaterials und der Bedarf an Mörtelstoffen sehr wesentlich von der Korngröße abhängen, welche aber bei Kies — wenn man die größten Kiesel ausschließt — nicht so bedeutend variiert.

Es gibt ein einfaches Mittel, um den Bedarf an Mörtelstoffen für ein vorhandenes Steinmaterial zu ermitteln; es wird aber dann immer noch bei stark belasteten Teilen darauf ankommen, durch Proben die Festigkeit bzw. Tragfähigkeit der erzielten Mischung zu ermitteln. Man wird für den Versuch Proben des Bruchsteins verwenden, der am besten in der Umgebung zu beschaffen ist. Ein besseres Material ist unter Umständen aus größerer Entfernung zu beziehen, man wird aber immer kalkulierender müssen, wieviel man auf die Transportkosten oder überhaupt für das Steinmaterial verwenden darf, namentlich, wenn es sich um Beschaffung großer Massen handelt. Man läßt sich von einem Bauarbeiter einen Kasten von einem Kubikmeter Inhalt herstellen, füllt nun den Kasten mit dem gut durchgeschlagenen Bruchstein, den man zu Stücken von solcher Größe kein geschlagen hat, die man für den vorliegenden Zweck ungefähr für geeignet hält. Nun gießt man Wasser in den Kasten, bis derselbe bis obenhin gefüllt ist. Das Wasser fließt natürlich alle Zwischenräume zwischen den Steinen aus. Wiegt oder gipst man das Wasser nun ab und bringt es in ein mit Maßstabs versehenes Maßgefäß, so hat man die Zementmenge, die für einen Kubikmeter erforderlich ist. Die Zusammenstellung des Mörtels richtet sich dann nach dem Verwendungszweck. Für sehr stark belastete Bauteile oder solche, von denen man eine große Wasserdrückfestigkeit verlangt, wird der Mörtel aus 1 Teil Zement und 2 Teilen

Sand zusammengesetzt. Das ist z. B. ein Mischungsverhältnis, wie es für die äußere Schicht von Stauwänden Anwendung findet. Dagegen verwendet man 1 Teil Zement, 3 Teile Sand und 6 Teile Bruchsteine für die Innenmauerung dieser Dämme, 1 Teil Zement, 4 Teile Sand und 8 Teile Bruchsteine für größere Fundamentkörper usw. Die Anwendung des Probekastens ist namentlich dann geeignet, wenn man ermitteln will, wieviel Mörtel überhaupt erforderlich ist, um die einzelnen Steinstücke derart zu umhüllen, daß sie zu einem festen Körper miteinander verknüpfen werden.

Aber die zum Anrühren der Betonmasse erforderliche Wassermenge ist viel getrennt worden: Lange Zeit herrschte namentlich bei Stampfbeton die Meinung vor, das Material sehr wenig anzufeuern, so daß es gerade nur Erdfeuchtigkeit aufwies. Man sagte, es dürfe sich die Feuchtigkeit erst nach dem Stampfen des Körpers an der Oberfläche zeigen. Viele erfahrene Ingenieure setzen heute auch bei Stampfbeton doch noch etwas mehr Wasser zu, weil einmal dadurch die Stampfarbeit abgetrieben wird und die Zwischenräume zwischen den Steinblöcken besser ausgefüllt werden. Man hat häufig bemerkt, daß das knappe Bemessen von Wasserzusatz zu löcherigem Beton führt. Aber selbstverständlich ist eine große Sorgfalt erforderlich, denn zu breiig oder flüssig darf der Zement nicht werden, da er sonst von den Steinen abfließt und diese nicht umschließt. 1 Teil Wasser auf 3 Teile Zement soll in der Regel die geeignete Feuchtigkeit ergeben.

Alle diese Zahlen sind aber mit einer gewissen Vorsicht zu genießen. Ich habe gefunden, daß auch die Reueheit und Porosität des Steinmaterials, der Grad der Trockenheit desselben zu großem Einfluß sind. Der Plasterer gewinnt aber doch mit der Zeit schon einen gewissen Blick dafür, um sich zu sagen, ob die Probekörper, die er natürlich zu diesem Zwecke mit Hammer und Meißel zerlegen muß, ungefähr dem vorliegenden Zweck genügen. Er sieht es sogar beim Beton auf der Mißgibt schon an, ob er zu plastisch oder zu mager ist — und er wird häufig das Mischungsverhältnis noch bei der Arbeit ein wenig ändern, wenn das Resultat seiner Erwartungen nicht entspricht. Minder erfahrene Techniker werden aber gut tun, bei Beginn einer größeren Ausführung einen erfahrenen Betonfachmann zu Rate zu ziehen und sich nicht auf ihr eigenes Urteil zu verlassen, zumal auch die beschriebenen Recepte sich nicht für alle Umstände als geeignet erweisen dürften.

ernstlich etwas dagegen tun könnte. Nicht so der Ausländer. Den Holt man aus Ländern, wo Autoritäts Glaube und Umhüllung noch das Denken kranken, und wenn er schließlich so weit ist, daß er empfänglich für den Organisationsgedanken wird, so kann man ihn wieder aus dem Lande hinausschicken. Dann Holt man sich wieder frisches Ausbeutungsmaterial. Auf diese Weise hält man die Organisation fern und schließt den Unternehmer vor den Ansprüchen der deutschen Arbeiter nach höheren Löhnen. Selbstverständlich kommt die Regierung die Wirkung ihrer Maßnahmen, denn um dieser Wirkung willen handelt sie so.

In der Öffentlichkeit hat der Bescheid Dreitenbachs peinliches Aufsehen erregt, und die Ausbeuterorgane bemühen sich, ihn mit allerlei Mäßen zu entschuldigen. So schreibt die „Post“, das Organ von Stumm's seligen Erben, daß darin nur eine „Mißverständnisse auf die deutschen Arbeiter“ liege. Der deutsche Arbeiter sei für derart grobe Arbeiten „viel zu gut“, er sei so hoch qualifiziert, daß er sich nur für bessere Arbeiten eigne. Diese plötzliche Wertschätzung deutscher Arbeiter in den Spalten des struppellosesten Schmarbenerblattes ist nichts als frecher Gohn. Die „Post“ weiß ganz gut, daß die Eisenbahnbau- und Tiefbauunternehmer auswärtige Arbeiter lediglich aus dem Grunde beschäftigen; weil sie anspruchslos sind und daher billiger arbeiten als der deutsche Arbeiter das könnte.

Andererseits urteilt die antisemitische „Staatsbürgerzeitung“, die mit großem Recht für den „Patriotismus“ fürchtet. Sie schreibt:

„Wir halten es für geradezu unerhört, wie hier ein reichliches Ministerium in einer Zeit immer ärgerer Arbeitslosigkeit deutscher Arbeiter die Ausländer begünstigt. Wir wünschen, daß ein nationaler Sturm sich erhebe, diesen antinationalen wirkenden Erlass hinwegzufegen — und, so es not ist, den schuldigen Urheber dazu. Jeder nationale Politiker, mag er in der Zeitung oder im Parlamenten wirken — begeht eine Pflichtverletzung, wenn er nicht schärfsten Protest erhebt. — — — Daß doch unser König erfürhe, was man seinen Untertanen seitens der staatlichen Bureaucratie bietet!“

Wir legen weniger Gewicht darauf, daß es der König, als daß es das deutsche Volk erfürhe. Einmal können wir uns nicht denken, daß sich der preussische König nicht um solche wichtige Amtspflichten kümmern sollte. Zum anderen halten wir es für richtig, wenn das Volk sein Recht selbst wahr, als es sich aus dem königlichen Gnadenhorn schenken zu lassen. Darum Aufklärung über die Haltung der Regierung. Wenn die Ueberzeugung von der Volksfeindschaft des gegenwärtigen Systems allgemein verbreitet ist, dann muß das System fallen; denn auch bei uns hat das Volk gewisse Rechte.

Der politische Massenstreik in der russischen Revolution.

In den Jahren 1905 und 1906 hat bekanntlich in der russischen Revolution der politische Massenstreik eine die Aufmerksamkeit der ganzen zivilisierten Welt in höchstem Maße in Anspruch nehmende Rolle gespielt. Ueber die Bedeutung und den praktischen Wert dieser Bewegung sind von Anfang an die Urteile weit auseinander gegangen. Vornehmlich in der deutschen Arbeiterbewegung trat eine große Meinungsverschiedenheit hervor. Eine Richtung propagierte die Idee des politischen Massenstreiks unter Hinweis auf das russische Beispiel als das Mittel, dessen sich auch die deutsche Arbeiterklasse, wie überhaupt die Arbeiterklasse aller anderen Kulturländer, bedienen müsse, um die Herrschaft der Reaktion und des Kapitalismus zu brechen. Darüber gab es scharfe Auseinandersetzungen; wir gehörten zu denen, die dieser Propaganda widersprachen und u. a. geltend machten, daß die politische Streikbewegung in Russland für die Taktik der proletarischen Bewegung in anderen Ländern nicht maßgebend sein könne. Wir wiesen auch darauf hin, aus was für ganz besonderen Verhältnissen heraus jene Bewegung erwachsen ist und daß sie in der Hauptsache gar nicht als eine rein proletarische Bewegung angesehen werden kann. Auch sprachen wir die Hoffnung aus, daß bald eine streng objektive Darstellung die erwünschte Klärung in dieser Streitfrage bringen werde.

Diese Hoffnung ist jetzt in Erfüllung gegangen. Im Verlage von J. S. W. Dieck Nachfolger, Stuttgart, ist ein Buch erschienen unter dem Titel „Das Proletariat und die russische Revolution“ von A. Tscherevanin, das die überaus dankenswerte Aufgabe erfüllt, über Ursachen und Verlauf jener Revolution weitere Aufklärung zu schaffen, als sie bis jetzt erfahren hat. Wir glauben gut zu tun, in erster Linie die Ausführungen zu berücksichtigen, die sich mit der Frage des politischen Massenstreiks beschäftigen. Dabei werden wir streng sachlich dem Verfasser folgen.

Das erste bedeutende Auftreten der proletarischen Bewegung in Russland war der Petersburger Arbeiterstreik 1896, an dem 80.000 Arbeiter beteiligt waren, eine bisher im Rarenscheit noch unbekannte Erscheinung. Obwohl dieser Streik einen ökonomischen Charakter hatte, spricht ihm der Verfasser doch auch eine politische Bedeutung zu. Er demonstrierte vor der ganzen Bevölkerung die Solidarität der Arbeitermassen und die in ihnen erwachte Entschlossenheit zum Kampfe; er machte den Zusammenstoß zwischen der heranwachsenden Macht der Massen und dem Regime der politischen Unterdrückung und Rechtslosigkeit unvermeidlich. Weitere Streiks in den Jahren 1900, 1902 und 1908 wirkten in derselben

Richtung. Von dem Generalstreik, der vom Juli bis August 1903 sich über Südrussland verbreitete, sagt der Verfasser, daß die Schilderung und Verteilung dieser Bewegung als eine Vertikung absoluter Solidarität übertrieben worden sei. Deswegen verdient habe sie als eine in Russland noch nie dagewesene Erscheinung auf die breiten Kreise der Sozialdemokratie einen starken Eindruck gemacht. Tscherevanin widerspricht der Annahme, daß diese Bewegung durch die Sozialdemokratie herbeigeführt worden ist; sie sei spontan entstanden und ebenso spontan erloschen; sie habe nichts von den Merkmalen der organisierten Kämpfe der Arbeiterklassen Westeuropas mit ihrer Geschlossenheit und Disziplin an sich gehabt.

Am 22. Januar 1905 erhob das Petersburger Proletariat seine Stimme. Es zog vor das Winterpalais des Zaren, um ihm eine Petition zu überreichen, von ihm Hilfe zu erflehen, Erlösung von Rechtslosigkeit, Armut, Elend und Unmenschlichkeit. Der vom Verfasser mitgeteilte genaue Wortlaut der Petition beweist allerdings, daß diejenigen unrichtig haben, welche meinen, die Arbeiter seien gekommen, nicht um zu bitten, sondern zu fordern. Sie sind tatsächlich bittend gekommen; der Verfasser stellt darüber keine Frage. Die Sozialdemokratie die Massen noch nicht beherrschte, noch nicht als eine Führerin gelten konnte, daß es sich nicht um die Petition eines „revolutionären Volkes“ handelte. Ein solches war das Petersburger Proletariat noch keineswegs; es wurde erst revolutionär, weil auf all seine Bitten der Zar nicht antwortete. Die sozialdemokratischen Forderungen hatten seine Würden im Bewußtsein des Proletariats und konnten diese nicht haben.

Nun schließt Tscherevanin das agitatorische Eingreifen der Sozialdemokratie, die in isolierten Massenverfassungen die Forderungen des Achtstundentages, der ständigen Freiheit, der konstituierenden Versammlung auf überhöhter Ebene eine ungeheure Streikbewegung ausbrachte. „Das Proletariat war so hart erregt, bezwungen aus dem 22. Januar hervor, daß die Streikbewegung, die der allgemeinen Verbreitung, über zwei Monate anhielt.“ Im Vergleiche mit dem Gebiet und über zehn Eisenbahnen. Nach der von Tscherevanin mitgeteilten Berechnung von A. Warlow nach dann über eine Million Arbeiter teil. So erscheint diese gewaltige Streikbewegung von der Quantität her, die der Verfasser betrachtet, wie sehr im Punkte der Intensität und Zielbestimmtheit die Bewegung in Russland sich von denjenigen der peripherischen Grenzgebiete, den baltischen Provinzen, im Kaukasus und in anderen unterscheidet. In diesen Gebieten war das Proletariat in politischem Sinne und fester organisiert. Zentralisierten dagegen reagierte in großen politischen Fragen, Einberufung einer konstituierenden Versammlung, Auflösung der Monarchie usw., nur sehr schwach. Die Forderungen waren dort überwiegend ökonomische, zu den politischen bezogen sich die Massen indifferent. Der Verfasser gibt jedoch zu, daß die Bewegung im großen und ganzen dennoch „nicht nur eine Revolution entgegengesetzter Klasseninteressen des Proletariats und der Bourgeoisie war, sondern vielmehr ein halb unbewußter Protest gegen die allgemeine politische Verhältnisse“, sowie daß die zwei Monate lang dauernde Streikbewegung des Proletariats einen ungeheuren Einfluß auf die übrigen Massen der Bevölkerung ausübte. Sie entzündete an verschiedenen Orten die Bewegung, die sich mit Revolutionen, in denen die politische Freiheit und Einberufung einer Volksvertretung forderten. Die Hochschulen, immer radikalere und demokratischere Forderungen zu stellen, und die Folge war der Erlass des zarischen Manifests vom 18. Februar, betr. Einberufung einer Duma ohne gesetzgebende Vollmacht, das seinen Zweck, dem Lande Vergebung zu bringen, vollständig verfehlte. Der Verfasser schreibt nun, wie die Petersburger Sozialdemokratie entfaltete, um für den 1. Mai Massenemonstrationen zu Stande zu bringen. Dies unternahm, sagt Tscherevanin, schon vollständig fehl, an Stelle der erwarteten Arbeitermassen erschienen unbedeutende Gruppen von ausschließlich organisierten Arbeitern. Nur kam es zu großartigen Manifestationen und zum allgemeinen Streik. Die Arbeitermassen Russlands, trotz des ungeheuren politischen Aufschwunges, den sie erlebt, vermochte noch nicht zu entscheiden, und sie eben erst unter die rote Fahne der Sozialdemokratie zu stellen. Die Sozialdemokratie war noch nicht zu einer wirklichen Massenpartei geworden; ihre bestehende Aufgabe, sagt der Verfasser, war damals, Organisation und Massenbewußtsein in die spontan entstehende Bewegung mit hineinzutragen.

So lagen die Dinge, als die Vernichtung der russischen Flotte dem schmählichen russisch-japanischen Kriege ein Ende machte. Dieses Ereignis peinigste alle Gesellschaftsklassen, alle politisch bewußten Elemente zum Kampfe gegen das zarische Regime auf. Neue große Streiks brachen aus, die ganz selbstverständlich eine ungeheure politische Bedeutung gewannen, und besonders stark auf das Bewusstsein und auf die Zielbestimmtheit wirkten. Es bildete sich der alt-russische Bauernbund, und die Intelligenz: Ärzte, Journalisten, Juristen, Lehrer, Hochschulprofessoren, Studenten usw. begannen, die nächsten politischen Forderungen des Massenbewußten Proletariats zu den ihrigen zu machen, so vornehmlich die Forderung der Einberufung einer Volksvertretung auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. Die Regierung sprach mit ihrem Reichsrumgeheiß vom 8. August dieser Forderung und damit dem Proletariat sowohl als auch der Intelligenz schneidend entgegen.

Eine neue Streikwelle, die ihren Ausgang im September spontan in Moskau nahm, wälzte sich durch ganz Russland. Am 20. Oktober entzündet der Eisenbahnstreik, der bald alle Eisenbahnlinien umfaßte und sich zu einem allgemeinen Streik über alle Städte Russlands aus-

breitete. Die Forderungen der Eisenbahner, die hier die führende Rolle hatten, waren nicht nur ökonomischen, sondern politischen Charakters. Unter anderem gingen sie auf „Einberufung einer Volksvertretung mit gesetzgebender Vollmacht auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts seitens der ganzen Bevölkerung, ohne Unterschied der Nationalität, des Geschlechts und der Religion, gewählt zum Zweck der Ausarbeitung neuer Grundgesetze für das Reich, im Interesse der arbeitenden Klasse“.

Der mäßige Versuch des Eisenbahnministeriums, diesen Streik durch Einberufung eines Kongresses von Eisenbahnbevollmächtigten zu Ende zu bringen, mißlang natürlich. Die gesamte russische Intelligenz trat dem nunmehr entflammenden allgemeinen Streik bei. Die Verbände der Ingenieure und Techniker und andere intelligente Berufe, selbst die Banken und die anderen schon vorher Gewählten schlossen sich dem politischen Massenstreik an. Selbst die Masse der Großkapitalisten leistete, wenn nicht aktiv, so doch passiv Beistand; sie hinderten die Arbeiter nicht, in den Fabriken und Werkstätten Meetings und Versammlungen abzuhalten; sie gewährten sogar den Arbeitern für die Streiktage die Hälfte ihres Arbeitslohnes, so in manchen Unternehmen sogar den vollen Arbeitslohn. Städtische Versammlungen und Fabrikschlichter, verbände bemühten sich die Regierung einzulösen, daß sie politische Freiheit als das „beste Mittel zur Beruhigung der Geister“ gewährte.

Politische Aufgaben.

Franz Josef Ehrhart, der sozialdemokratische Reichstags- und Landtagsabgeordnete für Südböhmen, ist am 20. Juli an einer Herzlähmung gestorben. Ehrhart war eine charakteristische und ungemein beliebte Gestalt nicht allein im südböhmischen, sondern im ganzen Parteileben. Ein armer Proletarierkind mit nur höchst mangelhafter Schulbildung, hat er sich emporgearbeitet zu einem namhaften Parteiführer und geschickten Politiker, hat er sich eine gedachte Stellung im öffentlichen Leben errungen, die vom Anfang bis zum Ende auf Liebe und Vertrauen des Volkes gegründet war. In unserer Bewegung hatte er den Namen eines Pfalzgrafen erhalten, weil er, der internationalen Sozialist, mit großer Liebe an seiner schönen heimatlichen Pfalz hing, deren Vorzüge er oft begeistert pries. Obwohl im Reichstage wie im bayerischen Landtage und in der Gemeindegewalt seines Wohnortes entfaltet er eine rege Tätigkeit, allerdings in den letzten beiden Körperschaften mehr als in der ersten, wo er nur selten als Redner auftrat. Das Schwergewicht seiner Tätigkeit lag in München und Südböhmen. Für die Ausbreitung der Sozialdemokratie in der Pfalz hat er ungleich viel getan, und der Erfolg blieb nicht aus, weil er, aus dem Volke hervorgegangen, nie verlernte, seine Sprache zu sprechen. Neben den Namen von Grillenberg, Siebmacher, Auer wird auch Ehrharts Name von den Millionen sozialdemokratischen Arbeiter stets mit Liebe genannt werden.

Die Brottenkung. Der Segen der agrarischen Schutzpolitik äußert sich im Deutschen Reich seit einem Jahre nicht nur darin, daß wir es mit einer Fleischnotung zu tun haben, es ist eine Brotnotung hinzugekommen. Mit dieser Last befaßt sich ein Gutachten der Gewerbetekammer Dresden, das soeben veröffentlicht worden ist. Es wird da u. a. zunächst festgestellt, daß in Berlin der Preis für Roggen von 142,60 im Jahre 1900 auf 193,30 im Jahre 1907 gestiegen ist; der Weizenpreis stieg in der gleichen Zeit von 151,80 auf 206,30 pro Tonne.

Das Gutachten bemerkt: „Ein so übermäßig hoher Stand der Getreidepreise bringt für fast alle von uns vertretenen Gewerbetreibenden mittelbar und unmittelbar schwere Gefahren mit sich. Der Gewerbetrieb selbst leidet bei solchen Sandwärtchen, welche Getreide verarbeiten. Das sind in erster Reihe die Bäcker und Mäler. Die Preise für Mehl und Gebäck sind zwar auch gestiegen; der Mehlverkauf zum alten Preise war einfach nicht mehr möglich; denn — sollte bei einer Preissteigerung des Getreides um 20 und mehr vom Hundert der Brotpreis derselbe bleiben, so hätten die Bäcker, da sie nur Verluste hätten, ihren Betrieb überhaupt einstellen müssen; allein diesfalls sind die Brotpreise doch nicht in dem Maße gestiegen wie die Getreidepreise, und allenthalben ist der Mangel von Mehl und Gebäck ersicht.“

Die Dresdener Gewerbetekammer stellt eine Berechnung des Mehlerverbrauchs für Dresden an. Es kamen auf je einen Einwohner:

1903	109,45 kg
1904	111,12 „
1905	107,34 „
1906	104,41 „

Es hat also ein ganz bedeutender Rückgang des Mehlerkonsums stattgefunden, was mit Sicherheit auf eine Verschlechterung der Lebenshaltung der Bevölkerungsmasse schließen läßt, denn durch erhöhten Fleischkonsum haben die Arbeiter, Kleinrentnerbetreibenden usw. den Rückgang des Mehlerkonsums sicherlich nicht aufgehoben. Das Gutachten schildert dann, wie der erhöhte Brotpreis auf den einzelnen Haushalt wirkt. Es wird da ein mittelmäßig großer Haushalt zu Grunde gelegt, mit einem Einkommen von jährlich über 1700:

„Eine Familie von 6 Köpfen würde hiernach jährlich etwa 600 kg Gebäck verbrauchen. Nehmen wir nun an, daß diese 600 kg aus dem wohlfeilsten Gebäck, dem Brot, beständen, so würde diese Familie von 6 Köpfen bei einem Brotpreise von 25 p. das Kilogramm 150 jährlich für Brot ausgeben haben. Steigt der Brotpreis auf 30 p., so würde sich dieser Ausgabeposten auf 180 erhöhen. Wie aber eine Mehrausgabe von 30 jährlich auf einen Haushalt, der über 1700 jährlich zu verfügen hat, wirkt, heißt jeder, der den Unmut kennt, mit dem beispielsweise eine Steuer in dieser Höhe erhoben wird, trotzdem mit ihr von vornherein gerechnet werden muß, während die Preissteigerungen der Verbraucher meist unerwartet treffen.“

Wohlgemerkt, es handelt sich hier um mittel- bürgerliche Familien. In ärmeren, rein proletarischen Haushaltungen ist der Verbrauch an Brot erfahrungsgemäß bedeutend höher. Für eine Haushaltung dieser Art mit sechs Köpfen dürfte der gegenwärtige Stand des Brotpreises eine Ausgabe von jährlich mindestens 250 bedingen — etwa den vierten Teil des proletarischen Durchschnittseinkommens. Die Dresdener Handelskammer hält es denn auch für berechtigt, daß die Arbeiter mit dem Hinweis auf die Verteuerung der Lebenshaltung Forderungen auf Lohnerhöhung stellen. So werde immer von neuem Kampf und Unruhe in das gewerbliche Leben hineingetragen, und daran trage die Verteuerung der Lebenshaltung die Hauptschuld. Zutreffend bemerkt die Handelskammer, daß die Aufhebung oder Herabsetzung der Getreidezölle das wirtschaftliche Mittel gegen die Brotteuerung sein würde. Aber nicht recht hat sie mit ihrer Bemerkung:

„Wir wollen jedoch davon absehen, diese Forderung aufzustellen; die deutsche Landwirtschaft würde durch eine solche Maßnahme einen empfindlichen Stoß erhalten, die Aufhebung der Zölle auf diesen Bollen aufgebaut, kurz, im Wirtschaftsleben rechnet man allenthalben mit diesen Zöllen, so daß eine so einschneidende Veränderung unvermittelt einführen, uns selbst nicht ratsam erscheint.“

Denn müssen wir entziehen widerprechen. Die Landwirtschaft im allgemeinen, der Bauernstand, hat an der Aufrechterhaltung der Getreidezölle gar kein Interesse. Diese kommen nur einer kleinen Clique von Großgrundbesitzern zu gute. Auf deren Sonderinteressen die geringste Rücksicht zu nehmen, wäre durchaus verfehlt. Nichtsdestoweniger auf die Volksernährung gebieten, so schnell wie möglich mit dem Schutzzollwunder ein Ende zu machen. Es gibt keine Bedenken, die dem entgegenstehen könnten, wenn man nur den guten Willen zu dieser Reform hat.

Das Arbeitspensum des kommenden Reichstages hat einen außerordentlich großen Umfang erreicht. Wenn nur die wesentlichen Entwürfe berücksichtigt werden, so hat der Reichstag noch die große Novelle zur Gewerbeordnung, worin der Arbeiterlohn eine Erweiterung und die Heimarbeit eine Regelung erfahren sollen, die Vorlage wegen der Sicherung der Auforderungen und die außerordentlich umfangreiche Viehwirtschaftsreform, die über die Errichtung von Arbeitsstätten in der Provinz sowie über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen. Die Novelle zur Strafprozessordnung soll ihm zugehen. Es sind ferner noch Entwürfe der öffentlichen Schrift des Reichsapothekengesetzes, des Kurpfuscher- und Geheimmittelgesetzes, das Eingekerkert und die Novelle zum Gesetz über die Befreiung des unlauteeren Wettbewerbs unterbreitet worden. Den wichtigsten Teil der nächsten Arbeiten des Reichstages werden neben dem Reichshaushaltsetat für 1909 die Reichsfinanzreform betreffenden Gesetze, die Beförderungsaufhebungsmaßnahmen für die Reichsbeamten und Militärpersonen, sowie die Servistaristnovelle darstellen. Im Vorbereitung ist weiter der große Kreis der Arbeiterversicherungsstellen betreffenden Entwürfe. Hier steht im Vordergrund der Entwurf über die Vereinheitlichung des Versicherungsrechts. Ihm schließen sich an die Krankenversicherungsreform und die Arbeitermieten- und Waisenversicherung, die nach dem Vollzug des Gesetzes von 1902 bis zum Beginn des Jahres 1910 gesetzlich geregelt sein soll. Es sind ferner nach Aufhebungen von Regierungsvorlägen in Arbeit: Entwürfe über die Erwerbung und den Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit, über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, über die Heranziehung des Reichsfiskus zu den Gemeindefeuern, über das Abbedeckungswesen, über die Telephongebühren, über eine Milderung der Bestimmungen der Kontingenzklause, eine Gewerbeordnungsreform, in der die Vorschriften über die Marktverhältnisse neu geregelt werden sollen u. a.

Es ist natürlich ausgeschlossen, daß dieses Mengenquantum von Arbeit in einer Session zu erledigen ist, man kann im Gegenteil mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß die nächste Session neben dem Etat nicht viel mehr als die Finanzreform und das Beamtenbesoldungsgesetz fertig bringen wird.

Die Festungen des Grundabfels. Die politische Macht des Grundabfels ist der Rest seiner dominierenden Stellung, die er im Wirtschaftlichen der östlichen Reichshälfte einnimmt. Diese wirtschaftliche Vorherrschaft steht heute noch ziemlich gesichert da, wobei die Frage ausbleiben kann, inwieweit sie von der Vorherrschaft des industriellen Kapitals im Westen bedroht ist. Die wirtschaftliche Macht der Fester wäre längst dem Rabe der Zeit verfallen, wenn sie es nicht verstanden hätten, die Gesetzgebung und Verwaltung so zu beeinflussen, daß sie künstlich konserviert wurde. Eins dieser Konservierungsmittel sind die Zölle, aber, wie man sie meistens nennt, die Fideikommiss. Das sind Grundbesitzungen, die im Besitz einer bestimmten Familie sind und einer besonderen Erbfolge unterliegen. Sie sind unüberäußerlich, einzelne welche Ereignisse auslösen können. Diese Güter sind in einer bedeutenden Zunahme begriffen. Es betrug in Preußen:

Im Jahre	Gesamtfläche der Fideikommiss in 1000 ha	Grundbesitz der Gesamtfläche des Staats
1906	2276,4	6,5
bagegen:		
1905	2249,1	6,4
1904	2232,5	6,4
1903	2197,4	6,3
1902	2207,2	6,3
1901	2192,2	6,3
1900	2180,9	6,3
1895	2102,0	6,0

Der Waldbestand der vorhandenen Fideikommiss nahm im Jahre 1906 eine Fläche von 1049 288,7 Hektar ein, d. i. 3,0 v. H. der Staatsfläche oder 12,7 v. H. der ganzen Waldbfläche im Staate und 46,1 v. H. der Gesamt-Fideikommissfläche, während der Grundbesitzer-Beitrag der Fideikommissfläche 28 159 619 = 6,3 v. H. desjenigen der gesamten Staatsfläche ausmachte. Im Berichtsjahre sind 28 neue Fideikommiss errichtet worden, darunter allein 12 in der Provinz Posen, ferner 3 in Schlesien, 2 in Ostpreußen und je 1 in Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Sachsen, Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau. Diese neuen Fideikommiss hatten eine Gesamtfläche von 26 250 Hektar und einen Grundbesitzer-Beitrag von 2 298 889, wovon allein 14 838 Hektar und 1 449 293 auf die Provinz Posen entfielen; dazu kommen noch 69 Erweiterungen bestehender Fideikommiss um zusammen 2962 Hektar. Aufgelöst wurden 3 Fideikommiss, und zwar je 1 in den Provinzen Hannover, Westfalen und Hessen-Nassau mit zusammen 1070 Hektar; ferner wurden 64 Fideikommiss verkleinert um zusammen 885 Hektar. Die Gesamtzahl der Fideikommiss betrug am Jahreschluß 1190 gegen 1170 Ende 1905 und 1045 i. J. 1895. Unter den einzelnen Provinzen stehen Schlesien und Hohenzollern mit 15,7 und 16,3 v. H. oben, unter den Regierungsbezirken Straßburg mit 20,8 v. H. und Oppereln mit 20,7 v. H. der Gesamtbezirksfläche.

Vertragsrechtliche Konsequenzen der Maiausperierung. Zu dieser Frage, zu der bekanntlich auch schon Gerichte haben Stellung nehmen müssen, äußert sich in der Zeitschrift „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ der Berner Professor Lotmar. Er kommt zu dem Resultat:

Die von der Mai-Ausperierung betroffenen Arbeiter können von ihrem Arbeitgeber den Lohn für die Zeit beanspruchen, die sie infolge seiner Ausperierung nicht geleistet haben.

Lotmar führt sich auf folgende Erwägungen: Die Maifeier gegen den Willen des Unternehmers ist ein Leistungsverzug. Als Rechtsfolge dieses Verzuges käme, abgesehen von dem für den 1. Mai eintretenden Lohnausfall, rechtlich in Frage, ob der Arbeitgeber, der eine Ausperierung infolge der Maifeier vornimmt, Schadenersatz verlangen oder vom Vertrage zurücktreten könne. Beide Fragen sind zu verneinen. Denn, wer dem Arbeitsausfall eines Tages, den der Arbeiter verursacht, alsbald ein- oder mehrtägigen Arbeitsausfall folgen läßt, gibt dadurch deutlich kund, daß er durch den vom Arbeiter bewirkten Ausfall seinen oder doch seinen empfindlichen Schaden erleidet hat. Wenn er trotz seiner nachfolgenden Ausperierung Erfolg des Schadens für den 1. Mai begehrt, so begehrt er eine Schikane; sein Anspruch wäre daher nach § 226 B. G. B. abzuweisen. Nach § 326 B. G. B. kann der Arbeitgeber unter Ablehnung der Erfüllung, Schadenersatz wegen Nichterfüllung verlangen und vom Vertrage zurücktreten, wenn eine angemessene, von ihm geleistete Frist zur Beseitigung der Leistung fruchtlos verstrichen ist. Sehr ober der Arbeitgeber solche Frist, so kann er nicht überdies eine Ausperierung verfügen. Denn dies wäre offenbar widersprüchlich: denn kann es nicht ernsthaft um Geltung des Verzuges zu tun sein, der selber einen Aufschub anordnet. Wer selber so verfährt, entgeht vielmehr auch für den Fall, daß die Nachholung innerhalb der Frist nicht erfolgt, den im Bürgerlichen Gesetzbuch ausgesprochenen Mitteln des Rücktritts und der Schadenersatzforderung wegen Nichterfüllung. Lotmar legt dann dar, ein Recht zur kündigungsfreien Entlassung des Arbeiters, weil er „die Arbeit unbesetzt gelassen“ hat (§ 123, Nr. 3 B. G. B.) ist nicht gegeben. Denn zum „Verlassen“ gehört, daß der Arbeiter nicht wiederzukommen, gänzlich von der Arbeit ausschließen will. Der Rücktrittswille nicht hat, der Arbeitsvertrag kann von einer beherrschenden Verweigerung der nach dem Arbeitsvertrag dem Arbeiter obliegenden Verpflichtungen die Rede sein. Da kein Verlassen der Arbeit vorliegt, kann auch ein Schadenersatzanspruch aus § 124 B. G. B. nicht in Frage kommen.

Obi demnach nach dem geltenden Recht des Bürgerlichen Gesetzbuchs und der Gewerbeordnung das Ausschließen am 1. Mai dem Arbeitgeber kein Recht zu einer Ausperierung über den 1. Mai hinaus, so kommt der Arbeitgeber durch die Ausperierung in Annahmeverzug. Die von der Mai-Ausperierung betroffenen Arbeiter können daher nach § 615 B. G. B. von ihrem Arbeitgeber den Lohn für die Zeit beanspruchen, die sie infolge seiner Ausperierung nicht geleistet haben. Dieser Anspruch verjährt erst in zwei Jahren.

Lotmar gibt sich der Auffassung hin, daß, wenn auch nur einige Male durch mehrere Arbeiter nach § 615 B. G. B. der Lohn für die Ausperierungstage vom Arbeitgeber verlangt und durch Gewerbegerichte vom Rechts wegen ausgesprochen ist, die Mai-Ausperierung abnehmen oder gänzlich aufhören wird.

Diese Auffassung teilen wir nicht. Ueberhaupt hat diese Forderung die der eigentlichen Streikfrage ja gar nichts zu tun. So einleuchtend darin die Ausführungen Lotmars sind, so glauben wir doch nicht, daß sich unsere Gerichte auf denselben Standpunkt stellen würden. Man sehe sich folgendes Urteil des Gewerbegerichts Eberswalde an, und man wird unsere Skepsis begreiflich finden. Das dortige Gewerbegericht hat demnach das Fernbleiben von der Arbeit am 1. Mai als „unbefugtes und rechtswidriges Verlassen der Arbeit“ anerkannt und den Arbeitern die Schadenersatzpflicht gegenüber den Meistern auferlegt. Das ist um so bemerkenswerter, obwohl eine vierzehntägige Kündigungsfrist in diesem Falle nicht bestand, sondern das Arbeitsverhältnis von Tag zu Tag gelöst werden konnte. Das Gericht führt aus, daß die Kündigung des Arbeitsvertrages in solchem Falle mindestens am Abend des Tages vor Einstellung der Arbeit hätte erfolgen müssen. Das Verfahren der Arbeiter wird wie folgt gefestigt: „Sie sind lediglich aus der Arbeit fortgeblieben, um bewußt und vereint einen Feiertag zu ergötzen, der von der Allgemeinheit nicht anerkannt wird.“ Das Gericht hat auf die Klage der Arbeiter wegen des zurückgehaltenen Lohnes entschieden, daß ein Zurückbehaltungsrecht der Arbeitgeber wohl bestünde. Die Kosten wurden den Klägern auferlegt. Und das war ein Gewerbegericht; da aber sehr viele Streitigkeiten auch vor Annahmeverzug bezw. Amtsgerichten erledigt werden, so kann man sich denken, wie wenig man den juristischen Folgerungen Lotmars zu folgen geneigt sein wird.

folgen geneigt sein wird. Für das Baugewerbe kommt übrigens in Betracht, daß für die meisten Arbeiter jede Kündigungsfrist ausgeschlossen ist, wodurch also die ganze von Lotmar aufgeworfene Frage für diese Arbeitsgruppen gegenstandslos wird.

Eine Verfassung für die Türkei. Die Zeiten sind vorüber, von denen Gortze sagte:

Nichts schöneres weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen, als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei, Wenn hinten weit in der Türkei Die Völker aufeinander schlagen.

Die heutige Generation kann die Nachrichten von Kriegen, und sei ihr Schauplatz noch so fern, nicht mehr so gelassen besprechen, wie der Pfahlbürger der Goethe'schen Zeit. Die Weltwirtschaft hat ihr Netz über den Erdball gespannt und bringt alle Länder und Völker in immer nähere Beziehungen, sie vermehrt damit aber zugleich die Möglichkeit, daß jeder Streit seine Erschütterungen bis ans andere Ende der Welt fortplant. So ist's seit langer Zeit mit den Wirren im Osten, die wegen der Bedeutung dieser Länder als Verbindungsstraße nach Asien immer gefährlicher zu werden scheinen. Darum ist es vielleicht auch von weitgehender Bedeutung, daß die schon seit mehreren Jahren unter der Oberfläche glimmende revolutionäre Bewegung in der Türkei in diesen letzten Wochen offen herorgetreten ist und einen unerwartet schnellen Erfolg errungen hat. Die Jungtürken, so nennen sich die türkischen Revolutionäre, entsprechen in ihren Bestrebungen etwa unseren künftigen Liberalen. Sie befehlen das absolute Regime, wollen an dessen Stelle eine konstitutionelle Regierung setzen. Die Türkei hatte bereits einmal eine Verfassung mit einem Parlament, dessen Zusammenfassung, was das Wahlrecht anbelangt, bedeutend freier war, als das, dessen sich Preußen und mit ihm noch mehrere andere deutsche Bundesstaaten erfreuen. Das war im Jahre 1876. Jene Verfassung war jedoch nicht vom Volke errungen, sondern der Sultan (der heutige Abdul Hamid) hatte sie unter dem Einfluß eines später hingerichteten reformistischen Ministers gegeben. Nachdem dieser Minister gestürzt war, künerte sich der Sultan nicht mehr um die Verfassung, schickte das Parlament nach Hause und das Volk, das in seiner Mehrheit noch nicht zum politischen Bewußtsein gelangt war, ließ ihn ruhig genötigen.

Angewiesen haben sich in der Türkei bedeutende Veränderungen vollzogen. Obwohl sie auch heute noch ein überwiegend agrarisches Land ist, regt sich doch schon der Industrielapitalismus darin und beginnt, die Verhältnisse umzugestalten. Die intelligenteren Volksteile empfinden seit langem die Einmischung der fremden Mächte in die inneren Angelegenheiten des Landes als eine Schmach, was wohl besonders nach dadurch gefördert werden wird, daß alle um die Türkei sich bemühen Mächte das Land doch nur ausbeuten wollen. Den Vorwand zur Einmischung bieten die Bedrängungen der christlichen Teile des türkischen Volkes. Darum ist auch die politische und bürgerliche Gleichheit aller Staatsbürger eine Hauptforderung der Jungtürken, um so den Mächten den Vorwand zur Einmischung zu nehmen. Die Agitation der Revolutionäre hat in den letzten Jahren viel Erfolg gehabt, besonders haben sie in der Armee Anhänger gefunden. Als daher in Mazedonien der offene Aufstand ausbrach, versagte die zu dessen Unterdrückung ausgesandte Armee; sie übergab den Revolutionären die von ihr besetzten Gebiete. Nach kurzem Geimein hat der zu Ende erschrockene Sultan kapituliert und die festsitzende Verfassung von 1876 wiederzugeben. Er hat kaum ein großes Opfer gebracht, denn zu sagen hatte er so wie so nicht mehr viel, und in seinem Glauben werden auch die Jungtürken ihm nach wie vor die Herrschaft lassen. Die Folgen dieser Umwälzung sind vor der Hand noch nicht abzusehen. Ob sich der Sultan nicht rufen wird, um die gegebene Verfassung wieder zu zerbrechen, das kann man noch nicht wissen. Allerdings ist das Volk heute auch um 30 Jahre älter als beim ersten Verfassungsbruch. Vielleicht sind ihm sein Kopf und sein Glauben zu lieb. Ganz unabsehbar sind vollends die weltpolitischen Folgen. In den Kreisen der Diplomatie ist man von dieser Wendung ziemlich überrascht. Das einzige vorläufige Ergebnis ist, daß wieder ein Land freierwilliger ausdauer als Preußen. Und das muß nun gerade die Türkei sein!

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fortzuführen:

- Deutschland:**
Maurer:
Hansaburg:
 Lübeck (Sperre über Görner & Heidenreich);
Schleswig-Holstein:
 Rendsburg (Sperren über das Rader Kokswerk, das Stahl- und Walzwerk und die Karlsruhte), Quickborn (Streik);
Mecklenburg:
 Güstrow (Sperre über Thielke), Sülze (Sperre über Holdorf), Ahrenshop a. Fischland (Sperre über Helms), Ribnitz (Differenzen);
Brandenburg:
 Wittstock a. d. D. (Streik), Neu-Buch (Sperre über Ehrlich);
Pommern:
 Stettin (Streik der Bauarbeiter), Damgarten (Differenzen);
Ost- und Westpreußen:
 Hammerstein (Sperren über Kofahl und Karge), Rastenburg (Differenzen);

Schlesien:

Märzdorf (Sperrung über Scheundel in Grobelwitz),
Postenberg (Sperrung über Steinbach aus Steglitz),
Hundsfeld-Rosenthal (Sperrung über Vetter aus
Weide), **Oppeln-Franzdorf** (Sperrung über die
Schulsenbanten);

Königreich Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahn-
hofsbauteil, Berndt & Söhne, Berlinerstrasse, in
L. Möckern K. Edlich, Hühnerbeinerstrasse, und
M. Steyskal, Sohrstrasse, Artur Leonhardt in
Stötteritz, Wasserturmstrasse), **Mülsen-St. Niklas**
(Sperrung über Ferd. Döhn), **Knaustleberg**
(Sperrung über David Ludley und L. Loos),
Kenschberg (Sperrung über Bautzmann aus
Lützen), **Saundersdorf b. Zwickau** (Sperrung über
Berger aus Schönheide), **Mülsen** (Sperrung über
Emil Meier in Ortmanndorf);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Cracau b. Magdeburg (Sperrung über Weingart),
Schwenditz (Differenzen), **Stassfurt** (Streik),
Wittenberg (Aussperrung angekündigt wegen
Dachdeckerstreik);

Thüringen:

Arnstadt (Sperrung über Gressler), **Ronneburg** (Sperrung
über Kretschmar);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lüneburg:

Stadthagen (Streik), **Milsburg** (Sperrung über die
Zementfabrik „Germania“), **Münster, Wester-
stede** und **Umgebung** (Differenzen), **Visselhövede**
(Differenzen);

Westfalen und Rheinland:

Dortmund (Sperrung über den Fabrikbau Leissner in
Wambel), **Elsfeld-Barmen** (Sperrung über die
Arbeiter der Firma Dieder & Co. aus Stettin
an der Gasanstalt), **Düsseldorf-Benrath** (Sperrung
über Zensen), **Kaiserswerth** (Sperrung über die
Bauten der Diakonissenanstalt);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Bassloch (Sperrung über Steidel);

Bayern:

Pfarrkirchen (Sperrung über Sterzer), **Bayreuth** (Sperrung
über Hoffmann, Realschule);

Friesenleger:

Rheinland-Westfalen (Abwehrstreik);

Isolierer und Steinhölzleger:

Celle (Streik bei der Firma Haacke & Co., auch bei
den Filialen in Berlin und Hamburg), **Mannheim-
Ludwigshafen** (Sperrung über die Mannheimer
Isolierwerke und die Korksteinfabrik).

Schweiz:

Bern (Differenzen);

Oesterreich:

Kladno, Kralup, Stockerau, Triesch.

Ungarn:

Arad, Debreczen, Kassa, Nagyböcskerek, Mezötúr
(Aussperrung).

Gau Bremen.

In **Nordenham** haben die Unternehmer im vorigen
Jahre einen Arbeitsnachweis nach bekanntem Muster errichtet.
Es scheint, als ob es diesmal zu Differenzen kommen sollte.
Der Sekretär führt den Arbeitsnachweis in der einseitigen
Weise, indem er sich die Leute nach Belieben auskühlt und
unsere Kollegen, die an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung
stehen, fortgesetzt abweist. So sind die hausgewerblichen
Arbeiter von der Gnade dieses Menschen abhängig und wenn
die Arbeiter gegen seine rigorose Vorgehen des Sekretärs pro-
testieren, dann heißt es: „Das mache ich wie ich will.“
Da das neue Vertragsverhältnis beiderseitig anerkannt
ist und Maßregeln wegen der Angehörigkeit zur
Organisation unzulässig sind, dies aber durch den Sekretär des
Arbeitsnachweises in der einseitigen Weise geschieht, so soll sich
die Schlichtungskommission mit der Sache befassen, um dem
Herrn Sekretär das Handwerk zu legen. Hierbei wollen wir
nicht unterwacht lassen, daß bereits ein Kollege ein
Jahr Gefängnis um diesen Menschen verbrühen mußte. Das scheint
zu recht ein Leier nach dem Herrn der Unternehmung zu sein.
Ein anderer Fall wurde noch in der sich mit dieser Angelegenheit
beschäftigten Versammlung erwähnt. In **Ein s w a r e n**
bei **Nordenham** wird zur Zeit ein größeres Metallwerk
gebaut. Die Maurer werden von der Bauleitung selbst be-
schäftigt und erhalten nur einen Stundenlohn von
45 s, obwohl vertraglich 55 s zu zahlen sind. Auch
hierfür liefert der Arbeitsnachweis Maurer. Da der Arbeits-
nachweis vom Vorgesetzten unterhalten wird, so sehen
unsere Kollegen mit Recht eine Verletzung des Ver-
tragsverhältnisses darin. Auch hiermit soll sich die
Schlichtungskommission befassen. Wunderbar ist, daß der
Vorstand des Arbeitgeberverbandes, Herr Bödena, der gleich-
falls dort Arbeiten ausführt und den vertraglichen Lohn
zahlt, nicht insofern Redebringer eintreten läßt, daß wenigstens
der unter seiner Obhut stehende Arbeitsnachweis keine Maurer
nach dort sendet. Im übrigen ist es bedauerlich, daß sich
Kollegen finden, die solche Lohnbrüder betreiben; um so mehr,
da es lauter Leidge gibt.

Gau Cöln.

Über die Bewegung in **Vergisch-Gladbach** wird
uns vom Zweigverein Cöln geschrieben: Die hiesigen
Kollegen reichten den Unternehmern am 23. Mai ihre
Forderung ein, und zwar forderten sie die Einführung
des Cöln Tarifvertrages, der bekanntlich auch Gültigkeit
für die Vororte und darüber hinaus hat. Eine Antwort
wurde bis zum 1. Juni erbeten, lief jedoch nicht ein. Die
Organisationsleitungen haben sich dann genötigt, einmal
persönlich mit sämtlichen Unternehmern zu sprechen; aber
auch das half nicht. Erst nachdem wiederum Versamm-
lungen der Kollegen stattgefunden hatten, wodurch der

Forderung mehr Nachdruck verliehen wurde, sahen sich die
Unternehmer genötigt, der tariflichen Regelung der Lohn-
und Arbeitsbedingungen der hiesigen Bauarbeiter Beach-
tung zu schenken. Nachdem die Vertreter der Organi-
sationen zum zweiten Male an die Tür der Unternehmer
klopfen, erklärten diese, daß sie prinzipiell nichts gegen den
Tarifvertrag einzuwenden hätten, jedoch erst im November
verhandeln wollten. Hiermit erklärten sich unsere Kollegen
nicht einverstanden, sondern betonten, daß das die
Unternehmer im November für möglich hielten, jetzt nicht
unmöglich sein könnte und daß man folglich auf den
jetzigen Tarifabschluß beharren müsse. Die Bewegung war
auf partieller Grundlage vorbereitet und die in Betracht
kommenden Arbeiterorganisationen hatten nichts un-
versucht gelassen, um die Bewegung ohne offenen Kampf
durchzuführen. Nicht so handelten die Unternehmer, sie
ließen es auf einen Kampf ankommen. Während das
Baugesetz, Gebrauchs-Schmitter, wo unsere Kollegen ar-
beiteten, unsere Forderung bewilligte, mußte das Bau-
gesetz Bennarz & Schelle, wo vornehmlich Mitglieder
der christlichen Organisation in Frage kommen, am 1. Juli
nach langem Verhandeln gesperrt werden. Dies gab uns
Bewegung in dem innigen seiner Wälder dahintreten-
den Bergisch-Gladbach, zumal dies der erste Streik in
diesem Orte war, der mit Erfolg geführt wurde. Wohl
haben die Arbeiter und Arbeiterinnen der Zanderischen
Papierfabrik vor einigen Jahren hier mit Hilfe der christ-
lichen Organisation einmal einen Kampf geführt, der brach
aber nach kurzer Zeit zusammen. Die Unternehmer dachten
nun, sie würden bei der flauen Bautätigkeit genügend Er-
trag für die Streikenden bekommen. Dies ist aber nicht ein-
getroffen. Wohl haben sie es an Vermählungen nach dieser
Richtung nicht fehlen lassen, und der Zug von Maurern
und Hilfsarbeitern war denn auch in der zweiten Woche
ganz gewaltig, so daß es der Aufhebung sämtlicher Kol-
legen bedurfte, um die Zugereisten wieder abzuführen; aber
es gelang doch, obwohl es in der gegenwärtigen Zeit Mühe
genug macht. Am 10. Juli erklärten sich dann die Unter-
nehmer bereit, schon jetzt einen Tarif abzuschließen. Es
ist dann in den folgenden Verhandlungen der Mindestlohn
für Maurer bis zum 1. April 1909 auf 55 s, von da an
bis zum 31. März 1910 auf 56 bis 58 s festgelegt worden.
Die Bauhilfsarbeiter bekommen sofort 43 bis 46 s und
vom 1. April 1909 bis zum 31. März 1910 46 bis 48 s.
Die Arbeitszeit ist eine zehnstündige. Überstunden werden
mit 15 s, Nacharbeit mit 50 pzt., Sonntagsarbeit und
Arbeit an gesetzlichen Feiertagen mit 100 pzt. Zuschlag
vergütet; auch bei schmutzigen und Wasserarbeiten ist eine
besondere Vergütung vorgesehen. Außerdem wird es er-
zogen, daß eine Staffelung der Löhne vorgesehen ist.
Dies ist darauf zurückzuführen, daß man betreibt war,
die Differenz zwischen den Löhnen der Maurer und der
Hilfsarbeiter nicht höher als 10 s pro Stunde werden
zu lassen. Bisher betrug die Differenz in einigen Fällen
bis zu 15 s pro Stunde. Alles in allem können unsere
Bergisch-Gladbacher Kollegen mit dem ersten Erfolg zu-
frieden sein, zumal wenn man bedenkt, daß die Durch-
schnittslöhne — wenn man die auswärtigen Unternehmer,
die schon höhere Löhne zahlten, ausrechnet — für Maurer
52½ s und für Hilfsarbeiter etwas über 40 s pro Stunde
betrugen. Die durchschnittliche Arbeitszeit betrug
10½ Stunden pro Tag. Deswegen müssen die Bergisch-
Gladbacher Kollegen auf dieser Grundlage weiter arbeiten,
dann wird die Einführung in das Schließfeld, Opladen
und auch Cöln Vertragsgebiet sicher sein.

Noch einige beiläufige Bemerkungen: Die „Bau-
gewerkschaft“, das Organ der christlichen Bauarbeiterorgani-
sation, berichtet bereits in der Nr. 30 über die Bergisch-
Gladbacher Bewegung. Wir kommen erst heute damit, und
zwar deshalb, weil der Tarifabschluß bisher noch nicht
vollständig perfekt war. Wir wollten uns auch nicht der
Gefahr aussetzen — und die lag hier nach Lage der Ver-
hältnisse recht nahe — das, was wir früher geschrieben
hatten, zu widerrufen. Wohl trifft zu, daß am 14. Juli
die Sperrung bei Bennarz & Schelle aufgehoben und die
Kollegen am selben Tage alle wieder eingestellt wurden;
aber die ganze Angelegenheit wurde doch erst am 24. Juli
erledigt. Bis dahin war noch immer Gefahr vorhanden,
daß unter Umständen noch energig beschahren werden
mußte, zumal ja heute noch einige Unternehmer vor-
handen sind, die erst noch zur Anerkennung der tariflichen
Bedingungen gezwungen werden müssen. Wenn aber die
„Baugewerkschaft“ begibt, die Berichterstatter meint, unsere
Organisation hätte es verschuldet, daß nicht schon früher in
Bergisch-Gladbach zugegriffen worden sei, so möchten wir
bemerkten, daß man mit bezüglichen Redensarten doch vor-
sichtiger sein sollte. Man soll doch nicht mit Steinen
werfen, wenn man selbst im Glasefasse sitzt. Wollten
wir alles, was auf dem Gebiete der Vertretung der Ar-
beiterchaft seitens der christlichen Organisation ge-
schrieben ist, hier anführen, so würde es dem Artikelreiber
hundertfach zu Mute werden. Wir brauchen ja, um nur
eins herauszugreifen, auf den Papierarbeiterstreik in
Bergisch-Gladbach selbst hinzuweisen; damit ist aber nichts
gewonnen. Der Artikelreiber der „Baugewerkschaft“
sagt es bereits selbst, daß es an der Interessenslosigkeit der
dortigen Leute gelegen hat, daß nicht schon früher dort
bessere Verhältnisse geschaffen wurden. Wir begreifen es
mit Freuden, daß sich die Zeiten auch dort etwas geändert
haben und wollen wünschen, daß sie sich dauernd verbessern,
zum Wohle der Arbeiterchaft selbst.

Aus **Düsseldorf** wird berichtet, daß die Sperrung über
den Unternehmer Jensen anheuet. Jensen, der Mit-
glied des „Arbeitgeberverbandes“ ist, sucht in allen
Zeitungen des Rheinlandes 50 Maurer und Bauarbeiter. Die
Annonce ist natürlich so abgefaßt, daß es nicht gleich er-
sichtlich ist, daß es sich um Streitarbeiter handelt; die
Bauten der gemeinnützigen Baugesellschaft in Venrath
wurden, so melden bei dem Holzer Lengen an der Kaufstelle
Waldbrunn. Ferner sucht der verdrachte Unternehmer
Wipperfurth von Gertshelm 20 Maurer, die ebenfalls als
Streikbrecher in Venrath arbeiten sollen. Wir hatten denn
auch unter großem Zug zu leiden, doch gelang es uns
fast immer, soweit wir der Leute habhaft werden konnten,
sie wieder abzuführen. Vorläufig hat Jensen sieben Streik-
brecher, womit er allerdings die Arbeit nicht fertig stellen
kann. Auch diese werden nicht lange bei ihm bleiben. Vor-

dem Streik waren 50 Kollegen an den gesperrten Bauten
beschäftigt. Wie nicht anders zu erwarten, und wie wir
das von früher gewohnt sind, tut die Polizei ihr mögliches,
um uns das Streiken außerst schwer zu machen; es vergeht
kein Tag, daß nicht Kollegen wegen Streikpostenstellen oder
Spaziergängen in der Nähe der Baustelle aufgeschrieben
werden. Zeitweise hat die Polizei die Streikposten schon
festgenommen, allerdings hat sie bis jetzt die Kollegen
nach einigen Stunden stets wieder frei gelassen.

Gesperrt ist ferner der Neubau der Diakonissen-
anstalt in **Kaiserswerth**. Die Arbeiten werden aus-
geführt von dem Vorstehenden des „Unternehmer-
verbandes“ in Gilden, dem Unternehmer Sellmann.
Dieser weigert sich, den im Tarif festgelegten Stundenlohn
von 60 s zu zahlen sowie die neunzehnstündige Arbeits-
zeit einzuführen.

Gau Lübeck:

Über die Erledigung der nach im Gau Lübeck
schwebenden Streitigkeiten für die Orte, die unter den
Berliner Schiedspruch vom 27. April fallen, hat der
„Grundstein“ in Nr. 28 bereits einige Ausführungen ge-
bracht. Soweit Medtenburg dabei in Frage kommt, ist
bis auf **Nibitz** alles erledigt. Wierland fanden wir
nicht nur bei unseren Kollegen, sondern auch in den
Reihen der Unternehmer, indem diese wohl die für sie
günstigeren Bedingungen für sich in Anspruch nehmen
wollen, aber das uns zugehörige am liebsten nicht be-
willigen möchten. In **Nibitz** haben wir es mit einer
ganz besonderen Sorte Unternehmer zu tun. Es wollen
sie absolut nicht folgen und lieber aus dem Arbeitgeber-
verband austreten, als sich den Änderungen ihres Vor-
standes fügen. Schon im vorigen Jahre hatte man
uns die zehnstündige Arbeitszeit für 1908 angetragen. In
der Verhandlung am 15. April d. J. bestritten die Unter-
nehmer dieses und erklärten uns, daß sie beschließen hätten,
für die beiden nächsten Jahre keinen höheren Lohn als
bisher (38 s) zu zahlen. In **Nibitz** wurde uns dann
vom Vorstehenden des medtenburgischen Arbeitgeber-
verbandes das Angebot gemacht: 39 s für 1908 und 40 s
für 1909. Dieses lehnten wir ab, weil wir, um einen
Lohnausfall zu vermeiden, auf 40 s Stundenlohn be-
harrten. Nach dem Berliner Schiedspruch sollte nun eine
Verschlechterung in den Lohnbedingungen nicht eintreten,
deshalb war auch das in **Nibitz** gemachte Angebot hin-
fänglich. Durch den am 29. Juni gefällten Schiedspruch
wurde dann nochmals ausgedrückt, daß durch eine Ar-
beitszeiterhöhung keine Einbuße am Verdienste eintreten
darf. Auf Grund dieses Schiedspruchs wurde mit dem
Vorstand des Arbeitgeberverbandes vereinbart, daß in
Nibitz und **Damgarten** (Lehrkes gehört zu Kohnen und
wurde durch Schiedspruch dem Nibitzer Lohngebiet zu-
geprochen) ein Stundenlohn von 39 s bis zum 1. Sep-
tember 1908, und vom 1. September 1908 bis zum
31. März 1910 ein Stundenlohn von 40 s zu zahlen ist.
Außerdem sollten die Unternehmer, die noch nicht vom
18. Mai d. J. den Stundenlohn von 39 s ausgezahlt
haben, das zu wenig Bezahlte nachzahlen. Giergehen
irgendwie sich hauptsächlich die Unternehmer, weil sie bereits
früher unseren Kollegen erklärt haben, nachzahlen würden
sie auf keinen Fall. Kröppen die Unternehmer ihre Ver-
pflichtungen nicht erfüllen wollen und es zum Abbruch des
für Medtenburg vereinbarten Vertrages nicht gekommen
ist, verlangen die Unternehmer die für sie etwas günstigere
Geheiß. Den Anfang hiermit machte der Unternehmer
Helms in **Altenhörs** a. Hildland. Als die Kollegen sich
nicht fügten, wurde ihnen der Lohn für die Geheiß ab-
gezogen, worauf die Kollegen die Arbeit einstellten. Der
Zug nach dem ganzen Nibitzer Gebiet muß ferngehalten
werden, da es nicht ausgeschlossen ist, daß es in der nächsten
Zeit zu ernsthaften Differenzen kommen wird.

Auch die **Schwartauer** Innung hatte dem Arbeitgeber-
bunde mitgeteilt, daß Differenzen wegen Abschlußes eines
Vertrages mit den Maurern und den Zimmerern beständen.
Herr Felsch erklärte dazu, daß es nach dem gefällten
Schiedspruch unmöglich feststehe, daß eine Kündigung
des Vertrages erst am 15. Mai erfolgt sei. Nachdem diese
Erklärung von Herrn Felsch abgegeben war, erübrigte es
sich, ausföhrlicher darauf einzugehen, und genigte unser-
seits die Erklärung, daß die Innung „Wahlhüte“ zu
Schwartau selbst daran schuld ist, daß kein Vertrag zu
Stand gekommen sei, indem sie trotz mehrfacher Aufforde-
rung die zur Vertragshandlung kompetenten Arbeiter-
organisationen keiner Antwort würdigte und nur den
Gesellenausführer hierzu in Anspruch nehmen will. Die
Unparteilichen haben dann entschieden, daß Schwartau
nicht unter den Schiedspruch vom 27. April falle, und
Verträge in der vorliegenden Form nur mit den in Frage
kommenden Organisationen zum Abschluß gebracht werden
können. Zu weiteren Vertragsabschlüssen ist es in **Neu-
brandenburg**, wo der Stundenlohn 1908 43 s betrug,
und in **Blau**, wo die zehnstündige Arbeitszeit und eine
Lohnerhöhung von 2 s pro Stunde eintritt, gekommen.

Weitere Verhandlungen stehen bevor in **Goldberg**
i. **Medtenburg**, **Stargard i. M.**, **Fürstberg** und
Neufeld.

Die Aussperrung auf der Insel **Seemann** ist eben-
falls beendet. Durch den Bürgermeister in Burg wurde
eine Verhandlung zwecks Beilegung der Differenzen ein-
geleitet. Es erfolgte auch eine Einigung. Die Unter-
nehmer hoben die Aussperrung auf. Vom 1. September
dieses Jahres tritt die zehnstündige Arbeitszeit und ein
Stundenlohn von 45 s vertraglich in Kraft. Außerdem
soll vom 1. April 1909 für alle Gewerke in Burg a. Seemann
die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt werden. Auch diese
Erzungen müssen wir mit auf unser Konto setzen.

Gau München.

In **Laufen a. d. S.** kam noch in letzter Stunde eine
Einigung zu Stande. Es wurde ein Tarif abgeschlossen,
in dem die zehnstündige Arbeitszeit und ein Stundenlohn
von 40 s festgelegt wurde. Im übrigen gelten die Be-
stimmungen des Reichenhaller Vertrages. Diese Verein-
barung bedeutet für die Kaufener Kollegen eine Lohn-
erhöhung von 5 s pro Stunde. Aufgabe der Kaufener
Kollegen wird es nun sein, auch die noch Differenzen
zu gewinnen und speziell die Umgebung von Laufen tüchtig
zu bearbeiten.

Gau Nürnberg.

In **Bayreuth** wird zur Zeit eine Oberrealschule gebaut, deren Arbeiten die Firma Dölger aus Culmbach als die Wenigstfordernde übertragen erhielt. Sie führt die Arbeiten aber nicht selbst aus, sondern hat sie den beiden Unternehmern Hofmann und Schäferlein in Bayreuth übertragen. Jeder möchte dabei verdienen, und so sollen denn die Arbeiter Haare lassen. Die beiden Unternehmer brühten die Löhne, besonders die der Maurer, wo sie konnten, und schikanieren die Leute nach allen Regeln der Kunst. Am Bau selbst ließ der Unternehmer in der Baubude eine Kantine errichten, wo die Arbeiter ihre Lebensmittel kaufen sollten; wer sich dessen weigerte, wurde entlassen. Durch die Kantine wollten die Unternehmer ihren Gewinn erhöhen; denn für jeden Gekosteten Bier, der in der Baubude verschluckt wurde, erhielten sie eine Mark. Jeden Sonnabend und auch während der Woche wurden Leute entlassen und wieder andere eingestellt und verglichen mehr. Mehrmals wurden Kollegen ob dieser Mißstände vorstellig, aber an den Zuständen änderte sich nichts. Als die Schlichter und die Lohnrücker immer ärger wurden, wurden auch die Gewerkschaften der Organisation bei den Unternehmern vorstellig, wurden aber in einer nicht wiederzubegebenden Art und Weise abgewiesen, was dem Hase den Boden ausfüllt. Am 20. Juli legten alle Maurer und Bauhilfsarbeiter die Arbeit nieder; aber bereits am Freitag, den 24. Juli, hatte sich der Hebermut der Unternehmer gelegt; wir wurden zur Unterhandlung geladen und dabei wurde schriftlich vereinbart, daß alle zu Unrecht Entlassenen wieder eingestellt werden sollen, daß für Maurer 40 % und für Hilfsarbeiter 30 % Lohn pro Stunde bezahlt werde, daß jeder seine Lebensmittel und sein Bier kaufen dürfe, wo es ihm beliebt, und daß endlich die Arbeitsverhältnisse eingehalten werden, was man sich auf Staatsbauten auch noch erkämpfen muß. Sonnabend, den 25. Juli, wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Was aber noch von besonderem Interesse bei diesem Streit war und was wohl ein seltener Fall sein dürfte, daß alle Bauunternehmer am Orte den Streikenden ihre volle Sympathie entgegenbrachten. Das hatte allerdings seinen guten Grund. Von den beiden Unternehmern ist Hofmann wegen seiner unschönen Konkurrenz aus dem Arbeitgeberverbande „ausgetreten“ worden, weshalb man nicht auf diesen Herrn zu sprechen ist. Dies bewirkte, daß sogar das arbeitsscheuere Tagesblatt für die Streikenden eintrat.

Die Bautätigkeit im ersten Halbjahr 1908.

II.

Gau Lübeck.

(Medienburg und Lübeck.)

Im allgemeinen ist die Bautätigkeit gegen das vorige Jahr noch zurückgegangen. Viele Kleinstädte, wo im vorigen Jahre ständig Nachfrage nach Mauern war, haben heute eine nur mittelmäßige, wenn nicht direkt schlechte Konjunktur. Wo die Bautätigkeit noch gut ist, ist der Bedarf an Arbeitskräften durch den Zustrom arbeitsloser Kollegen nicht nur vollstättig gedeckt worden, sondern ein Teil des Zuganges mußte wieder abwandern. Unheimlich wird es im nächsten Jahre noch schlechter. In **Wismar** ist vom vorigen zu diesem Jahre die Arbeit sehr schnell zusammengelaufen. Die öffentlichen Bauten sind fertiggestellt und neue nicht in Aussicht. Das bishigen Industrie liegt fast völlig darnieder, der Handel ebenfalls, Nachfrage nach Wohnungen ist nicht mehr vorhanden. Beinahe liegt es in **Güstrow**. Im Anfang des Jahres war die Arbeitslosigkeit ziemlich gut, jetzt sieht es traurig aus.

Schwerin bietet fast dasselbe Bild wie im vorigen Jahre. Möglich ist es, daß durch einige bevorstehende öffentliche Arbeiten eine geringe Besserung eintritt. Die Bautätigkeit dürfte aber trotzdem nicht ausreichend sein, um allen in Schwerin anfallenden Mauern Beschäftigung zu gewähren. In **Rostock** ist ein bedeutender Rückgang zu verzeichnen. Nicht allein die Privatbautätigkeit auf Bestellung, sondern auch die Spekulationsbauten haben stark nachgelassen, da in fast allen industriellen Betrieben (hauptsächlich der Schiffswert), die früher 1000 Arbeiter, heute dagegen nur 400 bis 500 Arbeiter beschäftigt) ein Rückgang eingetreten ist.

In **Lübeck**, dem größten Ort des Gaues, war man im Frühjahr allgemein der Meinung, daß für dieses Jahr die Bautätigkeit noch sehr gut sein würde und nur ein Zurückfallen der Arbeiten durch die Unternehmer wegen des bevorstehenden Kampfes vorliege. Diese Ansicht hat sich nicht bewahrheitet. Wenn wir auch nicht von einer direkt schlechten Konjunktur reden können, so ist sie aber auch keineswegs als gut zu bezeichnen. Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß vielleicht schon in diesem Herbst ein weiterer Rückgang in der Bautätigkeit zu erwarten ist. Von den noch in Aussicht genommenen größeren öffentlichen Arbeiten hört man jetzt nichts mehr. Jedenfalls fehlt es auch hier an den nötigen Geldmitteln. Die Spekulationsarbeit befindet sich in einem sehr ruhigen Stadium, trotzdem kein Ueberschub an Wohnungen zu verzeichnen ist und die Mietpreise stetig steigend sind.

Gau Hamburg.

(Staatsgebiet Hamburg, Provinz Schleswig-Holstein, Teile von Hannover und Medienburg.)

Die Bautätigkeit war im ganzen Gau bedeutend schlechter als im vorigen Jahre. Im Vorort des Gaues, in **Hamburg**, war die Bautätigkeit mittelmäßig. Nach einer Schätzung des Zweigvereinsvorstandes waren im Anfang des Monats Juli d. J. circa 300 bis 400 Kollegen arbeitslos. Nach einer im Monat April d. J. aufgenommenen Statistik waren damals 914 Kollegen ohne Arbeit. Hiernach scheint es, als ob sich die Arbeitslosigkeit etwas gehoben habe, zuverlässig ist dieser Nachsatz allerdings nicht. Die Spekulation hat bei der Geldknappheit bedeutend abgenommen. Die Arbeiten bestehen hauptsächlich aus größeren Geschäftshäusern und Staatsbauten. Die Arbeiten an der Hoch- und Untergrundbahn haben für die Hamburger Maurer eine große Entlastung gebracht, indem fast alle Arbeiten aus Riesenbeton hergestellt

wurden. In den beiden zum Hamburger Staate gehörenden Städten **Bergedorf** und **Cuxhaven** war die Bautätigkeit ziemlich gut. In **Bergedorf** wurden mehrere Privatbauten aufgeführt, außerdem war an den Erweiterungsbauten des Bergedorfer Eisenwerks und der Rüstschiffen Kinderheimfabrik eine ganze Anzahl Kollegen beschäftigt. Ferner läßt auch der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ (Sitz Hamburg) hier einen bedeutenden Neubau ausführen. In **Cuxhaven** ist es mit der Bautätigkeit noch besser bestellt. Hier haben der großartig angelegte Seefischmarkt und der Fischereihafen und die damit indirekt zusammenhängenden Einrichtungen manchen Neubau erfordert. Die wachsende Entwicklung Cuxhavens als Seebadort wirkt ebenfalls günstig auf die Bautätigkeit, so daß teilweise eine Nachfrage nach Arbeitskräften vorhanden war. Aus der Hamburger Enklave **Geesthacht** wird ebenfalls über eine ziemlich gute Bautätigkeit berichtet.

In den Zweigvereinsbezirken, die auf holsteinischem Gebiet in nächster Nähe von Hamburg liegen, sieht es mit der Bautätigkeit nicht allzu rosig aus. Die Kollegen in **Schnefelden** müssen zum großen Teil außerhalb arbeiten, und doch sind von den 60 anfalligen Kollegen durchschnittlich immer noch 6 bis 8 Kollegen arbeitslos. Auch in **Wedel** ist die Konjunktur schlecht, und wenn augenblicklich hier keine Kollegen arbeitslos sind, so ist dies nur darauf zurückzuführen, daß es in Wismar ziemlich gute Arbeitsgelegenheit gibt. In **Wedel** sind augenblicklich sechs Privatbauten und ein städtischer Bau in Angriff genommen. In **Pinneberg** war die Bautätigkeit im Frühjahr sehr schlecht. Im Laufe des Sommers hat sie sich etwas gebessert und scheint für den Späthommer gut zu werden. Im Zweigverein **Schenefeld** ist nur wenig Arbeit vorhanden; die wenigen Privatarbeiten muß bis zur Entzweit fertiggestellt sein, und nachdem sieht es trübe aus. Die im Zweigvereinsgebiet vorhandene Arbeit ist namentlich in Glashütte und Schenell. Aus **Dübborn** lautet der Bericht etwas günstiger. Hier sind sechs Privatbauten, vier Stallgebäude, drei größere und fünf kleinere Lini- und Durchbauten und ein Fabrikgebäude auf dem Fußboden in Angriff genommen. In **Kettersen** war die Konjunktur kaum mittelmäßig. Für den Späthommer hoffen die Kollegen auf eine regere Bautätigkeit. Geboren hat sich die Bautätigkeit in **Elmsborn**. Nachdem man hier im Frühjahr teilweise mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen hatte, sind nunmehr alle Kollegen in Arbeit. Außer den Privatbauten wird ein Postneubau aufgeführt, auf der Realchule wird ein Stockwerk aufgesetzt, und außerdem wird die Genossenschaftsbäckerei bedeutend vergrößert.

Kiel und Umgebung hat unter Arbeitsmangel sehr zu leiden. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des zweiten Quartals im Jahre 1907 noch 2240, in diesem Jahre war sie am gleichen Termin auf 1845 zurückgegangen (in Kiel sind alle Kollegen organisiert); also 895 Kollegen hatten das Zweigvereinsgebiet wegen Arbeitsmangels verlassen müssen. In der Berichtzeit waren durchschnittlich immer 10 bis 12 p. h. Kollegen arbeitslos. Namentlich sind in Kiel auch die Spekulationsarbeiten, sowie die Sanierung des alten Stadtfests zurückgegangen. Die Arbeitsgelegenheit stützt sich hauptsächlich auf Staats- und Kommunalbauten. Im ersten werden ausgesetzt sechs Marinekasernen im Stadtteil **Wied**, eine katholische Garnisonkirche in Kiel, ein Kunstmuseum, ein neues Kanalamt und auf der Reichswehr mehrere Neubauten. An städtische Bauten sind in Angriff genommen ein Museum, ein Stadtfloßer, ein Neubau zur Reinigungsanstalt, ein Gasometer, Rathaus, eine Schule und mehrere Neubauten am städtischen Schlachthof. In Privatbauten sind zu erwähnen ein Warenhaus, ein großes Geschäftshaus, ein Bankgebäude und eine Anzahl Wohnhäuser. Auch in Kiel klagen die Kollegen, gleich wie in Hamburg, daß durch die Betonbauten die Arbeitsgelegenheit für Maurer sehr herabgesetzt wird.

In **Neumünster** ist die Konjunktur befriedigend. Im Frühjahr wollte sich zwar erst ein recht lebendes Leben zeigen, die Arbeitsgelegenheit besserte sich aber im April bedeutend. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des ersten Quartals 185 und liegt im folgenden Quartal auf 215. In **Bau** sind eine Ankenbüchle, eine Gasanstalt, ein Verwaltergebäude für die Drückeranstalt, mehrere Fabrikgebäude (Neubauten) und eine Anzahl privater Neubauten und Umbauten. In den umliegenden Ortschaften war die Bautätigkeit ebenfalls recht rosig. In **Neumünster** wird im nächsten Monat auch noch ein Schwimmbad und Badeanstalt in Angriff genommen werden.

Ganz anders lautet der Bericht aus **Neuburg**. Hier ist die Bautätigkeit anhaltend schlecht, und in absehbarer Zeit ist an keine Besserung zu denken. Die Kollegen haben viel mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Privatbauten sind nur in geringer Zahl vorhanden, industrielle Bauten gar nicht. Die Stadt läßt einen Schulhausanbau ausführen und außerdem ist eine Gasanstalt im Bau begriffen.

Eigenartige Zustände herrschen in **Kellinghusen**. Die Innung hat während des letzten Streiks mit dem Hirsch-Dünderischen Gewerbeverein einen Tarifvertrag abgeschlossen und auch durch Vermittlung eines Beamten der „Hirsch“ eine Anzahl Gewerbevereinsmitglieder als Streikbrecher nach Kellinghusen gezogen. Jetzt sollen unsere Kollegen den Tarif der „Hirsch“ anerkennen, wenn sie eingestellt werden wollen. Die Folge davon ist, daß die wenig vorhandene Arbeit von Mitgliedern des Hirsch-Dünderischen Gewerbevereins ausgeführt wird und daß unsere Kollegen auswärts ihr Brot suchen müssen.

Nach trübsal lautet der Bericht aus **Wismar**. Die Arbeitslosigkeit stauete im Jahre 1907 in ganz bedenklicher Weise ab. Im Frühjahr wurde nichts angesetzt, trübsal sahen die Kollegen dem kommenden Baujahre entgegen. Erst im Anfang des Monats Mai fanden die letzten Kollegen wieder Arbeit. Von Mitte Juli an zeigte sich aber aufs neue die Arbeitslosigkeit, die mehr und mehr zunimmt. Die Aussichten für die Zukunft sind sehr schlecht. Ueber erfreuliche Verhältnisse ist aus **Wismar** zu berichten. Die Bautätigkeit ist hier recht lebhaft und ausnahmslos privater Art. Der Sparkasse in dieser dithmarschen Stadt stehen viele Gelder zur Verfügung, die von den reichen Markbauern ausgetragen werden; daher wohl das günstig abweichende Verhältnis in der Bautätigkeit.

In den Zweigvereinsbezirken am Nord-Ostsee-Kanal ist die Bautätigkeit im allgemeinen gut, teilweise sogar sehr gut. Von der Erweiterung dieses Kanals ist für die Zukunft eine besonders gute Bautätigkeit für jene Gegend zu erwarten.

In ganz **Schleswig-Holstein** hat sich die gute Konjunktur in den rein ländlichen Bezirken ziemlich gut gehalten; schlimm sieht es aber in den größeren Städten aus, wie aus obigen Zeilen für **Kiel** hervorgeht. Namentlich verhält es sich nachteilig nördlich der Eider, in **Schleswig**. Hier ist zunächst **Flensburg** zu nennen. In **Flensburg** hatten wir in den letzten Jahren je 30 bis 40 Neubauten zu verzeichnen, jetzt zählt man für ganz **Flensburg** und Umgebung höchstens 20 Neubauten und Umbauten. In öffentlichen Bauten sind in Angriff genommen ein Postanbau, eine Kirche und eine Turnhalle. Die in **Milbich** aufzuführenden umfangreichen Marinebauten kommen für die **Flensburger** Maurer nicht in Frage. Die Firma **Dühren & Co.** aus **Godesberg** a. Rh. hat genügend italienische Arbeitskräfte herangezogen, die an diesen bedeutenden Staatsbauten beschäftigt werden, ohne Rücksicht darauf, daß durch den Import solcher Lohnrücker eine Anzahl deutscher Steuerzahler darben muß. Die Aussichten für die Zukunft sind in **Flensburg** schlecht. Wäre auf dem Lande nicht eine gute Arbeitsgelegenheit, so müßte man mit mindestens 50 arbeitslosen, verheirateten Kollegen rechnen. Wenn diese Arbeiten auf dem Lande fertiggestellt sind, werden die **Flensburger** Kollegen trübe Tage erleben.

Auch in **Qujim** hat man seit Jahren eine solche minimale Bautätigkeit, wie sie augenblicklich herrscht, nicht gekannt. Wer der Arbeitslosigkeit ausweichen will, muß versuchen, auf dem Landgebiet unterzukommen. Für die Zukunft hoffen die Kollegen auf eine wesentliche Besserung. Es sollen ein neuer Bahnhof, ein Elektrizitätswerk und mehrere Privatbauten in Angriff genommen werden.

In **Rappeln a. d. Schlei** besteht eine rege Privatbautätigkeit, so daß alle Kollegen in Arbeit sind.

Aus **Süderbrarup**, wie überhaupt aus ganz **Angeln**, wird über eine mittelmäßige Bautätigkeit berichtet.

An der dänischen Grenze, in **Nord-Schleswig** ist die Konjunktur in Stadt und Land gut. In **Wundern** an der Westküste wie in **Hadersleben** an der Ostküste ist reichliche Arbeitsgelegenheit; in beiden Städten ist noch ein Teil fremder Kollegen beschäftigt. Aus **Sadersleben** wurde kürzlich berichtet, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften nicht immer befriedigt werden konnte. Die im Bau befindlichen Neubauten sind mit wenigen Ausnahmen Privatbauten.

In **Sonderburg** auf der Insel **Alsen**, der neuen Marinestation, ist die Konjunktur anhaltend gut. Vorherrschend sind in diesem Jahre die Privatbauten. Es wird hier eine Kaserne gebaut. Die städtischen Bauten — Marinekasernen, Offiziers- und Unteroffizierswohnungen — gehen ihrer Vollendung entgegen. Wahrscheinlich werden in diesem Herbst noch mehrere größere Staats- und Kommunalbauten in Angriff genommen.

Auf der Insel **Sylt** ist die Arbeit schon das ganze Frühjahr ziemlich knapp gewesen, jetzt, in der Badezeit, ist erst recht Ruhe eingetreten. In **Westerland** a. W. arbeiten nur fünf Kollegen bei den Unternehmern an zwei Neubauten.

In dem ehemaligen Herzogtum **Rauenburg** haben wir drei Zweigvereine: **Schwarzenbel**, **Mölln** und **Rauenburg**. In dem letzteren Vereinsbezirk war die Bautätigkeit lebhaft, in den beiden anderen herrscht Arbeitsmangel.

In den mecklenburgischen Zweigvereinen ist die Konjunktur durchschnittlich gut, in **Lübeck** sogar sehr gut. Das Halbjahr 1907 zeigt mehrere Bauten für Beamtenwohnungen sowie auch Betriebsräume fertigstellen. Die Kaufleute lassen, dem Ausflusse des Ortes entsprechend, ihre alten Kassen niederreißen und neue wiederherstellen. Auch auf den zunehmenden Wätern wird flott gebaut, die Agrarier lassen die Herrenhäuser und Villen neu gestalten. Auch ein Beweis, wie es mit den „notleidenden Landwirten“ aussieht.

Linksseitig von der Elbe herrscht besonders in **Hamburg**, einer größeren Industriestadt, eine erschreckende Arbeitslosigkeit. Die Bautätigkeit ist hier seit dem Jahre 1882 nicht so schlecht gewesen wie augenblicklich. Wohl waren hier in der Zwischenzeit sehr schlechte Perioden, aber keine kann man mit der augenblicklichen vergleichen. Würde nicht ein Teil unserer Kollegen in **Hamburg** und in den umliegenden Dörfern Arbeit gefunden haben, dann würde es noch trauriger aussehen. Von den größeren Fabrikbauten, die im vorigen Herbst aufgeführt wurden, war in diesem Frühjahr nur noch wenig Arbeit vorhanden; im Monat März war alles fertiggestellt. In Privatbauten sind ja 20 in Angriff genommen. Jeder Bau ist mit vier bis fünf Mauern besetzt. Außer einem Schulanbau sind in **Hamburg** keine öffentlichen Bauten in Arbeit, industrielle Bauten sind auch nicht vorhanden, so daß die Zahl der an den obengenannten Privatbauten beschäftigten Maurer kaum an 100 heranreicht. Der Zweigverein **Hamburg** zählt über 300 Mitglieder, man kann sich also eine Vorstellung von der gedrückten Lage unserer Kollegen machen. Dabei sind irgend welche Aussichten auf eine baldige Besserung kaum vorhanden. Ebenso schlecht steht es in **Lüneburg** und **Buxtehude**. Eine Ausnahme macht **Elz**, wo eine sehr gute Konjunktur herrscht. In der Stadt ist neben einer regen öffentlichen Bautätigkeit auch eine sehr reiche private Bautätigkeit vorhanden und auf dem weiskäufigen Landgebiet, das zum Zweigvereinsbezirk gehört, ist das Bedürfnis der Landwirtschaft nach Neu- und Umbauten noch immer nicht befriedigt.

Ueber eine gute Bautätigkeit wird noch aus **Bremervörde**, **Wien** a. d. L. und **Stelle** berichtet. Zuletzt soll noch **Büchow** erwähnt werden, wo ebenfalls eine schon seit Jahren anhaltende gute Bautätigkeit herrscht. Selbst im Winter brachten die Kollegen kaum auszuweichen. In erster Linie ist es die Verwendung eines Kalkbergwerkes, die viele Arbeitskräfte erfordert. Seit zwei Jahren haben hierbei allein 75 bis 100 Maurer ständig Arbeit gefunden. Aber auch für die Landwirtschaft ist überall in der Umgebung recht flott gebaut worden. Die Herren Landwirte lassen großartige Bauten aufführen, die sich mit großstädtischen Villen messen können. Er-

M. Schöningh-Berlin (474 419), M. Michael-Wittingen (400 794), Emil Mahle-Sietlin (45 909), Jac. Konrad-Gien (273 882), Carl Wähle-Sietlin (350 481), Pietro Bais-Karlshöhe (408 986), C. Moller-Samburg (480 912), Heim. Dröge-Hannover (31 796), Aug. Wobig-Sietlin (94 102), Paul Schulz-Gr.-Hess (124 554), Secur. Gommlich-Dresden (254 594), R. Bergler-Augsburg (323 856), G. Frigge-Herford (328 901), Fr. Brandenhein-Soburg (486 856).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 b des Statuts vom Zweigverein Bochum: Joh. Berger (Verb.-Nr. 362 826); St. Johann: Peter Wagner (219 408).

Verichtigung. Der in Nr. 30 des „Grundstein“ als vom Zweigverein Frankfurt a. M. ausgeschlossen bekannt gegebene Kollege heißt nicht Schmidt, sondern Ludwig Scheidt (Verb.-Nr. 190 728).

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorformuliere findet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Beschlüssen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unseren Händen sind.

Angetreuer Kassierer.

Der frühere Hilfskassierer **Johann Börschuck** im Zweigverein St. Johann ist wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern im Betrage von M. 65 zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden.

Bergen a. Nigen. In der am 19. Juli tagenden Versammlung des Zweigvereins wurde zunächst die Stichwahl zum Verbandstage vorgenommen, wobei Kollege Ridder 89 Stimmen erhielt. Dann beschäftigte sich die Versammlung mit dem Vorgehen einiger Baugeschäfte, die in auswärtigen Zeitungen Mauerer suchen und zwar zu höheren als den hier tariflich festgelegten Stundenlöhnen, obwohl hier selbst arbeitslose Mauerer vorhanden sind. Die Krieler Firma Gohrmann & Guder, A.-G., die die Hafenarbeiten in Soghnis ausführt, hat in d. hiesigen Zeitungen Mauerer gesucht, wies aber Nigenische Kollegen, die sich um Arbeit bewarben, ab. Es ist wohlgeheiß, daß dies auf einer Verabredung der Unternehmer untereinander beruht. Es ist aber geneigt, für fremde Mauerer einen höheren Lohn zu zahlen, wenn sie dadurch nur die einheimischen Kollegen unterdrücken können. Die Versammlung bestimmte zwei Kollegen, die die Verhältnisse beim Soghniser Hafenbau untersuchen sollten. Bei dem dann folgenden Geschäfts- und Kassenbericht gab es nichts zu tadeln. Es sei erwähnt, daß unser Sozialhaushalt bei 173 Mitgliedern auf M. 1100 angewachsen ist. Auf eine Anfrage bei dem Hauptvorstand, ob unsere Kollegen, wenn sie in Straßburg arbeiten, gewöhnlich sind, den Sozialbeitrag zu zahlen, war noch keine Antwort eingegangen. — Ueber den Soghniser Hafenbau ist folgendes ermittelt worden: Die Arbeit ist hauptsächlich Betonarbeit. Es wird täglich 11 Stunden gearbeitet. Die Krieler Kollegen erhalten 75 ϕ pro Stunde, die hiesigen 60 ϕ . Auf Verlangen erklärte der Kollege, daß ihn nichts davon belastet sei, daß in Sietliner Zeitungen Mauerer für den Hafenbau gesucht worden wären, denn es könnten erst in 14 Tagen bis drei Wochen mehr Mauerer eingestellt werden. Aus diesem Grunde möchten wir die fremden Kollegen davon abraten, schon jetzt für diese Arbeit hierher zu kommen, da noch hiesige Mauerer arbeitslos sind. Die Lohnzahlung erfolgt vierteljährig. Außer den acht Krieler Mauerern sind noch einige Italiener vorhanden, die den Krieler Kollegen aus den Schiffen ausladen, welche bei der Mole verwendet werden sollen. Hier ist die Kramarbeit aber noch nicht soweit, um schon Mauerer beschäftigen zu können. Da wir vor einiger Zeit vom Gahvorstand beauftragt wurden, zu versuchen, die Soghniser Mauerer wieder der Organisation zuzuführen, so erlebten wir uns auch zu gleicher Zeit dieser Arbeit. Es hält schwer, hier wieder festen Fuß zu fassen; für die Gründung eines Zweigvereins ist noch nicht der genügende Stamm vorhanden, der die Lebensfähigkeit verbürgt. Es gelang, einige Kollegen in den Zweigverein Bergen aufzunehmen, so daß die Zahl der hier wohnenden Mitglieder jetzt sieben beträgt. Offenlich kommt bald die Zeit, wo auch die anderen hier wohnenden Mauerer einsehen, daß es rühmlicher ist, an der Seite der organisierten Nigenischen Kollegen für eine bessere Lebenshaltung mitzukämpfen, als nur die Früchte unserer Kämpfe einzufleimen.

Berlin. Die Rührer hielten Mittwoch, den 22. Juli, in den „Arminhallen“ eine stark besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Zunächst wurde die Stichwahl eines Delegierten zum Verbandstag vorgenommen. Zur Stichwahl standen die Kollegen M. Förster, F. Kemme, M. Marx und C. Schulz. Das Mandat entfiel auf den Kollegen F. Kemme. Mit ihm sind die Kollegen F. Kemme und Schimanski als Delegierte gewählt. Hierauf gab der Kassierer Legnig die Abrechnung vom zweiten Quartal bekannt. Die Hauptkasse schließt mit einer Einnahme und Ausgabe von M. 11 951,17 ab. Davon entfallen M. 3468,20 auf Kranenunterstützung. Die Sozialkasse hatte inf. M. 79 444,85 Bestand vom ersten Quartal eine Einnahme von M. 88 887,23 und eine Ausgabe von M. 88 919,95, wovon M. 749,50 örtlicher Zuschlag an Kranenunterstützung gezahlt sind. Somit bleibt ein Bestand von M. 79 445,28. Wegen der neu aufgenommenen und von anderen Zweigvereinen übergetretenen Kollegen wurde kein Einspruch erhoben. Es wurden die Kollegen verlesen, die wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden mußten. Die Mitgliederzahl bewegt sich gegen 2000, darunter 49 Ehrenmitglieder, 29 Ausländer (28 Böhmern und 1 Italiener). Auf Antrag der Revision wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Dann begann die Diskussion über die

Verlegung unseres Bureaus nach dem Gewerkschaftshaus sowie über die Verfilmung der Sozialkassen im Gesamtzweigverein mit der Zweigvereinskasse. Eingehend erörterte der Vorsitzende, Kollege Schulz, den Bericht aus den Bezirksgruppen, die sich mit dieser Frage beschäftigt haben und teilte mit, daß sich die Bezirksgruppen hierzu abfindend verhalten hätten. Redner beleuchtete dann weiter, wie notwendig die Zusammenlegung der Kassen und die Bureauverlegung geworden ist. In dem Neubau des Gewerkschaftshauses sei für die Rührer auch bereits ein Zimmer vorgesehen. Ein engerer Zusammenschluß müsse erfolgen; man müsse dahin trachten, einen Bauhandwerker-Industrieverband zu gründen, um geschlossen den Unternehmern entgegenzutreten zu können. Aus diesem Grunde müsse man jedoch im eigenen Verbands erst einmal eine einheitliche Einrichtung schaffen. Durch die Verfilmung soll den Sektionen in keiner Weise etwas von ihren alten Rechten genommen werden. Die Kollegen König, Neumann, Weiser, Börschuck, Wagner sprachen gegen die Verfilmung, die Kollegen Dühne, Eintrich, Schulz dafür. Die Verlegung des Bureaus nach dem Gewerkschaftshaus wurde mit großer Majorität, die Verfilmung der Kasse gegen sechs Stimmen abgelehnt. In „Verfilmungsbüro“ wurde dann noch beschlossen, den arbeitslosen Kollegen mit ihren Familien zu dem am 8. August stattfindenden Stiftungsfest freien Zutritt zu gewähren, wenn die Arbeitslosigkeit 14 Tage bestanden hat und im Verbandsbuch durch Stempel bescheinigt ist. Das Buch ist an der Kontrolle vorzulegen.

Erfurt. (Halbjahresbericht.) Die Bautätigkeit im ersten halben Jahre war mittelmäßig, sie reichte bei weitem nicht an die des vorhergehenden Jahres heran. Hauptächlich im zweiten Quartal machte sich die Krieche bemerkbar; die Spekulationsbautätigkeit ist bedeutend zurückgegangen, was seinen Grund aber nicht etwa in einem Überfluß an Wohnungen, sondern in dem teuren Gelde und in der Geldknappheit hat. Der Ausfall der Spekulationsbauten konnte durch die private und kommunale Bautätigkeit (Wohn- und zweifache Schulen, mehrere Fabriken und Wohngebäude) wohl etwas in seiner Wirkung abgeschwächt aber nicht aufgehoben werden. Die verminderte Bautätigkeit zeigte sich bei den im März und im Juni ausgeführten Baukontrollen recht deutlich. Es wurden gemäß im März bei 71 Unternehmern auf 120 Neu-, 7 Ums und 2 Umbauten 78 Poliere, 620 Gefellen und 158 Lehrlinge. Im Juni bei 74 Unternehmern auf 111 Neu-, 12 Ums und 3 Umbauten 50 Poliere, 588 Gefellen und 162 Lehrlinge. Es ist das gegen die vorhergehenden Jahre eine bedeutende Abnahme. Am 1. April trat die laut Tarif vereinbarte Lohnsteigerung von 50 ϕ auf 52 ϕ in Kraft; wir können konstatieren, daß der Lohn fast überall gezahlt wurde, bis auf zwei Unternehmer, wo dies erst auf Vorklärung der Kollegen geschah. Trotz der verminderten Bautätigkeit ist unsere Mitgliederzahl ziemlich gleich geblieben; wir haben gegen das vierte Quartal 1907 nur eine Abnahme von 5 Mitgliedern, im ersten Quartal 1908 waren wir sogar um 48 Mitglieder gestiegen. Daß es uns gelang, die Mitgliederzahl zu halten, ist darauf zurückzuführen, daß wir versucht haben, die Kollegen auf den Randorten zu organisieren. Das gelang zum Teil, und ebenso gelang es, die Kollegen, die durch die verminderte Bautätigkeit auf ihre Wohnorte zurückgedrängt wurden, der Organisation zu erhalten. Von dem christlichen Bauhandwerkerverband wurde nach Beendigung des Streiks im vorigen Jahre eine Zählstelle gegründet, die fast ausschließlich aus Leuten besteht, die von uns wegen Streikbruchs ausgeschlossen worden waren. Bis jetzt ist der Zählstelle wenig Bedeutung beizumessen; laut Abrechnung vom ersten Quartal hatte sie 18 Mitglieder. Daneben wurde, wie wir annehmen, auf Anregung der Unternehmer, ein „Bauhändlerverband für Erfurt und Umgegend“ gegründet; es ist dies ein sogenannter gelber Verband, der die wirtschaftlichen Kämpfe vertritt und ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer predigt. In dieser Organisation, wenn man sie so nennen will, sind fast ausschließlich die Poliere organisiert; nur wenige Gefellen haben sich dieser Unternehmergruppe angeschlossen. Die gelben Poliere versuchen nun zum Teil, unsere Kollegen, die für die Organisation eintreten, auf jede mögliche Art und Weise zu isolieren; aber auch durch diese kleinen Maßnahmen werden sie der Organisation nicht beikommen, wir werden trotzdem mit diesen Unternehmerrückstellungen fertig werden. Unsere Mitgliederbewegung gestaltete sich wie folgt: Neu eingetretene 14, angestrichen 135, abgetreten 83 mit 114 neue Abmeldungen; bleibt ein Bestand von 902 Mitgliedern. Unter diesen 902 Mitgliedern sind 10 Ehrenmitglieder, 10 Invaliden, die vom Beitrag befreit sind, und 6 Italiener und 3 Böhmern. Die Beitragsleistung geht aus folgenden Zahlen hervor: verkauft wurden 11 270 Beitragsmarken à 60 ϕ , 506 à 50 ϕ , 581 à 40 ϕ , 120 à 30, 770 Arbeitslosenmarken und 6174 Sozialfondsmarken. Ferner 71 Eintrittsmarken à 50 ϕ , 18 à M. 1,50, 4 à M. 3 und 23 Marken à 50 ϕ für örtliche Zwecke. An Extrabeiträgen aus dem Jahre 1907 wurden verkauft 177 à 30 ϕ , 5 à 40 ϕ und 166 à 50 ϕ . Der Gesamtumsatz beträgt demnach im ersten halben Jahre 13 551 Beitragsmarken, pro Mitglied 15, und 5303 Sozialfondsmarken, pro Mitglied 6,94; das bedeutet ein Weniger von 5 Beitragsmarken und 0,06 Sozialfondsmarken. Die Gesamteinnahmen der Hauptkasse belaufen sich auf M. 7579,53, denen eine buchnäßige Ausgabe von gleicher Höhe gegenübersteht. Die einzelnen Ausgabebeurteilungen sind folgende: Abgang an die Hauptkasse M. 3562,48, Procente an den Zweigverein M. 1525,12, Kranenunterstützung an 64 Kollegen M. 599,10, Inhabituunterstützung und Mitgliedschaft M. 798,33, Reiseunterstützung an 229 Kollegen M. 637, Ertreuegeld an 8 Kollegen M. 127,50. Die Einnahme der Sozialkasse betrug M. 3536,59, die Ausgabe M. 2390,78, der Sozialkassenbestand M. 1145,86. Die Gesammteinnahmen des Zweigvereins wurden in 7 Mitgliederbeurteilungen und 7 Vorstandseinnahmen erledigt. Außerdem haben stattgefunden 5 Baudelegiertenbesprechungen, 6 Versammlungen in den Zählstellen und 4 Besprechungen. Die Versammlungen und Baudelegiertenbesprechungen waren fast durchweg nur mittelmäßig besucht. Dieses muß beachtet werden. Ohne Opfer für unsere Bewegung ist es in diesem halben Jahre nicht abgegangen. Infolge des vorjährigen Streiks wurden insgesamt ausgeschlossen 25 Monate 3 Wochen und 3 Tage Gefängnis. Was ist aber nicht alles erledigt. Aber auch diese Maßnahmen der Polizeibehörde und der Gerichte

werden die Mehrzahl der Kollegen nicht abhalten, unablässig für die Organisation weiter zu arbeiten, denn nur Einigkeit, Disziplin, Mut, Entschlossenheit und Ausdauer führen uns einer besseren Zukunft entgegen.

Gelsenkirchen. Die Zählstelle S. 1 hielt am 26. Juli eine Versammlung ab, die zunächst die Abrechnung vom zweiten Quartal ohne Rüge entgegennahm. Bei der Erörterung über die Bibliothek wurden Vorwürfe gegen die Kollegen-Geldbesitzer erhoben, die aber leider nicht anwesend waren. Der Hauptgegenstand war die Besprechung über die unerhörte Durchbrechung des Tarifs, besonders hinsichtlich der Arbeitszeit, woran anschließend die Unternehmer nicht mehr Schuld tragen, als die Kollegen selbst. Seit 10 Stunden arbeitet man stundenweise 11 bis 12 Stunden; offenbar glaubt man, die vorhandene Arbeitsgelegenheit gar nicht befriedigen zu können. Schlimmste Klagen führte man auch über die Überbelastung der Schugvorschriften auf den Bauten. Man wünschte, daß der Lokalbeamte, Kollege Humold, durch eine Baukontrollen einmal gründlich Wandel schaffen möge. In dieser Hinsicht hat besonders der Unternehmer Gohrmann eine traurige Verhältnisse erlangt. — Die Adressen für die Zählstellen lauten: Vorsitzender Ferd. Schiede, Horkermarkt, Eindeckerstraße 77; Kassierer Ad. Schimanski, Horkermarkt, Poststraße 7.

Samburg. (Situationsbericht.) Wie schon bereits hies berichtet, wollten auch unsere Unternehmer ihren Machtisbel frei-walten lassen, indem sie sich fast genug fühlten, eine Aussperrung der gesamten Bauarbeiter-Samburgs wagen zu dürfen. Dieses Mal war es nicht die Baugewerksinnung „Bauhütte“ oder der „Bierladerbund“, die diesen Plan ausgeführt hatten, sondern es war unser Herr Lummert als Leiter der neugebundenen „Bereinigungen aller am Baugewerbe beteiligten Innungen, Vereine und Betriebe“. Die Veranlassung zur Aussperrung sollte zunächst der Streik der Steinmetzen und Mauererarbeiten sein. Man drohte den am Baugewerbe beteiligten Organisationen mit der Aussperrung, wenn sie nicht veranlassen, daß die Steinmetzen die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen. Wir und die übrigen bedrohten Organisationen reagierten hierauf nicht, weil uns jede Handhabe fehlte, auf diese Leute einzuwirken; andererseits gaben wir uns aber auch der Hoffnung hin, daß die Mehrzahl der Unternehmer einsichtsvoller sein würde als Herr Lummert, und es glichen wieder, wegen einer kleinen Zahl streikender Steinmetzen einen folgerichtigen Kampf für das Baugewerbe in Samburg herauszufordern. Kritischer wurde die Sache, als die Mauerer einblader ebenfalls in den Streik traten, denen dann auch noch die Arbeiter folgten. Hierdurch wurden zwar 350 unserer Kollegen in Mitleidenhaft gezogen. Auch Herr Lummert schied mit seiner Scharfmacherei mehr Erfolg zu haben, indem am 7. Mai allen am Baugewerbe beteiligten Arbeiterorganisationen angedroht wurde, daß am 14. Mai die allgemeine Aussperrung aller am Baugewerbe beteiligten Berufe vorgenommen werde, wenn nicht bis zum 13. Mai die Streikenden die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen hätten. Die am Streik beteiligten Organisationen nahmen nunmehr nochmals Veranlassung, Unterhandlungen anzubahnen, die auch von Erfolg gekrönt waren. Zwar mußten die Streikenden von ihren Forderungen einige Abstriche machen, aber auch die Unternehmer mußten sich zu Konzessionen bereit erklären. Die Aussperrungsgefahr konnte als beseitigt gelten, was dies auch folgendes Schreiben, das den einzelnen Organisationen zugeht, beweist:

Die auf Anfordern der unterzeichneten Vereinigung vom 7. d. M. heute (am 12. Mai) eingegangenen Intentionen der Gewerkschaften, nach denen in einigen Gewerben die Lohnverhältnisse geregelt, in anderen Gewerben die Streiks aufgehoben sind und die Arbeit wieder aufgenommen wird, veranlassen den geschäftsführenden Ausschuss, den am 6. d. M. gefassten Beschluß, betreffend die Stilllegung der Baubetriebe mit Ablauf der Arbeitszeit am Mittwoch, den 13. d. M., wieder aufzuheben.

Der geschäftsführende Ausschuss der Vereinigung der am Baugewerbe beteiligten Innungen, Vereine und Betriebe. W. Lummert, Vorsitzender.

Der Verlauf der androhten Aussperrung kann wohl als zufriedenstellend bezeichnet werden, waren doch die Voraussetzungen für ihren glücklichen Abschluß sehr zweifelhaft. Folgende vom 5. bis 11. April aufgenommenen statistischen Erhebungen über die Arbeitslosigkeit der Mitglieder des Zweigvereins gibt uns hierüber Aufschluß. Von 2295 Kollegen wurden 4311 befragt. Von den Befragten waren 914 Kollegen wegen Arbeitsmangels, 90 wegen Krankheit und 145 wegen schlechter Witterung arbeitslos. Diese Kollegen feterten insgesamt 4392 Tage, die einen Lohnausfall von M. 84 226,10 bedeuten. Ueber eine am 7. Mai abgehaltene Versammlung wurde bereits in Nr. 21 des „Grundstein“ berichtet. Differenzen waren zu bezeichnen bei der Firma Scheffler. Hervorgehoben wurden diese durch das scheinbare Vorgehen des noch jugendlichen Bauleiters Grahn. Die Kollegen wollten die Arbeit für einen nach ihrer Meinung zu niedrigen Abschlagspreis nicht ausführen und zogen deshalb Tagelohnarbeit vor. Hiermit war aber der obenbenannte Bauleiter nicht einverstanden, sondern entließ kurzerhand acht Kollegen. Als Ersatz dieser acht entlassenen Kollegen bestellte sich dann der junge Mann am folgenden Tage 30 Mauerer beim sogenannten Maßregelungsbureau, die auch mit Geldsitz auf der Baustelle erschienen. Da nun, wie schon erwähnt, acht Kollegen entlassen waren, für weitere Mauerer aber keine Beschäftigung vorhanden war, mußten 22 Mann, die der frohen Hoffnung waren, nach langer Arbeitslosigkeit nunmehr Arbeit gefunden zu haben, enttäuscht wieder abziehen. War schon die Entlassung der acht Kollegen ein starkes Stück, so setzte doch die letzte Handlung dem Ganzen die Krone auf. Die augenblicklich vorhandenen misslichen Arbeitsverhältnisse in solch brutaler Weise auszunutzen, zeugt schon von einer großen Gefühlslosigkeit. Es war dieses selbst dem Sekretär der Unternehmer zu toll, indem er auf eine persönlich vom Vorstehenden vorgebrachten Beschwerde seinen Unwillen darüber ausdrückte, daß in dieser Art Mißbrauch mit dem Arbeitsnachweis getrieben werde, und ver sprach, die Firma Scheffler hierüber zur Rechenschaft zu ziehen. Ob er es tun wird? Warten wir es ab. Die Kollegen, die den Klageweg beschritten, wurden

mit ihrem Antrage, den Bauunternehmer Scheffler zur Zahlung von M. 720 zu verurteilen, leider kostenpflichtig abgewiesen. Aus der Begründung des Urteils ist besonders hervorzuheben, daß dem Kläger ausgegeben wird, daß das vom Beklagten beschriebene Verfahren ein recht ungewöhnliches und vom rein menschlichen und sozialen Standpunkt aus nicht zu billigen gewesen ist. Es heißt wörtlich: Der Unwille der davon betroffenen Gesellen erscheint dem Gericht sehr begründlich. Kläger irrt aber, wenn er glaubt, aus dem beschriebenen Verfahren einen Rechtsanspruch auf Entschädigung herleiten zu können. Es ist in keiner Weise dargetan, daß Kläger vom Arbeitsnachweis namens des Beklagten fest angenommen sei. Auf dem Bettel, den Kläger vom Arbeitsnachweis mitbekommen hat, steht auf der einen Hälfte nur:

Dem Maurergezellen B. ist auf sein Ersuchen um Arbeit mitgeteilt, daß der Meister Herr Otto Scheffler für den Bau Hofdorferstraße Gesellen sucht.

Darunter steht als NB.: Falls Inhaber dieser Karte bei obigem Meister keine Arbeit erhält, hat derselbe sich mit dieser Karte wieder im Arbeitsnachweis zu melden. Und die andere Betteilhälfte enthält folgendes nicht ausgefülltes Formular:

Nur abtrennen, weicht der Geselle angestellt wird. In den Arbeitsnachweis. Dieser Abschnitt ist sofort nach Anstellung portofrei und unterschrieben einzuliefern. Der ... Geselle ist am ... 190... von uns angestellt.

(Unterschrift des Meisters.)

Gerabergehoben wird weiter in der Begründung des Urteils, daß die Geschäftsordnung des Arbeitsnachweises in ihrem § 2 ausdrücklich sagt:

„Die Vermittlung besteht lediglich in der Zureichung von Arbeitskräften bezw. dem Nachweis von Arbeitsstellen. Die Anstellung der zugewiesenen Gesellen und die Form des Arbeitsvertrages bleiben den Meistern völlig freigestellt.“

Trotzdem noch der Zeuge Bebersdorf als Verfasser der Geschäftsordnung der Meinung gewesen ist, daß ein Meister die ihm auf seinen Wunsch zugehende Zahl der Gesellen anstellen müsse, wenn seine persönlichen Absehungsgünde vorlägen, schien dem Gericht eine Begründung des Klageanspruches rechtlich ganz unmöglich. Es erwidert sich, Kritik zu üben. Gerabergehoben sei nur noch ausdrücklich, daß das Urteil implectum feststellt, daß im vorliegenden Fall das „Recht“ in diametralen Gegensatz steht zu dem, was „von rein menschlichen und sozialen Standpunkt zu billigen“ ist. Für die Güte des „Rechts“ spricht das gerade nicht. Bedauerlich ist nur, daß es im Hamburger Baugewerbe zahlreiche Unternehmer gibt, die aus dem Urteil nicht die rein menschlichen und sozialen, nicht die moralischen, sondern die rechtlichen Konsequenzen mit dem ihnen eigenen Vornehm zu ziehen werden. Noch herrscht die Ansicht, noch ist der Lohn niedrig, ergo steigen sie hinüber. Die Meisterbarmer ist groß, unter vielen kann man Ausnahm treffen nach Raune und Willfür.

Anschließend des hier in der Woche vom 21. bis 28. Juni tagenden Gewerkschafts-Kongresses fanden in den Vororten und Bezirken Agitationsversammlungen statt, worin Delegierte unseres Verbandes referierten. Leider ließ der Besuch dieser Versammlungen viel zu wünschen übrig. In einer dieser Versammlungen wurde über die Wahl der Delegierten vorgenommen. Vom Vorsitzenden wurde berichtet, daß der Unternehmer Peters versuchte, am Donnerstag Abend einfluß einzuführen, aber nach einander Unterhandlung hierüber Abstand genommen hat.

Landshut i. B. Sonntag, den 12. Juli, tagte hier eine allgemeine Maurerverammlung, die wieder sehr gut besucht war. Als Referent war unser Gauleiter, Kollege Gortl, aus München erschienen. Nachdem die Stichwahl eines Verbandsdelegierten vorgenommen war, ergriff Kollege Gortl das Wort, um uns die Antwort der Unternehmer auf unsere Forderungen genau und sachlich zu erklären. Um ihre Verpflichtungen von 1906 rückgängig zu machen, erklärten sie ferner auf Anregung des Gauvorstandes und der Ortsvereine, das Versprechen endlich einzuhalten, hierzu nicht verpflichtet zu sein. Nachdem Kollege Gortl noch einen sachlichen Vortrag über die Tarifabschlüsse und Lohnbewegungen im Baugewerbe gehalten und zugleich die Landshuter Meister (sogar kritisiert) hatte, kam man in der Diskussion zu der Anschauung des Gauvorstandes, daß, hätten wir in unserem Zweigverein nicht auch eine Kritik zu verzeichnen, wir den vorbrüchigen Unternehmer schon die richtige Antwort erteilen würden. Es folgte dann die Quartalsabrechnung, worauf der Vorsitzende 12½ Uhr die Versammlung schloß.

Rangenhilfen. Wie meist in ganz Schlesien, so liegt auch hier die Bautätigkeit hauptsächlich infolge der schlechten Konjunktur in der Textilindustrie sehr darnieder. Zwar war im Frühjahr noch etwas Arbeit vorhanden, aber sie wurde von den Unternehmern sehr zurückgehalten, die, wie so viele im Meide, auch das Aussparungsfehl hatten, und den Meistern, wenn sie um Arbeit anfragten, kurz antworteten: „Kommt nur wieder, wenn der April vorbei ist; Ihr müßt ja, was beordert.“ Der Lohnstarif, der am 1. April abließ, sollte auch nur unter ganz schlechten Bedingungen, 2 3 pro Stunde weniger als vorher, der feinen Bestimmungen des Musterstarifs gar nicht zu gedenken, abgeschlossen werden. Bei den Verhandlungen wurde gesagt, man könnte den hohen Lohn des alten Starifs, 37 3, nicht mehr bezahlen, viel weniger erst die geforderten 40 3, weil in der Umgebung viel weniger bezahlt würde. Man solle erst vom Verband aus dafür sorgen, daß die Umgebung nachkomme. Diese Forderungen sind jetzt durch den Schiedspruch gelöst. Auf Grund dessen ist nun auch hier ein neuer Tarif abgeschlossen worden, doch glauben einige Unternehmer in Peterswaldbau und Meidenbach, einige Punkte des Tarifs nicht halten zu brauchen. Auf Vorstellungen des Zweigvereinsvorstandes gaben sie immer nur ausweichende Antworten. Unserer Forderung, ein Schiedsgericht (wie im Tarif vorgelesen) entscheiden zu lassen, wurde bis jetzt auch nicht stattgegeben. In der am 23. Juli

abgehaltenen Versammlung wurde der Vorsitzende beauftragt, nochmals zu schreiben. Wenn das nichts nützt, soll weiter kläglich vorgegangen werden. — Noch eine andere heisse Frage wurde in der betreffenden Versammlung behandelt. Seit vielen Jahren ist es Verbandsbeschluss und allgemeiner Brauch hier in Rangenhilfen und Umgebung, daß keine Affordarbeit gemacht wird. Der Punkt im neuen Tarif „Affordarbeit ist zulässig“ gab dem Kollegen Richard Geisler einer Meinung nach das Recht, zu seinem Meister zu gehen und ihm Afford anzubieten. Er hatte sich inzwischen noch ein paar Kollegen dazu besorgt, die fest drauflos wirtschafteten. In der Versammlung wurde nun von den Kollegen Köster-Dreslau und Niedenführ-Rangenhilfen die Schädlichkeit der Affordarbeit betont, und dem Kollegen Geisler und seinen Freunden gezeigt, wie sie sich außerhalb der Beschlüsse des Zweigvereins bewegen. Es sei das gar nicht kollegial, den alten 60jährigen Kollegen, die sich wegen Mangels an Arbeit am Orte auswärts suchen müßten, das Brot vom Tische zu nehmen. Die jungen Vordchen müßten doch bedenken, daß sie auch mal alt würden. In seiner Verteidigung betonte Geisler, daß er ja nicht für den neuen Tarif gestimmt habe, weil ihm 37 3 zu wenig seien. (Dies ist beinahe die Meinung aller Kollegen.) Er könne deshalb jetzt machen was er wolle; er jorge nur für seine eigene Haut und schere sich um andere Kollegen gar nicht. Dies ist natürlich allgemeine Entrüstung hervor. Köster hielt ihm vor, daß er sich nun erst recht, wenn er sich an den neuen Tarif nicht halten wollte, an den alten Tarif halten sollte, wenn er sich an den alten Tarif gebunden hätte, der die Affordarbeit verbiete. Nachdem nun noch von allen Seiten die Entrüstung über das Verhalten dieser Kollegen ausgesprochen worden, wurde beschlossen, Affordarbeit im Zweigvereinsgebiet nicht zu übernehmen; ebenso keine Ueberstunden und Sonntagsarbeit zu machen; letztere nur in ganz dringenden Fällen. Ferner wurde beschlossen, Sonnabend, den 8. August, in Weigelsdorf das 7. Stiftungsfest abzuhalten.

Meißen-Oberhausen. Erklärung: Während des jetzigen Fliesenpreiskrieges werden über die Person des Unterzeichneten die kostigen Gerüchte verbreitet. Ich soll während des Streits in unserem Verbandstafel Fliesen angefertigt haben. Ich soll ferner Legepläne von gepflasterten Flächen auf dem Volkshaus ausgeben haben, damit Streikarbeit von den Meistern Kollegen ausgeführt werden sollte. So ungeheuerlich diese Beschuldigungen sind, es ist überhaupt nichts zu dumm, es findet doch sein Publikum. Ich bedauere es, daß dies von Kollegen, die Anspruch darauf erheben, ernst genommen zu werden, geäußert und sogar weiter verbreitet worden ist. In Personen sagen müssen, daß diese Gerüchte der Gipfel des Unsinns sind und sie hätten nicht davon unter allen Umständen sofort in Kenntnis setzen müssen. In einer kommenden Versammlung hat sich bald herausgestellt, daß selbstverständlich an der ganzen Sache kein wahres Wort ist. Ich warne jeden, sich wieder diese Lügen zu kolportieren. Ueber die aber, die mit meiner gewerkschaftlichen Ehre so umgesprungen sind, ist das letzte Wort noch nicht gefallen.

Reichenbach i. B. Montag, den 20. Juli, tagte hier eine gut besuchte Versammlung. Den Rechenschaftsbericht vom zweiten Quartal erstattete der Kassierer. Danach betrug die Einnahme für die Hauptkasse M. 1310. Die Einnahme der Nebenkasse M. 365,05, die Ausgabe M. 250,92, Kassenbestand M. 114,13. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Stichwahl zum Verbandstag ergab folgendes Resultat: Von 108 abgegebenen Stimmen erhielt Kollege Heinrich Ludwig in Reichenbach 105. Der Bericht der Tarifkommission wurde vom Vorsitzenden der Lohnkommission gegeben. Für die Kollegen bringt der neue Tarif für dieses Jahr keine Verbesserungen. Der Lohn soll ab 1. April 1909 pro Stunde um 2 3 — sage und schreibe zwei Pfennig — erhöht werden. Auch der Gauleiter Kollege Jakob, der über den Tarif und seine juristische Auslegung noch einige Ausführungen machte, empfahl den Anwesenden angelegentlich der jetzigen Verhältnisse die Annahme des Vertrags. Er wurde dann auch nach reger Aussprache gegen sechs Stimmen angenommen. Mit einem kräftigen Schlusswort des Vorsitzenden an die Anwesenden wurde die impotente Versammlung geschlossen.

Waldenburg i. Schl. In Neurode tagte Sonntag, den 19. Juli, eine Mitgliederversammlung, die, wie gewöhnlich, nur sehr mäßig besucht war. Es waren zum größten Teil Fragen organisatorischer Natur, die erledigt wurden. Infolge Wegzuges mußten der erste Vorsitzende und der Kassierer neu gewählt werden. Es gingen die Kollegen Schneider und Lust aus der Wahl hervor. Desgleichen wurde die Vertragsaffizierung geregelt. Mit der bisherigen Methode, wonach der Kassierer und der Vorsitzende die Einholung der Beiträge in den weit zerstreut liegenden Orten allein besorgen mußten, ging es nicht weiter, denn die Kollegen werden gar leicht ihres Amtes müde, wenn man ihnen zuviel zumutet. Und es ist auch unnötig, zu sagen, daß sich die Arbeit nicht auf mehrere Schultern verteilen ließe; die vorgenommene Regelung bestätigte die Richtigkeit dieser Ansicht. Ueber die aufzunehmende Statistik wurde beschlossen, die Aufnahme durch einen Kollegen des Zweigvereins machen zu lassen. Dann untersuchte Kollege Friele die Ursachen der gegenwärtigen Rauberei unter den hiesigen Kollegen. Zu einem großen Teile beruht sie darauf, daß die Kollegen in diesem Jahre eine Lohnherabsetzung und Verringerung der Arbeitszeit bekommen haben, ohne auch nur einen Finger zu rühren. Die Zimmerer hatten einen Tarif abgeschlossen, wonach in diesem Jahre eine Lohnherabsetzung eintrat. Nun sind die beiderseitigen Löhne stets gleich gewesen, infolgedessen hat man die Löhne der Maurer auch erhöht. Wenn dann Kollegen sagen, daß sie nicht notwendig haben, sich zu organisieren, da sie ja doch denselben Lohn bekommen wie die Zimmerer, so muß man ihnen sagen, daß sie Schmarotzer sind, die sich vom Blute anderer nähren. Wenn weiter gesagt wird, daß mit dem Fehlen einer Lohnbewegung unsere Aufgaben erschöpft seien, so mögen diese Kollegen bedenken, daß sie zur Durchführung einer Lohnbewegung erst eine kräftige Organisation schaffen müssen. In der Diskussion wurde jedoch von den

Kollegen der Beweis erbracht, daß zur Beseitigung der Mißstände alle Kräfte gebraucht werden, also an einem Tätigkeitsfeld für unsere Brüder kein Mangel ist. So wurden u. a. auch die schlechten Verhältnisse der Krankenkasse bemängelt; bei einem Stundenlohn von 88 3 werden 80 3 Krankengeld gezahlt. Bei dem Fehlen eines Kartells am Orte werden wir uns mit dieser Frage selbst beschäftigen müssen. Also Arbeit ist genug vorhanden.

Merben a. d. Ruhr. Unser Zweigverein hielt am Sonntag, den 26. Juli, seine Generalversammlung in der „Tonnhalle“ ab. Die Quartalsabrechnung wurde verlesen und für richtig befunden. Des weiteren beschäftigte sich die Versammlung mit der Vermittlung mit dem Zweigverein Essen a. d. Ruhr. Nach reiflicher Diskussion wurde einstimmig beschlossen, sich mit Essen zu verschmelzen. Nach dem Beschluß wurde der Appell an die Kollegen gerichtet, nach wie vor mit allen Kräften für den Ausbau und die Stärkung unseres Verbandes zu sorgen.

Wittingen. Die hiesigen Verhältnisse sind ganz gut. Die Bautätigkeit ist hier und in der Umgebung groß. So wird hier und in Etoden eine Kartoffelfloßfabrik gebaut; beide sind in Afford vergeben. Die in Wittingen hat der Maurermeister S. Schnelle übernommen, und dieser hat den Bau an einen Range aus Obenstedt in Afford weiter vergeben und zahlt 60 3 Lohn pro Stunde, während die hiesigen Kollegen für 35 3 pro Stunde arbeiten müssen. Den Bau in Etoden hat der Bauunternehmer S. Siebenlist übernommen und die Arbeit den hiesigen Kollegen in Afford gegeben. Er verspricht uns, pro Kubimeter Mauerwerk M. 3 und 40 3 Stundenlohn auszugeben, auch wollte er den Bauhilfsarbeitern den Stundenlohn besonders bezahlen, nur der Ueberzusch sollte in gleiche Teile gehen. Nachdem wir nun den Bau zum bestimmten Termin, am 3. Juli, richtiger hätten, wollten wir unseren Afford ausbezahlt haben. Nun jagte aber der Unternehmer, das Geld könne er uns nicht alles ausbezahlen und die Bauarbeiter müßten wir auch bezahlen; auch sind noch andere Sachen, die uns nichts angehen, auf unser Konto angerechnet, so daß wir nur einen Ueberzusch von 13 3 pro Stunde hatten, während wir nach unserer Rechnung doch mindestens das Doppelte haben müßten. Aber so sind nun hier die Unternehmer, da sie wissen, daß in den großen Städten nicht viel Arbeit ist und daß sie genug Fremde bekommen können. Nun fordern wir sämtliche fremden Kollegen auf, soviel wie nur irgend möglich das Baugeschäft von R. Siebenlist zu meiden. Siebenlist ist früher auch als fremdgeschriebener Maurergehilfe gerufen und war früher auch Verbandskollege. Dies scheint er ganz vergessen zu haben. Also nochmals, Kollegen, meidet soviel wie irgend möglich das Baugeschäft von Siebenlist; denn nur dadurch, daß die Fremden das Baugeschäft Siebenlist meiden, können wir hier etwas erreichen.

Fliesenleger.

Sannover. Am 18. Juli fand eine Versammlung der Section statt, die sich hauptsächlich mit dem Streit der Fliesenleger im rheinisch-westfälischen Industriegebiet befaßte. Es wurde beschlossen, immer wieder in der hiesigen Tageszeitung darauf hinzuweisen und vor Zugung nach dem Streikgebiet zu warnen. Zugleich wurde eine Resolution angenommen, die die kämpfenden Kollegen unserer Sympathie besichert und gegen das Vorgehen der Polizei bei dem Morbanfall der arbeitswilligen Revolventen Kanneberg und Sohn protestiert. Dann wurde der Vorstand der Section nochmals vom Kollegen Fritz Meißner aufgemuntert, mehr Interesse an unserer Sache zu nehmen. Von verschiedenen Kollegen wurde darüber gesagt, daß Maurer bezw. Putzer Fliesenarbeiten unter Tarif ausführen, läßt sie das nicht, dann würden die Unternehmer wohl Fliesenleger dazu nehmen. Die künftigen Versammlungen sollen von jetzt an alle 14 Tage, Sonabend Abend um 8½ Uhr, bei Böttcher stattfinden. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Isolierer und Steinholzer.

Dresden. Am 19. Juli hielten die Isolierer und Steinholzer ihre Generalversammlung im Volkshaus ab. Sie war nur mäßig besucht, weil ein Teil der Kollegen auswärts beschäftigt ist. Der Kassierbericht vom zweiten Quartal mußte von der Tagesordnung abgesetzt werden, weil die Revisoren ebenfalls schon längere Zeit in Jena arbeiten. In der Hauptsache beschäftigte sich die Versammlung mit dem Streit und der damit notwendig gewordenen Unterstützung der Kollegen in Celle. Nach längerer Debatte wurde einstimmig beschlossen, eine Extrasteuer von 50 3 pro Woche bis auf weiteres einzuführen und M. 50 aus der Kasse sofort abzugeben. Einer von der Geschäftsleitung gegebenen Anregung, den Extrabeitrag pro Woche auf M. 1 festzusetzen, wurde mit Rücksicht auf den hier zur Zeit herrschenden flauen Geschäftsgang in unserem Gewerbe nicht stattgegeben. Dafür muß der Beitrag auch in arbeitslosen Wochen von allen Kollegen bezahlt werden. Eine lebhafte Diskussion entpinn sich beim Verlesen des Schreibens der Firma „Kälte- und Wärmeschutz, Reuben & Dresden“. Diese Firma, mit der wir jetzt in keinem Tarifverhältnis stehen, wünscht einen Affordtarif abzuschließen. Jedemfalls haben die niedrigen Löhne, mit denen die Firma einen großen Teil ihrer Leute abheißt, nicht den gewünschten Gewinn gebracht. Die Versammlung lehnte einstimmig das Ansuchen dieser Firma ab, da der Konferenzbeschluss, nicht in Afford zu arbeiten, für alle Ortsvereine maßgebend ist. Von mehreren Kollegen der betreffenden Firma, die in der Versammlung anwesend waren, wurde bemerkt, daß fast sämtliche Arbeiten von der Firma auswärts, viele sogar im Auslande seien, und deswegen sei es schwer, mit den Indifferenten zusammenzukommen, da ja meistens nur ein Mann auf einer Stelle beschäftigt wird. Weiter wurde festgestellt, daß sogar organisierte Maurer für 50 bis 55 3 Stundenlohn bei 13½ 14stündiger Arbeitszeit bei der Firma Liebesdienste verrichten. Der Vorsitzende gab bekannt, daß wegen der betreffenden Maurer bereits Schritte unternommen seien, doch sei bis jetzt noch nichts erreicht. Das Ansuchen des früheren Mitgliedes Peterßen um Wiederaufnahme wurde der nächsten Versammlung, die als außerordentliche Generalversammlung einberufen wird, überwiesen. Ebenfalls sollen die Kollegen, die ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind und nicht in dieser Versammlung erscheinen oder brieflich Mitteilung machen,

ausgeschlossen werden. Die nächste außerordentliche Generalversammlung findet am 16. August, vormittags 11 Uhr, im Volkshaus statt.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigung.)

Zur der Woche vom 19. bis 25. Juli sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hildorf M. 800, Blankenburg a. Harz 400, Schweinitz a. d. Elster 350, Rowaues 350, Potsdam 300, Gerbsleben 300, Groß-Bichterfeld 250, Wolfenbüttel 250, Dresden 250, Riepe (Himmler) 219,61, Leibsch 200, Schwedt 200, Lindenwalde 200, Bism 200, Brestlin 150, Gernsdorf 175, Fehrbellin 150, Rantow 150, Jethoe 150, Gutzleben 128, Eckerichshausen 115, Seibelsberg 100, Dietz 100, Biersch 100, Genthin 80, Gollschau 60, Niedersch 50, Weyersheim 50, Summa M. 5825,61.

Zufüsse erhielten: Stuttgart M. 400, Reinfel 200, Worms 150, Friedrichshagen 150, Metternich 130, Lindenwalde 100, Eppelheim 100, Warth i. d. Mark 80, Würzburg 50, Summa M. 1360.

Altona, den 25. Juli 1908.

Karl Reiff, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc.

Buttstädt. Am 17. Juli verunglückte ein früher organisierter gewerblicher Kollege und ehemaliger Hilfskassierer. Er war damit beschäftigt, eine drei Meter hohe und zwei Meter lange Scheunenmauer wegzureißen. Er erlitt mehrere Kopfverletzungen, konnte aber nach einiger Zeit die Arbeit wieder aufnehmen.

Nürnberg. In einem Neubau in der Alsterstraße löste sich am 23. Juli infolge der Belastung durch einen Bausteinhaufen Erdreich ab und stürzte samt den Steinen in die Baugrube. Ein Tagelöhner wurde mit in die Grube gerissen und teilweise vergrüßelt; er erlitt einen Schädelbruch und einen Bruch des rechten Armes. Die Sanitätskommission brachte den Verletzten ins städtische Krankenhaus. Die Ursache des Unfalls ist die Überlastung der Absteifung durch eine große Masse aufgeschichteter Bausteine, die hart an der Baugrube lagerten. Der Sturz des Materials erfolgte auf ein Gerüst und schlug auch dies in Trümmer. Von dem Unternehmer dieses Hauses sagt man, daß er bezüglich der Schutzvorschriften nicht besonders feinsinnig sei und daß Sicherheitsregeln um so mehr gewöhnlich getrieben werden sollten, als es sich um sehr komplizierte Arbeiten handelt. Der Vorstehende der Bauunternehmer, Popp, soll sich einmal erüchtigt worden sein, als Sachverständiger sich die gefährliche Baustelle anzusehen. Der sonst gegen Arbeiter so geistigste Herr Popp sei aber nicht gekommen.

Oderberg. Auf einem Neubau im benachbarten Dorfe Walsch stürzte der Kollege Wollensbauer durch die Schmalung 4 m tief auf die Kellerwölbung und erlitt mehrere innere und äußere Verletzungen. M. ging über einen Balken, trat dabei vorbei auf die Stütze, die auf Latzen gelegt war. In der betreffenden Latze befand sich ein Ast, der unter der Last durchbrach. Der Unfall hätte vermieden werden können, wenn man bei der Auswägung des Holzes nur etwas gewöhnlicher verfahren wäre.

Babitz. An einem vom Maurermeister Goldstein ausgeführten Bräudenbau in Müddelschlag brach am 21. Juli das Gerüst zusammen, wobei fünf Mann schwer und ein Mann leichter verletzt wurden. Das Gerüst war über alle Massen leichtfertig gebaut; schwache Ständerbäume, schwache Anbinden und wieder überwertet noch abgeteilt, und dazu noch das Gerüstholz morsch, da war es kein Wunder, daß sich bis jetzt schon drei Unfälle an dieser Stütze ereigneten. Die ersten Unfälle konnten weder der Meister noch der Polier Schwobsky veranlassen, ein besseres Gerüst herzustellen zu lassen; erst jetzt, nach diesem großen Unglück, hat man sich dazu verstanden.

*** Arbeitervorsorge auf Bauten.** Die Polizeiverwaltung der Stadt Gelsenkirchen hat unter dem 23. April d. J. eine zwölf Paragraphen umfassende Verordnung erlassen, die den Schutz der Arbeiter auf Hoch- und Tiefbauten bezweckt und sofort in Kraft getreten ist. Es wird darin bestimmt, daß für die an Bauten beschäftigten Arbeiter ein Unterflurraum vorhanden sein muß. Dieser Unterflurraum muß allseitig dicht umschlossen, mit luftbaren Fenstern versehen und im Mittel mindestens 2,20 m im Lichten hoch sein. Die Grundfläche muß derart bemessen sein, daß auf jeden dauernd beschäftigten Arbeiter mindestens eine Fläche von 0,75 qm entfällt. Der Raum muß einen festen Bodenbelag haben und in der kälteren Jahreszeit heizbar sein, für die dauernd auf dem Bau beschäftigten Arbeiter sind in dem Unterflurraum Sitzplätze zur Verfügung zu stellen; auch muß ihnen die Möglichkeit gegeben werden, Speisen und Getränke zu erhitzen. Baumaterialien dürfen in den Unterflurräumen nicht gelagert werden.

Bei Tiefbauten müssen diese Räume so belegen sein, daß der Beschäftigte von einem Arbeiter von der Unterflurfläche der Regel nach höchstens 750 m entfernt ist. Für schwimmende Unterflurräume findet die Vorschrift über die notwendige Höhe keine Anwendung.

Aborte müssen in solcher Anzahl vorhanden sein, daß ein Sitz (Wille) höchstens für 25 Personen dient. Zwischen mehreren Sitzen sind Scheidewände anzubringen; für Frauen sind besondere Bedürfnisanstalten zu errichten. Die Aborte müssen der Regel nach mindestens 8 m von den Unterflurräumen entfernt, genügend hell und derart eingerichtet sein, daß von außen nicht hineingesehen werden kann; erforderlichenfalls sind vor den Türen Klenden anzubringen.

Die Aborte dürfen keine durchlässigen Gruben erhalten. Sie sind entweder an eine öffentliche Entwässerungsanlage vorschriftsmäßig anzuschließen, oder es müssen mauerhafte Tonnen, welche nach Bedarf fortzuschaffen und durch leere, mittels Kalkanstrichs desinfizierte Tonnen zu

erfassen sind, aufgestellt werden. Die Tonnen sind durch Eis- und Stoppbretter zu bedecken.

Bei den für die Arbeiter bestimmten Aborten ist ein Riffort anzulegen. Außerdem ist in jedem Geschosse der Bauausführung ein Uriniermer aufzustellen.

Ueber die Reinigung der Unterflurräume und Aborte wird bestimmt:

Die Unterflurräume und die Aborte sind stets in reinlichem Zustande zu erhalten.

Die Behälter für die Rifforts sind nach Bedarf, mindestens täglich, zu entleeren. Die Aborte und Rifforts sind nach Erfordernis zu desinfizieren.

Ferner wird bestimmt, daß auf jeder Baustelle gutes Trinkwasser bereit zu halten ist.

Ueber die Arbeit im Winter heißt es in der Verordnung:

Vom 1. November bis 1. April dürfen Stuckateure, Maler, Putzer, Schreiner und dergleichen Arbeiten in Neubauten nur dann ausgeführt werden, wenn die Räume, in denen gearbeitet wird, durch Türen und Fenster geschlossen sind. Die Räume sind durch Defen zu heizen.

Die nur vorläufige Verbindung derartiger Verhältnisse ist für genügend zu erachten.

In Räumen, in denen offene Koksfeuer ohne Ableitung der entstehenden Gase brennen, darf nicht gearbeitet werden. Solche Räume sind gegen andere, in denen gearbeitet wird, dicht abzuschließen. Sie dürfen nur vorübergehend von den die Koksfeuer beaufsichtigenden Personen betreten werden.

Für den vorgeschriebenen Verschluß durch Türen und Fenster und für das Aufstellen und Heizen der Defen ist der Bauunternehmer verantwortlich, soweit die auszuführenden Arbeiten ihm übertragen sind.

Sind die Arbeiten vom Bauherrn an verschiedene Handwerker einzeln vergeben, so ist der Bauherr verantwortlich.

Uebertretungen der Vorschriften dieser Polizeiverordnung werden, soweit nicht sonstiger weitergehende Strafbestimmungen Anwendung finden, mit Geldstrafen bis zu M. 30, im Unvermögensfälle mit verhältnismäßiger Haftstrafe geahndet. Außerdem werden zur Verhinderung von Zuwiderhandlungen, nötigenfalls auch zur Verhütung von vorschriftswidrigen Anlagen, den Umständen entsprechend die gesetzlichen Zwangsmittel zur Anwendung kommen.

Alle für den Umfang der Stadt Gelsenkirchen erlassenen Polizeiverordnungen, betreffend die Arbeitervorsorge auf Bauten, insbesondere die Polizeiverordnung vom 30. Oktober 1900 für die Stadt Gelsenkirchen, die Polizeiverordnung vom 24. April 1900 für die Gemeinden Schafte und Heßler, die Polizeiverordnung vom 22. Mai 1900 für die Gemeinden Bismark, Bulme und Güllen, die Polizeiverordnung vom 19. Oktober 1900 für die Gemeinde Heden-dorf werden aufgehoben.

*** Was kosten neue Bahnhöfe?** Welch ungeheurer große Summen die Neubauten moderner Bahnhöfe verschlingen, lehrt ein Blick in das Spezialbudget des badischen Eisenbahnbaues für die Jahre 1908 und 1909. Als vor nunmehr bald zwanzig Jahren der neue Hauptbahnhof in Frankfurt a. M. mit einem Kostenaufwand von M. 33 000 000 errichtet wurde, wurde diese Summe, wie die „D. Eisenbah-Ztg.“ schreibt, mit Recht als etwas noch zu Geringes angesehen, das jedenfalls so bald nicht wieder erreicht, geschweige denn überboten würde. Und nun sieht allein das neue badische Budget nicht weniger als drei Bahnhöfe an, deren Kosten die des großen, heute noch musterhaften Frankfurter Hauptbahnhofes mehr oder weniger übersteigen: Heidelberg, Karlsruhe und Basel. Folgende sechs größeren Stationen werden gegenwärtig im Baden umgebaut und kosten: Basel Bahnhöf Bahnhof M. 49 510 500, Karlsruhe Hauptbahnhof M. 35 932 000, Heidelberg Hauptbahnhof M. 35 838 000, Offenburg M. 19 348 000, Pforzheim M. 8 552 500, Durlach M. 5 171 900. Heidelberg und Durlach sind noch nicht über die teilweise sehr umfangreichen Vorarbeiten hinausgekommen, Karlsruhe und Pforzheim sind begonnen, Karlsruhe und Offenburg am weitesten voran. Der Badener Güter- und Mangerbahnhof ist bereits in Betrieb genommen, und auch beim Offenburg wird es noch im Jahre 1908 wohl der Fall sein, wenigstens beim bürgerlichen Güterbahnhof.

*** Unbeständigkeit des Zements gegen saurehaltige Flüssigkeiten.** Den „Technischen Mitteilungen des Bayerischen Gewerbevereins“ entnehmen wir folgenden Hinweis auf die Unzuverlässigkeit der Verwendung von Zement für verschiedene Bauten bezw. Bauteile:

„Ein so schädlicher Verfallstoff auch Zementbeton ist, so muß jedoch Vorsorge getroffen werden, daß dieser nicht gewissen schädigenden Einflüssen ausgesetzt wird, die gerade ihn sehr rasch zu zerfallen vermögen. Hierin gehören namentlich salzhaltige Flüssigkeiten, die den Beton in verhältnismäßig kurzer Zeit mürbe machen, während sie z. B. gewöhnlichem Mauerwerk gegenüber nur von viel geringerem Einflusse sind. So wurde vor einigen Jahren bereits ein Fall bekannt, in dem eine Betonrohrleitung zu Kanalisationszwecken durch Abwasser zerstört worden war, die von einer Dampfseifenanlage aus in den Boden verläuft und die zu einer Reinigung des Abwassers benutzten Chemikalien mit sich führten. Neuerdings wird aus Osnabrück berichtet, daß hier ein aus Stampfbeton hergestellter Sammelkanal durch die Einwirkung saurer Grundwasser zerstört worden ist. Diese Grundwasser stammten aus einem Moorboden, der schwefelsäurehaltig war. Hieraus entwickelte sich dann durch die oxydierende Einwirkung von Luft und Feuchtigkeit Schwefelsäure, die den Zement in Gips verwandelte. Es muß deshalb überall, wo Zementbeton-Mauerwerk in Frage kommt, gehörige Rücksicht auf die Grundwasserhältnisse, wie auch auf sonst in den betreffenden Gebäuden oder in deren Nähe vorhandene Flüssigkeiten jeder Art genommen werden. Falls das Grundwasser sauer oder stark salzhaltig ist, darf Beton zu Fundamenten überhaupt nicht verwendet werden; wenn saure oder salzhaltige Grundwasser in Frage kommen, muß für deren anderweitige Ableitung Sorge getroffen werden. Der Umstand, daß also Zement von Säuren, Jodan und von Fettsäuren angegriffen wird, ist fernerhin für die Hochbaupraxis insofern von Bedeutung, als man z. B. in Mollereien keine Zementstriebe verlegen darf, da sie durch die auf dem Fußboden sich bildende Milchsäure bald zerstört werden. Aber auch in Giebereien und Bierbrauereien wirkt die Gärssäure oder sauer gewordenes

Bier schädlich auf den Zementstreich, so daß man in solchen Fällen anstatt der Zementstriebe und Betonböden gebrannten Ton verwenden muß. Schwache Säuren, wie sie in jedem kohligen Kanalwasser vorhanden sind, betreffen keine erhebliche Schädigung der Zementstriebe. Abwasser der chemischen Fabriken, überhaupt alle Säuren, Laugen usw., welche nicht sehr stark verdünnt sind, zerstören Zementarbeiten in kurzer Zeit. Rührt sich eine solche Verunreinigung nicht erzielen, so muß glasierter gefinterter Ton an Stelle des Zementmaterials verwendet werden.“ In Gärten, wo sich ein sehr hoher Prozentsatz von Kohlenäure in der Luft vorfindet, ist zwar beobachtet worden, daß der Zement der Kohlenäure nicht widersteht, doch könnte hier der Mangel an Luft mit flüchtigen Säuren die Ursache sein.

*** Ein neuer Schornsteinreife wird in Amerika, Great Falls, errichtet.** Er soll 605 Fuß hoch werden, und würde somit 46 Fuß höher sein als der jetzige höchste Schornstein bei Fallsbrücke in Gashen. Der obere äußere Umfang des neuen Reifes wird 74 Fuß betragen und der ganze Bau wird ein Gewicht von 16 000 Tonnen haben. Es werden etwa 5000 000 Steine verwendet werden, die aus besonderem Material, von besonderer Größe und besonderer Form in einer eigens für diesen Zweck erbauten Ziegelfabrik gemacht worden sind. Der Schornstein wird 4 000 000 Kubfuß Gase pro Minute ausstoßen können. Die Kosten dieses kolossalen Baues sind auf M. 800 000 veranschlagt. An dem Bau sollen 100 Mann beschäftigt werden, die ihn je nach dem Umfang täglich 8 bis 6 Fuß in die Höhe bringen können.

Aus Unternehmerkreisen.

*** Innungsverbände.** Nach einer Zusammenstellung im Ministerialblatt der Handels- und Gewerbeverwaltung gibt es zur Zeit in Preußen 37 Innungsverbände im Sinne des § 104 der Gewerbeordnung. Sie haben zusammen 4517 Innungen mit 217 614 Einzelpersonen als Mitglieder. Die größten Verbände sind: der Bäckerverband „Germania“ mit 53 602, der Fleischerverband mit 38 325, der Bund deutscher Schneiderinnungen mit 22 988, der Bund deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmacherinnungen mit 20 344, der Bund deutscher Schmiedinnungen mit 10 872 und der Bund deutscher Tischlerinnungen mit 10 262 Mitgliedern. Auch die Innungsverbände weisen die für das Handwerk bezeichnende Erscheinung der Zersplitterung in der Organisation auf; denn neben ihren großen Innungsverbänden haben die Schuhmacher, Wäber, Fleischer, Bauhandwerker und Müller noch kleinere Innungsverbände, die im allgemeinen wenig leistungsfähig sind.

*** Generalversammlung der rheinisch-westfälischen Bauunternehmer.** Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser, dachten die Reiternden des Unternehmerbundes und darum mieteten sie sich zur Generalversammlung ein großes Rheinschiff, legten sich zwischen Köln und Königswinter vor Anker und tagten dort. Sie flohen vor unerwarteten Zubörsen auf den Strom, nachdem sich herausgestellt hat, daß man nirgend vor den bösen Arbeitern sicher ist. Der Geschäftsführer Schmiedehaus-Offen errichtete dem Jahresbericht. Den Abbruch des Tarifvertrages mit der Arbeitgeberorganisation, dessen Veranlasser der deutsche Unternehmerbund war, erklärte der Berichtshatter als einen Sieg der Unternehmer über die unberechtigten Forderungen der Arbeiter. Als besonders große Tat bezeichnete er den Vertragsabschluß mit dem Zementindustrie, der bekanntlich ein brutaler Boykott jener Bauunternehmer ist, die sich nicht den Beschlüssen des Bundes fügen. Dieses Zementindustrie hat sich verpflichtet, solchen Bauunternehmern die Lieferung von Zement zu sperren. Die Zahl der Verbände ist von 69 auf 82 gestiegen, wodurch sich die Mitgliedszahl um 420 erhöhte. Einige der zugeordneten Verbände sind durch Schwierigkeiten mit den Arbeitgeberorganisationen zum Anschluß veranlaßt worden, während die größere Zahl durch die Agitationsstätigkeit der Gewerkschaften gewonnen wurde. Die Klassenverhältnisse hätten sich im Berichtsjahre besonders günstig gestaltet, es konnten 10 000 der Müllage zugeführt werden. Es geht also alles gut. Und gleichwohl diese Angst vor der Öffentlichkeit? Wir lieben uns einen solchen Tagungsart auf schon gefallen, wenigstens muß er in diesen Sommertagen außerordentlich angenehm sein, und den armen Unternehmern ist eine solche Erholung schon zu gönnen. Aber merken die Herren denn gar nicht, daß sie sich mit dieser läppischen Furcht vor Außenher bloß täuschen machen? Und sind sie denn auf dem Rhein wirklich so sicher? Der Rheinstrom war auch einmal die letzte Zufluchtsstätte des Bischofs Otto und auch dem konnte er nicht helfen.

Aus anderen Berufen.

*** Hafenarbeiterverband und Hamburger Reeder.** Zur Erlangung besserer wirtschaftlicher Verhältnisse trafen die Hamburger Hafenarbeiter im vorigen Jahre in den Streik ein. Nach wochenlangem Kampfe, in dem sich die Gegenparte auf beiden Seiten stark ausgepielt hatten, kam schließlich eine Vereinbarung zwischen dem Hafenarbeiterverband und dem Hafenbetriebsverein, der Unternehmerorganisation, zu stande, durch die der Kampf aufgehoben und die Bedingungen festgelegt wurden, die die streikenden Parteien gegenseitig zu erfüllen hatten. Unter diesen Bedingungen befand sich unter anderem auch die Bestimmung, daß der Hafenarbeiterverband sich verpflichte, die Warnung vor Zugung von Hafenarbeitern nach Hamburg in hiesigen und auswärtigen Zeitungen zu unterlassen, wogegen der Hafenbetriebsverein sich verpflichtete, keine von den streikenden Hafenarbeitern zu beschäftigen, sondern alle ohne Ausnahme wieder einzustellen. Die Warnung vor Zugung wurde gleich nach Beendigung des Kampfes unterlassen und damit der Friedensbedingung, die dem Hafenarbeiterverband auferlegt war, entprochen. Die Reeder dachten aber gar nicht daran, nun auch die ihnen auferlegte Bedingung bezüglich der Maßregelung zu erfüllen; sie maßregelten nicht nur die ihnen unangenehm gewordenen Arbeiter, sondern hielten auch immer mehr neue „Arbeitswillige“ heran, die an die Stelle der „unzufriedenen“ Hafenarbeiter in Arbeit traten, während diese auf Straßenpflaster geworfen wurden. Dieses Gebahren wurde in der hiesigen und auswärtigen Parteipresse gebührend geäußert und daran die Mahnung geknüpft, den Zugung von

Gefenarbeitern nach Hamburg fernzuhalten. Als diese Warnung wirksam wurde und dem Gefenarbeiterverein nicht mehr so viele Arbeitswillige zukamen, um die organisierten Gefenarbeiter nach Gergenslust maßregeln zu können, erzwang er von dem hiesigen Landgericht eine einstweilige Verfügung, durch die dem Gefenarbeiterverband die Vermeidung einer hohen Geldstrafe auferlegt wurde, die Warnung vor Zugang in hiesigen und auswärtigen Zeitungen zu unterlassen. Ferner strengte der Gefenarbeiterverein eine Schadenersatzklage gegen den Gefenarbeiterverband an, die auch den Erfolg hatte, daß der Gefenarbeiterverband von der ersten Instanz der Zivilkammer III des hiesigen Landgerichts, dem Klageantrag gemäß, verurteilt wurde, auf eingeleitete Verurteilung an das Hanseatische Oberlandesgericht, das diese Instanz das Urteil und die einstweilige Verfügung des Landgerichts aufgehoben und zu Gunsten des Gefenarbeiterverbandes entschied. Die Berufungssinstanz hat das Vorstehende eines rechtsgültigen Urteiles bekräftigt und dem Gefenarbeiterverein mit seinen Ansprüchen abgelehnt.

Das Gericht führt im einzelnen aus, daß jedenfalls auf Seiten der Arbeiter und auch auf Seiten des für die Arbeiter handelnden Vorsitzenden des Gefenarbeiterverbandes, des Genossen Doering, nicht die Absicht bestanden habe, sich dem Gefenarbeiterverein gegenüber rechtlich zu binden, daß vielmehr die Arbeiter lediglich die Absicht hatten, einen Friedensvertrag zu schließen, der für beide Parteien nur eine moralische Verbindlichkeit haben sollte, und dies sei wohl auch die Absicht der Arbeitgeber gewesen, da sie zu Doering das Vertrauen gehabt hatten, daß er dafür Sorge, daß die Verpflichtungen, die er für die Arbeiter übernommen, auch tatsächlich erfüllt würden. Jedenfalls sei aber eine Willens-entwung dahin, daß ein rechtsverbindlicher Vertrag abgeschlossen werden sollte, zwischen den Parteien nicht zu Stande gekommen, und daher seien die klägerischen Ansprüche nicht im Wege der Klage zu erlangen.

Das Oberlandesgericht führt dann weiter aus, daß auch an sich die fraglichen Abmachungen einen Vertrag im Rechtssinne nicht darstellen, und zwar aus folgenden Gründen: Einmal sei der Inhalt der Vereinbarung nicht bestimmt genug, da ein Endtermin für die Dauer der den Arbeitern auferlegten Verpflichtungen nicht genannt sei, und beide Parteien jedenfalls davon ausgegangen seien, daß diese Verpflichtungen nur für eine bestimmte Zeit bestehen sollten. Sodann sei aus den fraglichen Abmachungen nicht klar zu entnehmen, wer auf Seiten der Arbeitgeber als Vertragsgegner in Frage komme, und endlich sei eine Reihe der von beiden Parteien übernommenen Verpflichtungen entweder nach der herrschenden Rechtsauffassung oder aber durch die Natur der Sache überhaupt nicht lagbar und auch von den Parteien nicht als lagbare Verbindlichkeiten aufgefaßt. Hierin zu rechnen sei u. a. die Verpflichtung der Arbeiter, an einem bestimmten Termin die Arbeit wieder aufzunehmen und ebenso die Verpflichtung der Arbeitgeber, die während der Ausperrung angestellten deutschen Arbeiter nach Möglichkeit hier zu behalten, die fremden Arbeiter aber nach Möglichkeit abzugeben.

Am wichtigsten für die gesamte Arbeiterkraft sind dann die weiteren Ausführungen des Oberlandesgerichts, die darin gipfeln, daß jedenfalls nicht jedes einzelne Mitglied des circa 28 000 Mitglieder zählenden Gefenarbeiterverbandes die einzelnen Verpflichtungen des Vertrages für sich hätte übernehmen sollen, und daß der Gefenarbeiterverband selbst nicht ohne weiteres durch schuldhaftes Vertragsverletzung abgelehnt seiner Vertreter haftbar gemacht werden könne.

Wir freuen uns, mit Genugtuung konstatieren zu können, daß dieses Urteil der Sachlage vollkommen gerecht wird.

Nicht unerwähnt wollen wir schließlich lassen, daß das Oberlandesgericht mit klaren Worten in seinem Urteil zum Ausdruck bringt, daß derartige Friedensverträge, die zwischen Arbeitgeber und Arbeitern zur Beilegung von Streiks und Aussparungen geschlossen werden, an sich nicht der Klagebarkeit unterliegen.

Die Klage ist mithin an den rechtlichen wie materiellen Voraussetzungen gescheitert. Auf die Frage, ob eine Verletzung der moralischen Verpflichtung zur Innehaltung der Vereinbarungen vorliegt, ist das Gericht nicht eingegangen. Wie aus den früheren Erörterungen des Rechtsbestandes der Beklagten hervorgeht, stellen diese eine derartige Verletzung entschieden in Abrede.

*** Ueber den Rückgang der freien Gewerkschaften** ist in den letzten Wochen recht viel kausales Zeug gerichtet und geschrieben worden. Alle Feinde der organisierten Arbeit trösteten sich damit, daß der gewaltige Rückgang der Gewerkschaften nun endlich nicht bloß stude, sondern sich in einen Rückgang verwandelt habe. Zu denen, die sich über diese Entdeckung freuen, gehören auch unsere Christlichen. Auch sie vermehren sich schamlos die Zahlen, die den „Rückgang“ dartun sollen. Es handelt sich dabei um die 16 000 Mitglieder, die die Berliner Gewerkschaften eingebüßt haben; ihre Zahl ist von 252 090 auf 235 980 gesunken. Wir haben uns über die Ursache dieses Verlustes, soweit das Baugeschäft daran beteiligt ist, bereits früher geäußert. Die Weiblichkeit dieses Rückganges wird übersehen, daß trotzdem die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften im ganzen Reich gestiegen ist. Sie übersehen aber auch (weil sie es nicht besser verstehen), daß der Rückgang in Berlin in seiner Hauptsache auf den Rückgang der Zahl der Beschäftigten überhaupt zurückzuführen ist. Wäre das gewerbliche Leben nicht von dieser allgemeinen Lähmung befallen worden, so würden wir auch in Berlin trotz der ungünstig verlaufenen Streiks sicher keinen Rückgang, wahrscheinlich sogar einen weiteren Fortschritt zu quittieren haben. Mögen sie ruhig weiter jubeln und in dem Gedanken an den Rückgang der Gewerkschaften schmelzen, ihre Ernüchterung wird um so unangenehmer sein. Einzelne Mütter tun noch ein übriges und bemängeln die finanziellen Leistungen der Berliner Gewerkschaften; die 5 Millionen Mark, die für Streikzwecke ausgegeben werden mußten, nennen sie einen Miesenanteil und die 8 064 788 für Unterhaltungen sind ihnen nicht genug. Gewiß, auch wir halten die Unterhaltungsleistungen der Gewerkschaften noch für verbesserungsbedürftig und wir würden uns freuen, wenn sich die Kosten der Arbeitskämpfe so weit verminderten, daß bei den Unterhaltungen mehr

getan werden könnte. Aber so weit sind wir noch lange nicht. Wichtiger als die Unterhaltung des in Not geratenen Arbeiters ist die Verbesserung der Lebensverhältnisse der ganzen Arbeiterklasse, und da hierzu noch viel Kämpfe erforderlich, so werden wir uns auch noch auf recht lange Zeit mit dem Wortwurf abfinden müssen, die Gewerkschaften in „frivolos Streiks zu verpulvern“, statt sie können diese Wortwüste schon ertragen. Bemerkenswert ist jedoch die Seufzerei der bürgerlichen Organe, die sich so besorgt um den Arbeiter stellen, während sie nur die so erfolgreiche Tätigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Verbesserung der Arbeitsbedingungen herabsetzen wollen. Freilich, Gewerkschaften, die lediglich Spartassen wären und nicht daran dächten, die Löhne zu erhöhen — das wäre so was!

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

*** Einen dreifachen Angriff auf das Koalitionsrecht** hat der Unternehmer Söhrmann in Travemünde unternommen. Im April des vorigen Jahres beschloßen die Kollegen des Zweigvereins Travemünde, in solchen Gewerkschaften, wo in Afford gearbeitet wird, nicht mehr zu arbeiten. Dieser Beschluß wurde den Unternehmern und dabei auch dem Söhrmann mitgeteilt. Söhrmann lehnte sich aber nicht daran, sondern ließ ruhig weiter in Afford arbeiten, infolgedessen wurde er von den Kollegen gesperrt. Durch diese Sperre füllte sich Söhrmanns Geschäft; wie er behauptet, ist deswegen seine Villa nicht zur Saison fertig geworden, wodurch ihm 400 Mark verloren gegangen sein sollen. Für diesen Schaden macht er den Zweigverein Travemünde resp. dessen Vorstand verantwortlich und hat bei dem Landgericht Lübeck Klage auf Ersatz des Schadens angestrengt. In seiner Klageschrift läßt er von seinem Rechtsbestande behaupten:

„Der beklagte Verband hat hierzu (zu der Sperre über das Söhrmann'sche Geschäft) kein Recht. Es ist allein Sache des Klägers, ob er Leute in Afford beschäftigen will oder nicht. Eine Einwirkung auf den Kläger, um ihn zu zwingen, nicht in Afford arbeiten zu lassen, ist gegen die guten Sitten. Die Verhängung der Sperre ist außerdem natürlich (1) erfolgt, um dem Kläger vorläufig Schaden zuzufügen. Es liegt mithin der Zustand des § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches vor.“

Diese Begründung des Schadenersatzanspruches fällt u. S. glatt zu Boden, und zwar Satz für Satz. Schon der erste Satz ist eine eigenartige juristische Leistung. Nach dem § 182 der Gewerbeordnung haben die Arbeiter, hat der beklagte Verband glücklicherweise das Recht, die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen insbesondere mittels Einstellung der Arbeit anzustreben. Doch Söhrmann meint, es sei allein seine Sache, ob er in Afford arbeiten lassen wolle oder nicht. Auch da irrt er gegen sein Rechtsbestand. Sein Recht ist nur, selbst in Afford zu arbeiten; andere in Afford arbeiten zu lassen, ist nicht sein Recht, sobald es die anderen nicht mehr wollen. Und diese anderen, das sind die im Zweigverein Travemünde organisierten Maurer, die ihrerseits nicht willens sind, in Afford zu arbeiten. Eine solche Verabredung ist ebenso wenig gegen die guten Sitten, wie es nicht gegen die guten Sitten wäre, wenn die Unternehmer beschloßen, nur in Afford arbeiten zu lassen. Das ist im Gegenteil ein höchst sittlicher Beschluß, zu dessen Durchführung sich die Kollegen des ebenso sittlichen Mittels der Arbeitseinstellung bedienen. Wo soll da der Verstoß gegen die guten Sitten liegen, wenn ich ein sittliches Ziel mit einem sittlichen Mittel zu erreichen suche? Die Verhängung der Sperre ist natürlich nicht erfolgt, um Herrn Söhrmann Schaden zuzufügen, sondern um den Beschluß durchzuführen. Die Maurer wollten nicht in Afford arbeiten, also durften sie es nicht tun. Indem sie darum die Arbeit einstellen, erfüllt Söhrmann Söghen. Aber der Schaden des Herrn Söhrmann ist hier eine unvermeidbare Begleiterscheinung, die jeder mit in Kauf nehmen muß, der den Kern des Koalitionsrechtes, das Streikrecht, will. Indem Söhrmann die Gerichte anruft, greift er das Koalitionsrecht an; denn seinen Schadenersatzanspruch kann nur gewaltsam werden, wenn man den Arbeitern das Recht der Arbeitseinstellung aberkennt. Dazu läßt es aber heute nicht mehr.

*** Enquête über Alkoholmißbrauch.** Die vom Reichs- versicherungsamt angeordnete Enquête, betreffend den Alkoholmißbrauch in Reichsrentenrenten, also in den Kreisen der Arbeiter, hat, wie das „Berliner Tageblatt“ erzählt, von sämtlichen Versicherungsträgern eingehende Verantwortung gefunden. Aus dem reichen Material geht hervor, daß die Maßregeln zur Einschränkung des Alkoholgenusses der einen sehr erheblichen Prozentsatz der Unfälle hervorruft, für dringend erforderlich gehalten werden. Ueber einander, Grundtatsache sind die Alkoholisten in erster Linie bei der Veränderung oder Misshandlung von Unfallverletzungsbedürfnissen zu berücksichtigen. Ein rationales Verbot des Alkoholgenusses auf der Arbeitseinstellung und während der Arbeit wird dagegen nur vereinzelt angeregt. Vielmehr glaubt man, daß mit vorwiegenden Maßregeln insbesondere mit der Schaffung von Gelegenheiten, den Durst in ungeschädlicher Form zu befriedigen, weit mehr erreicht werde, als mit scharfem Zwang. Das Reichsversicherungsamt will zunächst das eingangsene Material einer weiteren Verarbeitung unterziehen und dann das Gesamtergebnis veröffentlichen.

Das Reichsversicherungsamt hätte sehr gut getan, auch Vertreter der Arbeiter und nicht nur des Unternehmertums zu befragen. Aber auf deren Urteil wird ja leider an maßgebender Stelle kein Gewicht gelegt, trotzdem gerade sie die Berufungen wären, Gutachten abzugeben.

Ortsüblicher Tagelohn.

Im. Für die Bedeutung des „ortsüblichen“ Tagelohnes haben die Arbeiter bisher wenig Verständnis gezeigt. Die Gründe dafür liegen klar auf der Hand. Während die Arbeiter bei der Festsetzung des ortsüblichen Tagelohnes irgend einen bestimmenden Einfluß ausüben können, so wäre von einer Gleichgültigkeit in einer für sie so wichtigen

Frage keine Rede. Dies ist aber nicht der Fall. Die Arbeiterklasse hat auf die Festsetzung desselben fast gar keinen Einfluß. Nach § 8 des Krankenversicherungs- gesetzes wird der ortsübliche Tagelohn gewöhnlicher Tage- arbeiter nach Anhörung der Gemeinde- und nach dem Vortratreten der beteiligten Arbeitgeber und der beteiligten Versicherungspräsidenten Gelegenheit zu einer Äußerung gegeben worden ist, von der höheren Verwaltungsbehörde (in Preußen ist es der Regierungspräsident) festgesetzt. In welcher Weise sich die Versicherten äußern sollen, darüber ist im Gesetz nichts gesagt. — Den Versicherten resp. ihren Vertretern soll nur Gelegenheit zu einer „Äußerung“ gegeben werden, aber nirgend ist gesagt, daß man ihren Wünschen Rechnung tragen muß.

Welche Bedeutung hat nun der ortsübliche Tagelohn für die Arbeiter. Nach ihm werden die Leistungen und Beiträge in der Gemeinde-Krankenversicherung bemessen, und da es im Deutschen Reich 8513 Gemeinde-Kranken- kassen mit 1 428 617 Versicherten gibt, so läßt sich seine Bedeutung für die Arbeiter ohne weiteres erkennen. Die Gemeinde-Krankenkassen genügen den gesetzlichen Bestimmungen, wenn sie ihren Mitgliedern im Falle der Erkrankung für jeden Arbeitstag ein Krankengeld in Höhe der Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tage- arbeiter zahlen. Das Krankengeld in diesen Kassen ist also in der Regel sehr niedrig. Bietet man weiter in Betracht, daß auch Sterbegeld nicht gezahlt werden braucht, bei weitaus den Mitgliedern im Falle der Entbindung auch keine Wöchnerinnenunterstützung, so ergibt sich, daß die Leistungen der Gemeinde-Krankenkassen weit hinter den Leistungen der übrigen Kassen zurückbleiben. Reichen die Mittel zur Bestreitung der Kassenleistungen nicht aus und kann durch Erhöhung der Beiträge bis auf drei Prozent des ortsüblichen Tagelohnes keine Abhilfe geschaffen werden, so muß die Gemeinde hierzu die notwendigen Vor- schüsse leisten. Bei dieser Verpflichtung ist dann auch die Stellung der Gemeindebehörden ersichtlich: sie werden be- strebt sein, einen möglichst niedrigen Tagelohn durchzu- setzen. Die Höhe der ortsüblichen Tagelöhne liegt aus Zeugnis davon ab, daß man bestrebt ist, die Gemeinden möglichst wenig zu belasten. In einem einzigen Orte Deutschlands (Gutsbezirk Oberdarmstadt, Lindenborg i. d. Mark) beträgt er M 6. Dann kommt nach einige abwärts Orte mit einem Tagelohne von M 8 bis M 3,50, und dann geht es hinab bis zu M 1,10. In der Reichshauptstadt beträgt der ortsübliche Tagelohn auch nur M 2,90.

Über nicht nur hinsichtlich der Kassenleistungen kommt der ortsübliche Tagelohn für die Gemeinden in Betracht. Wie bekannt ist, erhalten die Familien der zu einer Erwerbsübung einberufenen Wehrmänner und Wehrmänner wäh- rend deren Dauer eine Unterstützung aus Gemeindegeldern. Diese beträgt im Höchstfalle 60 Pzt. des ortsüblichen Tagelohnes. Die Frau erhält 80 und jedes Kind je 10 Pzt. Sind mehr als drei Kinder vorhanden, so wird für diese nichts gezahlt, weil ja dann die Unterstützung 60 Pzt. über- steigen würde. Sodann kommt der ortsübliche Tagelohn bei der Invalidenversicherung in Betracht. Nach § 84 des Invalidenversicherungsgesetzes richtet sich die Zugehörigkeit zu den einzelnen Lohnklassen (Orts-, Betriebs-, Fabrik-, Bau- oder Innungslohn) nach dem durchschnittlichen Tagelohne der Beiträge zur Invalidenversicherung für alle Versicherte, die nicht einer Zwangslosse (Orts-, Betriebs-, Fabrik-, Bau- oder Innungslohn) angehören, nach dem durchschnittlichen Tagelohne der Beiträge zur Invalidenversicherung. Diese Berechnung wird also für Mitglieder der Gemeinde- und Hilfskassen- kassen, außerdem für alle in der Stadt- und Vorort- schaft beschäftigten Personen, soweit sie nicht einer Zwangs- losse angehören, angewendet. Der ortsübliche Tagelohn kommt weiter zur Geltung beim Gewerbenfallversicherungs- gesetz, und zwar bei solchen Versicherten, die vor dem Unfall bereits krank und geschädigt waren und ent- weder keinen Lohn, oder weniger als den dreihundert- fachen Betrag des ortsüblichen Tagelohnes bezogen. Nach diesem muß in derartigen Fällen der Jahresarbeitsverdienst und somit auch die Rente bemessen werden.

Schließlich kommt er noch in Frage bei § 124 b der Gewerbeordnung. Hier wird bestimmt, daß, wenn ein Ge- selte oder Geselle die Arbeit rechtswidrig verläßt, der Arbeitgeber einen Schadenersatz, und zwar im höchsten Falle den sechsfachen Betrag des ortsüblichen Tagelohnes, beanspruchen kann. Dasselbe Recht steht dem Gesellen zu, wenn er vom Arbeitgeber vor rechtswidriger Beendigung des Arbeitsverhältnisses entlassen wird. Außerdem müssen die Hilfskassen ihren Mitgliedern ein Krankengeld zahlen, das die Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagearbeiter am Beschäftigungsorte des Mitgliedes er- reicht.

Die Zwangslosse bemessen ihre Leistungen und Bei- träge nach dem durchschnittlichen Tagelohn. Dieser richtet sich aber bei vielen Kassen aus ganz bestimmten Gründen nach der Höhe des ortsüblichen Tagelohnes, und so ist es erklärlich, warum die Leistungen dieser Kassen auch nicht besonders hoch sind. Der durchschnittliche Tagelohn, der der Berechnung des Krankengeldes vielfach zu Grunde gelegt ist, entspricht durchaus nicht dem wirklichen Verdienst des Arbeiters. Sein durchschnittlicher Verdienst ist in der Regel höher. Die Krankenkassen können einen durchschnitt- lichen Tagelohn bis zu M 5 der Berechnung des Kranken- geldes zu Grunde legen. Von dieser Befugnis haben bisher nur solche Kassen Gebrauch gemacht, deren Vertreter größere soziale Einsicht und ein tieferes Verständnis für die Auf- gaben der Krankenkassen überhaupt besitzen. Ihre Zahl ist äußerst gering. In den meisten Zwangslosse dürfte die organisierte Arbeiterkraft Einfluß besitzen. Ihre Ver- treter sollten daher dahin streben, daß der wirklich durch- schnittliche Verdienst der Berechnung des Krankengeldes zu Grunde gelegt wird.

Diese Maßnahme wäre nicht nur zeitgemäß, sondern sie wäre auch ein wichtiger sozialer Fortschritt. Dem kranken Leidensgefährten mehr als bisher zu helfen, das sollte eine unserer vornehmsten Aufgaben sein. Solange die Arbeiter in den Krankenkassen das Selbstverwaltungsrecht besitzen, ist dies noch möglich; sie sollten daher handeln ehe es zu spät ist!

Ueberdies muß die höhere Verwaltungsbehörde ge- zwungen werden, die ortsüblichen Tagelöhne den heutigen Verhältnissen entsprechend zu erhöhen. Dies kann aber nur dadurch geschehen, daß die durchschnittlichen Tagelöhne

in den Zwangsarbeiten erhöht werden. Wie überall, so muß auch hier die Arbeiterkraft selbst Hand an Werk legen; auch auf diesem Gebiete muß sie die treibende Kraft sein.

Polizei und Gerichte.

* **Folgen eines Nichtfestes.** Am 17. Juli d. J. hatte sich der Kollege W. Schulz aus Posen vor dem Schöffengericht in Posen wegen Verleumdung zu verantworten. Schulz soll in Posen am 11. Mai d. J. den Regierungsbaumeister Herzog beleidigt haben. Die Staatsanwaltschaft hatte im öffentlichen Interesse die Anklage erhoben und den Verleumdung sowohl als auch den den Seminarbau in Posen ausführenden Maurermeister Wölfe aus Schöden als Zeugen geladen. Der Anklage liegt folgender Tatbestand zu Grunde:

Am 2. Mai d. J. wurde am Seminarbau in Posen ein Nichtfest gefeiert. Bürgerliche Zeitungen und Kreisblätter priesen die veranstaltete Feier über den grünen Alee; denn jeder am Bau Beschäftigte erhielt ein Geldgesand und Essen und Trinken. Nachmittags wurde schon nicht mehr gearbeitet, um die gereichten Spenden verteilten zu können. Bis dahin war alles in Ordnung, denn die Bauverwaltung hatte für die programmmäßige Abwicklung der Veranstaltung Sorge getragen. Eine Woche später kam aber der Pferdefuß; Maurermeister Wölfe, der den Bau in Submission zur Ausführung übernommen hatte, zahlte den Lohn für den halben Tag, der durch das Nichtfest verunmöglicht worden war, nicht. Die Maurer verlangten Bezahlung, und da diese nicht erfolgte, verzichteten sie auf die Weiterarbeit an jenem Bau und riefen am 11. Mai den Vertrauensmann Schulz aus Posen telephonisch nach Posen, damit er die Differenzen schlichte. Schulz kam am selben Tage nachmittags nach Posen und traf auf der Baustelle den Bauausführenden, Wölfe, und den Regierungsbaumeister Herzog. Wölfe, der Schulz von früher bereits kannte, stellte diesen Herrn Herzog vor. Dieser sagte: „Ach, Sie sind der, der immer Unfrieden stiftet und die Maurer zu Streiks aufhetzt.“ Schulz, dem es darauf ankam, die Angelegenheit im Interesse seiner Kollegen zu erledigen, bedeutete diesem Herrn, daß er im Namen seiner hier beschäftigten Kollegen komme, die ihn telephonisch nach hier gerufen hätten, um die Differenzen zu schlichten. Wölfe sagte, daß der halbe Tag an jene gezahlt würde, die die Arbeit wieder aufnehmen. Schulz hatte aber einen weiteren Auftrag zu erledigen. In Posen besteht ein Tarifvertrag. Wölfe, der dem Arbeitgeberverband nicht angehört, erfüllt auch nicht die tariflichen Bestimmungen. Schulz machte Wölfe darauf aufmerksam. Wölfe meinte, er brauche sich nach niemand zu richten, und er werde mit seinen Leuten allein fertig. Und Herzog sagte: „Die Leute werden nur durch von auswärts kommende Geher unzufrieden gemacht.“ Schulz wies nochmals darauf hin, daß er auf Gerüchten seiner Kollegen gekommen sei, um deren Interessen zu wahren. Schulz soll dabei weiter geäußert haben: „Wir sind doch nicht hier, um uns gegenseitig Mißverständnisse zu machen.“ Darüber geriet Herzog in seltene Erregung und bedeutete Schulz, daß er auf der Baustelle das Hausrecht besitze. Schulz erwiderte: „Mein Kommen wurde ja nur durch das in den Zeitungen so gepriesene Nichtfest veranlaßt, durch das die Leute einen halben Tag einbüßen sollen.“ Darauf antwortete Herzog: „Erlauben Sie sich nicht, unseren Bau zu stören, Sie untergraben den Bau, sonst werde ich von meinem Hausrecht Gebrauch machen.“ Darauf soll Schulz erwidert haben: „Ich bin hierher gekommen als anständiger Mensch, und ich nehme an, daß Herr Baumeister auch ein anständiger Mensch ist.“ Schulz ging ferner zu, sagte zu haben: „Ich habe schon mit vielen Herren, auch in Posen, im Interesse des sozialen Friedens zu tun gehabt, und ich bin immer mit ihnen fertig geworden, sollte das nicht auch auf einem föhlichen Bau möglich sein?“ Darauf verwies Herr Regierungsbaumeister Herzog dem frechen, gewöhnlichen Arbeitervertreter den Bauplatz und ließ zum Abide.

Das Gericht erblickte in den beiden, durch Drudherbegehobenen Äußerungen eine Verleumdung und verurteilte den für seine Berufskollegen eingetretenen Angeklagten unter Zustimmung mildernder Umstände, indem es annahm, daß der Angeklagte in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt habe, zu M. 30 Geldstrafe und Tragung der Kosten.

* **Die Versammlungsfreiheit unter dem neuen Vereinsgesetz** paßt in Ofelien verschiedenen Herren nicht in den Kram; sie bilden voll Neid auf die paradiesischen Einrichtungen, die in dieser Beziehung in unserm Nachbarland Ausland herrsche und können sich von ihrer alten Gewohnheit sehr schwer trennen. In Posen wurde eine Versammlung unserer Kollegen dadurch unmöglich gemacht, daß ein gelehriger Polizeibeamter im Lokale erschien und behauptete, eine bezahlte Versammlung müsse angemeldet werden. Als Kollege Tzifke den Herrn auf das neue Vereinsgesetz verwies, sah er von einer Auflösung der Versammlung ab. Seine Unwissenheit und seine Rücksicht mit dem Wirt genigte jedoch, daß uns vom Wirt das Lokal verboten wurde. Auf eine Beschwerde behauptet allerdings die Polizeibehörde, daß der Beamte gar nicht auf den Wirt eingewirkt hat. Wenn es die Behörde schreibt, muß es ja wahr sein. Wo wir sind in dieser Beziehung sehr unglücklich. In Posen konnten die Kollegen bis jetzt in jeder Wirtschaft im Hinterzimmer ihre notwendigen Vereinsangelegenheiten erledigen; jetzt ist es anders geworden. Dienstag, den 21. Juli, sollte eine Versammlung stattfinden, wozu ein Wirt auch schon seine Lokal zugewiesen hatte. Den Tag vorher ließ er abjagen, und zwar, wie wir hören, aus Angst vor dem Bürgermeister. In zwei anderen Lokalen wurde den Kollegen gleich von vornherein gesagt: „In einem anderen Tage sind Sie uns liebe Gäste, nun heute dürfen Sie bei uns nicht kommen, denn wenn der Bürgermeister dieses erfährt, haben wir viel Scherereien.“ Hiernach hat es also den Anschein, als wenn das Stadtoberhaupt von Posen auf die Wirtseingewirkt hat. Wenn dieses wahr sein sollte, so muß es auf das schärfste gerügt werden. Dankbar sollte uns der Herr sein, daß wir die Posenen Maurer aus dem Sumpf herausziehen. Ist es uns doch gelungen,

wenigstens in diesem Jahre die Arbeitszeit von zwölf auf elf Stunden zu verkürzen und den Stundenlohn von 32 bis 35 s. auf 42 s. zu erhöhen. Oder will man in Posen keinen Kulturfortschritt?

Verschiedenes.

* **Mißbrauch des Wortes „Arbeiterverein“.** Es ist nichts Seltenes, daß sogenannte gutgemeinte „Arbeitervereine“ zum größten Teil aus Leuten besteht, die nicht Arbeiter sind. Der Bund evangelischer Arbeitervereine in Bayern hielt jüngst in Nürnberg eine Versammlung ab. Bei dieser Gelegenheit erfuhr man auch einiges über die Zusammenfassung dieser „Arbeitervereine“. Dem Bunde gehören gegenwärtig 74 Vereine mit 13.905 Mitgliedern an. Von diesen sind 3724 Arbeiter, 3164 Handwerker, 1186 Beamte, 616 Gläubige, 1472 Lehrer, 1316 Bedienstete, 874 selbständige Kaufleute, 688 Handlungsgesellen und Privatkaute, 550 Landwirte, 469 Industrielle, 348 Wertmeister. Auf 100 Mitglieder kommen 26,4 Arbeiter und 30,6 etwas nicht sich beschreibende „Arbeitervereine“ und betriebsföhmig im Namen der „Arbeiter“!

Eingegangene Schriften.

Die „**Neue Zeit**“ (Stuttgart, Paul Singer, Heft 43 des 26. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes gehen wir hervor: Schlägen und Vertragen. — Dieser Brief an Jean Zureks. Von Alois Zureks. — Die wirtschafliche Lage. Von M. Beer. — Gewerkschafliche Missionen. Von Barbus. — Vereinnahmung und Zusammenbruch. Von K. Kautsky (Schluß). — Zur Organisation der Jugend. Von Max Trautwein (Hamburg). — Noch ein Wort zur Ausbildung der Arbeitersekretäre. Von Michael Schiller (Breslau). — Ein Neg. Von Rudolf Kraft. Literarische Rundschau: Dr. Ludwig Bräutigam, Professor, Ein moderner Pädagoge. Meinungen. Von Ph. Dr. Konrad Gienther. Von Luther zum Menschen. Von ow. — Zeitschriftenschau.

Sozialreform oder Revolution? Von Rosa Luxemburg. Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage. Verlag der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft. 84 Seiten. Preis 50 s.

Die Grundbegriffe der Wirtschaftskunde. Eine populäre Einführung von Julian Borchardt. Verlag der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft. 64 Seiten. 40 s.

Die „**Gleichheit**“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterkassen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 15 des 18. Jahrgangs. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 s., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 s., unter Kreuzband 65 s. Jahresabonnement M. 2,60.

„**In freien Stunden**“ — Verlag Buchhandlung. Vorwärts, Berlin SW. 68 — wird bekanntlich herausgegeben, um die minderwertige, gemüthvergiftende Schundliteratur aus den Wohnungen der Arbeiter zu verdrängen. Dieser Zweck wird erreicht durch die Veröffentlichung wirklich guter Romane und Erzählungen. Der gegenwärtig erscheinende Hauptroman: Der Soldat von Nucba Dumbaba dürfte zu den besten gehören, die jemals in dieser Zeitschrift erschienen sind. Jedem Freund guter Romane kann derselbe nur angelegentlich empfohlen werden. Jedes Heft kostet 10 s. In beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolportage, die auch Probenummern liefern.

Briefkasten.

Brundhüttelkoffen. Die Versammlungsanzeige wird selbstverständlich aufgenommen, nur muß sie uns jedesmal zugelaufen werden.

Matiz. Wir lassen wohl für diesmal die Sache an besten ruhen, denn man müßte sonst noch einmal vieles wiederholen, was sich aber nicht rechtfertigen ließe. Der Zweck unserer freundschaftlichen Kritik ist ja so wie so erreicht.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Bezirks- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile kostet 10 s.)

Colbig. Am 24. Juli starb unser Mitglied **Friedrich Neubauer**, 65 Jahre alt, an Herzschlag.
Dresden. Am 18. Juli starb unser Verbandskollege **Otto Steglich** aus Hauswalde im Alter von 62 Jahren an Leukämie.
Planen i. Vogt. Am 20. Juli schied unser langjähriger treuer Mitglied **Oskar Fischer** im Alter von 81 Jahren freiwillig aus dem Leben.
Jugoslavien. Am 13. Juli starb unser zweiter Vorsitzender **Thomas Heckner** an Lungenkrankheit.
Schönwalde. Am 19. Juli starb unser Verbandskollege **Ferdinand Hauser** aus Freiwalde im Alter von 62 Jahren.
Stralsund. Am 18. Juli starb unser Kollege **Max Verrin** im Alter von 95 Jahren an Herzschlag.
Ehre ihrem Andenken!

Esleben. Der erste Vorsitzende, **Ernst Horn**, wohnt Anstaltstr. 25.
Der Vorstand.

Berlin.

Sonnabend, den 8. August:

Siebzehntes Stiftungsfest

in den Gesanträumen der „**Brauerei Friedrichshain**“, bestehend in

Konzert, Spezialitäten, Tanz, Reigenfahren der 3. Abteilung des Berliner Arbeiter-Radsportvereins „**Soldat**“, unter gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins der Berliner Maurer, Dirigent: Herr Ostermeyer.

— **Anfang: Nachm. 4 Uhr.** — Die Kollegen von Berlin und Umgegend sind hierzu freundlich eingeladen. [M. 5,10] Das Festkomitee.

Kahla.

Sonntag, den 2. August, nachm. 2 Uhr:

* Stiftungsfest *

verbunden mit **Konzert, Ausstellen verschiedener Gegenstände, Kinderbelustigungen** und Abends von 7½ Uhr Ball im „**Ratskeller**“.

Alle Kollegen von nah und fern sind freundlich eingeladen. [M. 3,60] Der Vorstand.

Kolmar i. Posen.

Sonnabend, den 1. August:

Sommervergnügen

bestehend in Theater und Tanz. Die Kollegen von Kolmar und Umgegend werden hierzu ergebenst eingeladen. [M. 2,70] Das Komitee.

Schmiedeberg i. R.

Sonnabend, den 8. August 1908, abends 8 Uhr:

Siebtes Stiftungsfest

in den „**Drei Kronen**“, unter Mitwirkung des Arbeitergesangsvereins. Die Kollegen von den umliegenden Orten werden hierzu freundlich eingeladen. [M. 3] Das Komitee.

St. Johann - Saarbrücken.

Sonntag, den 9. August:

Vierzehntes Stiftungsfest

im „**Tivoli**“, St. Johann, Gerberstraße, bestehend in **Konzert, Freischießen, Preisregeln, Kinderbelustigungen** und Abends Ball. Eintritt 50 s. Sämtliche Kollegen des Zweigvereins werden hiermit freundlich eingeladen. [M. 4,30] Das Festkomitee.

Versammlungs-Anzeiger.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Dienstag, den 4. August.

Torgau, Abends 9½ Uhr.

Mittwoch, den 5. August.

Guben, Tagesordnung wichtig!

Donnerstag, den 6. August.

Danzig. Abends 8½ Uhr im „**Bürgergarten**“ in Schütz: 2. O. Abrechnung vom zweiten Quartal. Mitgliedslisten und Arbeitslosigkeit. Referent: Parteisekretär, Gewerkschaften. Glogau. Abends 8½ Uhr. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Referent anwesend. Sorau i. d. N.-L. Abends 8½ Uhr in der „**Bora**“. Wichtige Tagesordnung! Mitgliedsbücher sind mitzubringen!

Sonntag, den 9. August.

Bamberg. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. Mitgliedsbücher mitbringen! Coblenz. Nachm. 1½ Uhr im „**Goldenen Ring**“. Wichtige Tagesordnung! Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Ingelheim. Nachm. 4 Uhr bei Jean Adrian, „**Bum Gartenfeld**“. Bäder mitbringen! Unterweissbach. Nachm. 3 Uhr in der „**Welle**“, „**Bur Sonne**“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen! Abends 8½ Uhr, Vorstandsbesprechung.

Steinhilfeger.

Mittwoch, den 5. August.

Berlin. Abends 8½ Uhr Generalversammlung bei Heuser, Dragonerstr. 15. 2. O.: Abrechnung vom zweiten Quartal. Wichtige Tagesordnung! Bericht der Kommission. Tagesangelegenheiten. Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt!

Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 2. August.

Frankfurt a. d. O. Nachm. 3 Uhr im Gewerkschaftshaus. 2. O.: Abrechnung vom zweiten Quartal. Mitgliedslisten und Arbeitslosigkeit. Lichtenberg b. Berlin. Mittelnachts. Schamweberstr. 60. 2. O.: Abrechnung vom zweiten Quartal. Bericht von der 16. Generalversammlung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Luckenwalde. Nachm. 3 Uhr bei Besmann, Eintrachtstr. 2. O.: Abrechnung vom zweiten Quartal. Wahl eines Revisors. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Donnerstag, den 6. August.

Rixdorf. Abends 8½ Uhr bei Ziefel, Bergr. 151-152. 2. O.: Abrechnung vom zweiten Quartal. Bericht von der 16. Generalversammlung.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.